

STICH

13. JAHRG.
2 / 95
JUNI 1995



BAYER UND NAZI-VERBRECHEN:
SWB-SPEZIAL HEFTMITTE



**BAYER-GIFTE: BLASENKREBS IN
LEVERKUSEN** S. 22



**BAYER IN BELGIEN: STREIK ER-
FOLGREICH** S. 8



**WERKSCHUTZ ZERTT AKTIONÄRE GEWALTSAM VOM MIKRO.
BAYER LÄSST HAUPTVERSAMMLUNG ESALIEREN** S. 4

WORT...

DIE ANDEREN INFORMATIONEN ZU EINEM MULTINATIONALEN CHEMIEKONZERN

**FÜR FREUNDE
& BEKANNTE**

STICH- WORT BAYER

nur DM 2,--
pro Heft

Noch immer findet STICH-
WORT BAYER nicht aus-
reichend Verbreitung. Des-
halb bieten wir allen Abo-
nennInnen und Mitglie-
dern die Möglichkeit, zu-
sätzliche Hefte für DM 2,--
pro Stück für die Weiter-
gabe an Freunde & Bekann-
te zu kaufen. Hinzu kommt
noch Porto: DM 2,-- bis 2
Hefte, DM 5,-- ab 3 Hefte.

COUPON

Ja, ich bestelle zur regel-
mäßigen Lieferung (4 x/Jahr)
zusätzlich zu meinem Abo-
bzw. Mitgliedsheft

// 2 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 4,-- zzgl. DM 2,-- Porto

// 5 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 10,-- zzgl. DM 5,-- Porto

// 10 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 20,-- zzgl. DM 5,-- Porto

Name

Vorname

Straße

Ort

Tel.

CBG, PF 15 04 18, 40031 Düsseldorf

**STICHWORT BAYER 2/95
INHALT**

STICHWORT BAYER SPEZIAL: NIE WIEDER!

50 JAHRE KRIEGSENDE. 50 JAHRE BEFREIUNG DES KZ
AUSCHWITZ. DIE VERANTWORTUNG DER IG FARBEN.
GRATIS IN DER MITTE DIESES HEFTES.



HAUPT- VERSAMMLUNG

Eskalation & Tumult:
BAYER bedrängt
KritikerInnen

SEITE 4

BELEGSCHAFT

Streik in Belgien: Beleg-
schaft erfolgreich

SEITE 8

SCHLAGLICHTER

Nachrichten und Mel-
dungen zum BAYER-
Konzern

SEITE 10

UMWELTGIFTE

Studie des NRW-Umwelt-
ministeriums: Blasenkrebs
in Leverkusen

SEITE 22

**STICHWORT BAYER 2/95
IMPRESSUM**

STICHWORT... - Die anderen
Informationen zu einem multinationa-
len Chemiekonzern. 13. Jahrgang
Postvertriebsstück F 10848 F
Hg.:

**COORDINATION
GEGEN
BAYER-GEFahren**

(CBG e. V.). Für mehr Umweltschutz
und sichere Arbeitsplätze bei BAYER -
weltweit. Die CBG ist ein internationa-
les Selbsthilfe-Netzwerk, das vom mul-
tinationalen BAYER-Konzern Betroffene
und an diesem Konzern Interessierte
zusammenschließt und die Tätigkeit
dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der
Arbeit ist es, die von BAYER ausgehen-
den Gefahren für Mensch, Tier und
Umwelt bekanntzumachen, einzudäm-
men und möglichst ganz abzustellen.
Je ein Exemplar von STICHWORT... wird
dem Vorstand des BAYER-Konzerns,
Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkus-
en, übersandt. LeserInnen haben so-
mit die Möglichkeit, die Konzernlei-
tung zu bitten, zu bestimmen, in
STICHWORT... behandelten Themen,
Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf
(ho), Mitarbeit: Ulve Friedrich (uf), Philipp
Winkes (pw), Axel Köhlerschnura (aks)

Marc Pletzer (mp), alle c/o Hubert
Ostendorf, Schöndorffstr. 2, 40229
Düsseldorf, Fon & Fax: (0211) 2611363

Geschäftsstelle: Fon: (0211) 335911,
Fax: (0211) 333940

Bankverbindungen:
Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr.
17 96 12, BLZ 500 90 100
Postgremat Essen, Konto Nr.
376383 - 439, BLZ 660 100 43

Eigenverlag.
Satz, Layout, Vertrieb: CBG
Druck: Wir danken dem Bundesvor-
stand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Bonnheim, ganz herzlich für den Druck.

Anzeigen:
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom
01.01.1994 (1/1 S. av DM 1.000,-,
1/2 S. DM 600,-, 1/3 S. = 1 Spalte DM
350,- zzgl. MwSt.)

STICHWORT... erscheint in
4 Ausgaben pro Jahr. Das
Einzelheft kostet DM 12,-, das
Jahresabonnement DM 48,-
(jährlich DM 30,-). Mitglieder
und Förderer der COORDINATION
GEGEN BAYER-GEFahren erhalten
STICHWORT... kostenlos.

Der Nachdruck von Artikeln aus
STICHWORT... ist ausdrücklich
erwünscht. Bitte Quelle angeben und
zwei Belegexemplare übersenden.

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte, Bilder und Fotografien
wird keine Haftung übernommen.
Richtlich geschützte Warenzeichen
werden in STICHWORT... ohne
gesonderten Hinweis genannt. Da-
raus ist nicht auf die freie Verwend-
barkeit der Markennamen zu
schließen.

Eigentumsvorbehalt:
Die Zeitschrift STICHWORT... bleibt
solange Eigentum des Absenders, bis
sie dem/der Gefangenen persönlich
ausgehändigt worden ist. Wird die
Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie dem
Absender unter Angabe des Grundes
unverzüglich zurückzusenden.

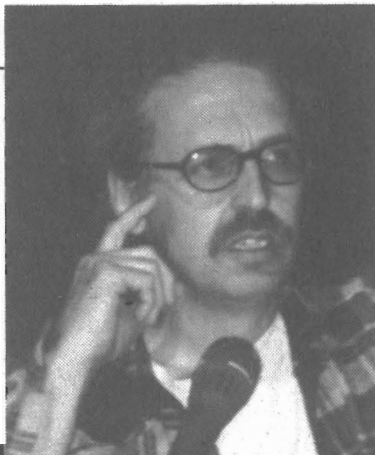
Zur Aufnahme in den postsparenden
Postzeitungsdienst hat die Deutsche
Bundespost verfügt, den Firmennamen
BAYER aus dem Titel dieser Zeitschrift
zu streichen. STICHWORT... ist her-
vorgegangen aus STICHWORT BAYER.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Demokratie - Traum und Ziel von Millionen. Versprechen für Volk und WählerInnen. Für die Herren des BAYER-Vorstands aber nichts mehr als eine willfähige Vokabel.

Kaum eine Diktatur, die sich nicht guter Beziehungen zu BAYER rühmen konnte. Egal ob Apartheidsregime in Südafrika oder Bluthund Pinochet in Chile - BAYER war sich für „gute Geschäftsbeziehungen“ nie zu schade. Und auch aktiv wurde so mancher Diktator in den Sattel gehievt: Die Weimarer Demokratie wurde von Hitler zugrunde gerichtet, der von BAYER geschmiedete IG FARBEN-Konzern war der größte Einzelspender von Hitler's Nazipartei.

Wie im großen so im Kleinen. Im Umgang mit seinen KritikerInnen auf den alljährlichen Aktionärshauptversammlungen hielt es BAYER noch nie mit den Spielregeln der Demokratie. Stattdessen: Diffamierung, Verhöhnung, Unterdrücken, Bespitzeln, Prozesse, Mikrofonabschalten. Ein als Kommunist diffamierter in der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN mitarbeitender Pädagoge mußte sich auf sein vorgebrachtes Dementi anhören: „Da könnte ja jeder kommen!“



Axel Köhler-Schnura, Mitglied im Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Auf der diesjährigen Aktionärshauptversammlung war dann endgültig Schluß mit Rede- und Aktionärsdemokratie, den BAYER-Leuten und einigen (Groß-)Aktionären riß der Geduldssaden: Der Werkschutz wurde von der Kette gelassen, Kritiker - nämlich meine Wenigkeit, sowie zwei weitere Redner der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN - wurden mit brutaler Gewalt vom Mikrofon geschleift, aus dem Saal geschmissen und mit Hausverbot belegt. Es war mir nicht einmal mehr möglich, namens der mehr als 4'000 mir übertragenen Aktien meine Gegenanträge zu stellen.

Allerdings war der Durchknall von BAYER mehr als peinlich: Der Prügeleinsatz wurde ausgerechnet in dem Moment angeordnet, als ich über den Beitrag des BAYER-Konzerns zur Vernichtung der Weimarer De-

mokratie und zur Mitwirkung des Konzerns an der Errichtung der Nazi-Diktatur sprechen wollte. Ausgerechnet auf der HV, die im Jahr des weltweiten Gedenkens an den vor 50 Jahren zuende gebrachten Nazi-Terror stattfand, zeigte BAYER ohne jede demokratische Schamsein Gesicht der Kapital-Diktatur.

Aber der Konzern wollte noch nie etwas von seiner faschistischen Vergangenheit, seinen terroristischen Verbrechen in der Nazi-Zeit und den in jenen Tagen von ihm zu hunderten verbrecherisch zu Tode geknechteten ZwangsarbeiterInnen hören. Ich wollte die anwesenden AktionärInnen zu einer Minute des „Stillen Gedenkens“ an die Opfer von BAYER-Zwangsarbeit und BAYER-Versuchen an KZ-Häftlingen auffordern. Mit dem Prügeleinsatz und dem Redeverbot haben BAYER, sein Vorstand und sein Aufsichtsrat sowie die vielen hundert klatschenden AktionärInnen dies verhindert...

Ihr

Axel Köhler-Schnura

PS: Bitte protestieren Sie beim BAYER-Vorstand gegen den Werkschutzeinsatz und die Beschneidung der im Aktiengesetz garantierten Rechte.

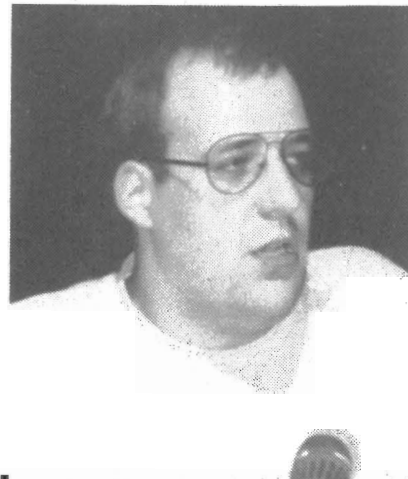
BAYER.

GEDENKEN - ABER BITTE ZUM NULLTARIF

Auf der BAYER-Hauptversammlung in Köln engagierten sich die kritischen AktionärInnen erfolglos für einen Fonds zur Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen der IG FARBEN. Ein Beitrag von Annette Jensen, Redakteurin der Berliner „tageszeitung“.*

Arne Pingel umkurvt den Flugblattverteiler und steuert auf vier KollegInnen zu, schnell vorbei an den Leuten, die ihm ein Plakat „Verantwortung für Krieg und Nazi-verbrechen“ entgegenstrecken. „Ich habe die Gnade der späten Geburt, wie unser Kanzler schon zu sagen pflegte“, verkündet der BAYER-Azubi dann grinsend, während ihn eine junge Frau am Schlipps zieht. „Du bist ja so schick heute. Alle sind so schick heute. Mir gefällt das.“ Zu den Protestierenden neben ihr, die Wiedergutmachung für die letzten Überlebenden der IG-FARBEN-Verbrechen fordern, will sie lieber nichts sagen. Und auch ihre Freundin, die den knallig-blauen Lid-schatten bis zu den Augenbrauen hochgezogen hat, findet: „Man muß das länger diskutieren - aber nicht jetzt.“ Denn jetzt müssen sie alle eilig hinein in die Kölner Messehalle. Obwohl die Hauptversammlung des Chemiekonzerns BAYER erst in einer Dreiviertelstunde beginnt. Es versammelt sich eine Gesellschaft wie bei einer Buttertour. Aktenkoffermänner gehen in der Menge unter. Mechanisch greifen die vorwiegend älteren Leute nach den Flugblättern, die ihnen Marianne Thelen hinhält, oder sie laufen mit abgewandtem Gesicht vorbei. „Was haben wir damit zu tun?“ mault ein Mann im dunklen Anzug, ohne eine Antwort abzuwarten. Die 70jährige Frau mit Schlägermütze und dem „Gorleben soll leben“-Sticker hat ihre eigene Erklärung: „Viele krabbelten sich nach dem Krieg mühsam hoch. Und jetzt haben sie Angst um ihren Reichtum.“ Dabei wollen sie und ihre KollegInnen von der COORDINATION GEGEN BAYER-

GEFAHREN den AktionärInnen die Dividende nicht streitig machen: Nur eine Mark pro Aktie soll in einen Fonds für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen im KZ Auschwitz-Monowitz fließen, so fordern sie. Die polnischen und russischen Frauen und Männer, die in dem von der IG FARBEN errichteten Lager schufteten, haben bis heute keinen Pfennig Entschädigung bekommen - während BAYER, HOECHST und BASF 90 Prozent der IG-FARBEN erben. „Deshalb fordern wir Sie auf“, so die kritischen AktionärInnen: „Stimmen Sie gegen die Vorschläge der BAYER-Verwaltung. Stimmen Sie mit nein.“



Marc Pletzer verurteilt die Vergiftung unzähliger Menschen durch BAYER-Holzgifte

Im Papierkorb neben dem Eingang liegen schon haufenweise Flugblätter, alle ordentlich gefaltet. Punkt zehn schallt die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Strenger durch die schmucklose Empfangshalle: „Meine sehr verehrten Damen, meine Herren“, begrüßt er die AktionärInnen nach BAYER-Hausbrauch. Ein paar tausend Versammelte schauen in Richtung des festungsartig wirkenden Podiums, wo rund 30 Männer und

eine Frau vor einem leuchtenden BAYER-Emblem sitzen. „Wir freuen uns, daß wir Ihnen einen - wie wir meinen - guten Abschluß für das Jahr 1994 vorlegen können. Umsatz und Gewinn sind beträchtlich gestiegen“, verkündet jetzt Konzernchef Manfred Schneider. 13 Mark Dividende pro Aktie mit 50 Mark Nennwert werden dieses Jahr ausgeschüttet. Der ergraute Mann blickt über den Rand seiner Halbbrille und legt wie eingeübt die Fingerspitzen beider Hände aneinander. Er hat das Publikum auf seiner Seite. Als er endet: „1994 war gut, 1995 ist besser“, erntet er heftigen Applaus. Doch dann muß er verkünden, daß 41 Gegenanträge für die Hauptversammlung eingegangen sind. „Sie stammen ohne Ausnahme von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN oder aus deren Umfeld“, sagt er, und sein Mißfallen wird durch die heftiger werdenden Armbewegungen deutlich. Jedes Jahr aufs neue kämen die gleichen Vorwürfe, immer ein wenig anders verpackt, damit sie auf das aktuelle Geschäftsjahr paßten. Fast alles seien reine Meinungsäußerungen, die man im Hause BAYER nicht nachvollziehen könne. „Soweit ein sachlicher Kern erkennbar war, sind wir jedem Vorwurf nachgegangen. Keiner hielt einer kritischen Prüfung stand“, konstatiert er. Für das IG-FARBEN-Thema senkt Schneider seine Stimme zu einem sonoren Gedenk-Ton: „Wir alle sind uns einig in der Verurteilung des 3. Reiches. Wir sollten dafür eintreten, daß sich sowas nie wiederholt.“ Beifall. „Mir fehlt jedes Verständnis, wenn Gegner unseres Unternehmens auf unserer Hauptversammlung auftreten, um BAYER zu verunglimpfen. Das ist unwürdig. Das sollte nicht der Umgang mit Geschichte sein.“ Und

* Wir danken der Berliner „tageszeitung“ für die Nachdruckgenehmigung für den dort am 28.04.1995 erschienenen Artikel.

nach einer Pause. „Wir bitten Sie, für die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats zu stimmen.“ Genau das wollen die kritischen AktionärInnen nicht.

Mittagessenszeit. Früher gab es bei der Gelegenheit kleine Präsentate, Haarshampoo, Mückenkiller, jetzt locken nur noch Bockwurst und ein Schwätzchen mit alten Bekannten. Josef von Hasselt hat sich einen Sitzplatz gesichert. Zu Entschädigung, nein, dazu will er sich eigentlich nicht äußern. Die Kinder können doch nicht verantwortlich gemacht werden für das, was die Älteren gemacht haben, meint er 80jährige. Und wenn es dazu käme: „Das wären ja horrenden Forderungen.“ Sein Nachbar kommt ihm zu Hilfe: „Das betrifft doch BAYER alles gar nicht. BAYER ist nicht die Rechtsnachfolgerin von den IG-FARBEN.“ Ein Mittfünfziger findet es eine „Sauerei“, daß deutsche Firmen KZ-Häftlinge ausgebeutet haben. Aber wir leben nun mal im Kapitalismus. Und das Interesse der Aktionäre sei die Dividende. Da sei er keine Ausnahme. „Ich werde nicht für den Fonds stimmen“, sagt er, und schweigt eine Weile. „Ich denke, das beste ist, wenn ich mich enthalte.“

Unterdessen erörtern Aktionärsvertreter einen Stock höher Fragen nach der Entwicklung von ASPIRIN in den USA und ob der bisherige Personalabbau bei BAYER für eine erfolgreiche Zukunft ausreiche. Später dürfen dann auch die kritischen AktionärInnen ihre Fragen zu Gentechnik und Pestiziden stellen. Es ist schon später Nachmittag, die Presseleute sind weg und die Reihen ausgedünnt, als Axel Köhler-Schnura von den kritischen AktionärInnen ans Mikrofon darf. Der Mann mit kariertem Hemd und Jeans ist wütend. „Sie meinen, das Thema der NS-Zeit gehört nicht hierher“, empört er sich und beginnt mit einer Geschichtslektion. Carl Duisburg, Generaldirektor bei BAYER, sei die treibende Kraft für den Zusammenschluß der deutschen Chemieindustrie 1925 zur IG FARBEN gewesen. „Ist ja unerträglich. Der sollte arbeiten gehen“, raunt es aus der dritten Reihe. Zwei Bankenvvertreter, die im Presseraum auf ihren Kaitee warten, geben sich gelangweilt: Historiker-

seminare gehörten doch nicht auf eine Hauptversammlung. Aber sie müssen ausharren. Denn erst am Schluß wird abgestimmt. „Die IG FARBEN avancierte zum größten Einzelspender der Hitler-Partei und förderte die Machtergreifung Hitlers nach Kräften“, sagt Köhler-Schnura gerade, da fällt das Mikrofon aus. Seine nächsten Worte gehen ins Leere. Der Aufsichtsratsvorsitzende Strenger greift vom Podium aus ein: „Sie behaupten teilweise falsche Tatsachen, ihre Aussagen sind beleidigend.“ Das Publikum ist aufgewacht, klatscht. Köhler-Schnura, der Mann mit dem grauen Zöpf, darf fortfahren. Doch nicht lange. In immer kürzeren Zeiträumen wird das Mikrofon abgeschaltet, Pfliffe aus verschiedenen Saalecken, hier und da ein „Aufhören!“-Ruf. Jetzt wendet sich der Aufsichtsratsvorsitzende ans Auditorium: „Meine Damen und Herren,

er sich. Auf irgendeine Weise seien in Hitlerdeutschland alle gezwungen gewesen zu folgen. BAYER bilde da keine Ausnahme. „Es hat ein großartiges Ergebnis dieses Jahr gegeben“, lenkt er den Blick zurück auf die Gegenwart. „Wir sollten dem Vorstand durch Applaus zeigen, daß wir sehr zufrieden sind“, fordert der Mann, und viele folgen seinem Vorschlag. Als der Geschäftsführer der COORDINATION, Philipp Mimkes, aufgerufen wird, stöhnt ein Zuhörer auf: „Oh Gott, jetzt blockieren die auch noch beide Mikrofone.“ „Holen Sie doch die Polizei“, ruft ein anderer Zuhörer. „Das sind Pseudoaktionäre.“ Strenger entschließt sich durchzugreifen und richtet sich an die Saalordner. „Bitte begleiten Sie diese Herren zurück zu ihren Plätzen.“ Die etwa 30 Männer in blauen Jackets und grauen Hosen verstehen das Signal. Rasch gehen die Ord-



ich verstehe Ihre Aufregung - aber bitte lassen Sie sich nicht provozieren.“ Schließlich bleibt das Mikrofon endgültig tot. Was Köhler-Schnura nicht mehr sagen kann, ist, daß 370.000 Menschen zwischen 1941 und 1945 in dem Konzentrationslager der IG FARBEN umgekommen sind. Die IG FARBEN kauften außerdem für Menschenversuche Häftlinge regelrecht ein und "forschten sie bei vollem Bewußtsein unter qualvollsten Bedingungen zu Tode". Einige kritische AktionärInnen stellen sich neben Köhler-Schnura ans Rednerpult. Saalordner sammeln sich drohend in ihrer Nähe. Ein alter Mann eilt zum anderen Mikrofon. „Das sind doch alles tolle Kamellen. Wir können uns doch nicht immer noch mit der Christen- und Judenverfolgung beschäftigen“, ereifert

Die Vorstands- und Aufsichtsratsringe. Verschanzt auf hohem, halogenlampenüberflutetem Podest. Dahinter das riesige BAYER-Kreuz. Mit steinernen Mienen ertragen die Herren das Gedenken an die Zeit des Hitler-Faschismus, bis Versammlungsleiter Hermann Josef Strenger den etwa 30 in bedrücklicher Pose Aufstellung genommenen Werkschützern befiehlt, kritische AktionärInnen vom Rednerpult weg aus dem Saal zu zerrn. Das Rederecht endet, wo der Werkschutz auftritt.

ner auf die Rednerpulte zu, packen Köhler-Schnura und einen weiteren Mann und schleifen sie aus dem Saal. Später dürfen die Kritiker, draußen vor der Tür, abstimmen - damit dem Aktienrecht genüge getan wird. 99,96 Prozent der AnteilseignerInnen votieren für die Entlastung des Vorstandes und damit gegen einen Fonds für die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen der IG FARBEN.



"BÖSARTIGE BAYER LEUGNET UNTERSTELLUNGEN" ALLE VORWÜRFE

(SWB) Kritik darf nicht sein. Findet sie doch statt, ist sie in jedem Fall „unbegründet“, „würdelos“ oder „beleidigend“. Dies jedenfalls behauptete der Vorstandschef des BAYER-Konzerns, Dr. Manfred Schneider, auf der Hauptversammlung am 26.04.1995. Mit den Gegenanträgen und Reden der kritischen AktionärInnen hielt er sich deshalb in seinen Antworten auch gar nicht lange auf. Egal, ob ein Nervenarzt Vergiftungsfälle aus der eigenen Praxis vorgetragen hat oder ob die Ergebnisse eines Bundestagsuntersuchungsausschusses zitiert wurden: Alle diese gut recherchierten Fakten waren „unwahr“, wie Schneider nicht müde wurde, vorzubringen. Es schien, als wollte er sich nicht einmal mehr den Anschein geben, auf die vorgebrachten Argumente einzugehen.

Kritische BAYER-AktionärInnen haben zur Hauptversammlung 41 Gegenanträge eingebracht. Dazu der Vorstandsvorsitzende Dr. Manfred Schneider: „Es wurden die bereits seit vielen Jahren erhobenen Vorwürfe wiederholt und mit Bezügen aus dem aktuellen Geschäftsjahr angereichert.“ ... Im Übrigen „können wir in keinem Fall feststellen, daß die Begründungen einer kritischen Überprüfung standhalten.“

Es handelt sich „um ... böartige Unterstellungen. Zum Thema IG FARBEN, Drittes Reich und Entschädigungsforderung möchte ich nicht ins Detail gehen. Es handelt sich um komplexe Fragen ..., die nicht auf diese Hauptversammlung gehören. Ich denke, wir alle sind uns einig in der Verurteilung des Dritten Reiches. Dies war ein Unrechtssystem. ... Mir fehlt aber jedes Verständnis dafür, wenn Gegner unseres Unternehmens glauben, auf dieses Thema zurückgreifen zu müssen, um BAYER zu verunglimpfen. Dies ist unwürdig. ... Die Gegenanträge sind unbegründet.“



BAYER - mitverantwortlich für IG Auschwitz.

Die von Schneider vorgebrachten Abwiegelungen der kritischen Redebeiträge, anders können die Antworten des Konzernchefs kaum bezeichnet werden, bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau. Auf die Vorwürfe des Nervenarztes Dr. Binz, das im Weinbau massiv eingesetzte BAYER-Uralt-Pestizid E 605 verursache schwerwiegende Gesundheitsschäden, konterte er: Die Vorhaltungen seien unbegründet, Binz solle die Fakten auf den Tisch legen und die von BAYER angebotenen Gespräche nicht ablehnen. Der engagierte Nervenarzt teilt dagegen mit, daß sich BAYER niemals ernsthaft um seriöse Unterredungen bemüht habe.

Der promovierte Chemiker Joachim Dullin von der Aktionskonferenz Nordsee (AKN) sprach zu verschiedenen Problemen der Chlorchemie. Statt darauf einzugehen, attestiert Schneider: „Sie haben eine sehr ablehnende Haltung gegenüber der Chlorchemie.“ Doch möge Dullin sich doch bitte vergegenwärtigen, „daß wir ständig nach neuen, besseren Methoden suchen. Allerdings sehen wir derzeit keinen Grund, die von uns angewandten Techniken zu ersetzen. ...“ Schneider wehrte sich ge-

gen „ein ideologisch und ohne Rücksicht auf wissenschaftliche Erkenntnisse vorgetragenes Vorsorgeprinzip. ... „

Auf Fragen von Melanie Willms (CBG) zu den Gefahren der Gentechnik antwortete Schneider (ausnahmsweise unter Heranführung einiger konkreter Fakten): „Die Öffentlichkeitsbeteiligung (bei Genehmigung und Durchführung gentechnischer Forschung und Anwendung, ho) handhaben wir so, wie es sich aus den rechtlichen Vorschriften ... ergibt. Der Umsatz (für den gentechnisch erzeugten Faktor VIII mit dem Handelsnamen KOGENATE, ho) erreichte im vergangenen Jahr 30 Mio. Mark.“ Freilandversuche würden in den USA unternommen und seien für China geplant. Im übrigen: „Mit den Fragen möglicher Gefahren befassen wir uns ständig.“

Auch der NRW-Landtagsabgeordnete Dr. Katrin Grüber (Bündnis 90/Die Grünen) brannten die Probleme der Gentechnik auf den Nägeln. Doch Schneider vermochte das - äußerlich betrachtet jedenfalls - nicht zu irritieren: „Zu den Spekulationen über mögliche Risiken der Genterapie möchte ich mich nicht äußern. ... Wir können nur hoffen, daß europaweit eine einheitliche Regelung zur Erteilung biotechnologischer Patente erlassen wird.“ Und, abschließend: „Ihre Auffassung teilen wir nicht.“ Vielleicht konnte das scheidende Vorstandsmitglied Prof. Karl-Heinz Büchel Frau Grüber über die magerere Antwort hinwegtrösten. Büchel begab sich jedenfalls höchstselbst ins Auditorium, um neben der Politikerin Platz zu nehmen und sie in ein langes Gespräch zu verwickeln.

Christoph Then von der Organisation „Kein Patent auf Leben“ wehrte sich gegen BAYER-Patentanträge für Lebewesen und Organismen bzw. deren Moleküle. Schneider sah dies - erwartungsgemäß - anders: „Ihre Auffassung teilen wir nicht. Wir werden alles tun, um unsere Eigentums- und Erfinderrechte abzusichern.“

Bernd Scholer vom Pestizid-AktionsNetzwerk (PAN) prangerte doppelte Standards bei verharmlosend als Pflanzenschutzmittel

bezeichneten Exporten in die sog. Dritte Welt an. Der BAYER-Konzern, so Scholer, verletze den Code der Welternährungsorganisation (FAO) zur sicheren Anwendung von Pestiziden. Dazu Schneider: „Praktisch die gleichen Fragen hat Herr Scholer auf der Hauptversammlung 1994 gestellt. Hierzu kann ich nur wiederholen: Wir vertreiben nur zugelassene, sichere Produkte.“

Hubert Ostendorf (CBG) verurteilte die Weigerung des BAYER-Konzerns, sich angemessen an einem Entschädigungsfonds für HIV-infizierte Bluter zu beteiligen. Er trug vor, daß der Konzern als Weltmarktführer für Faktor-VIII-Präparate wesentlich und kaltblütig den Tod von Tausenden verursacht hat. Schneider dagegen fand, Ostendorf „hat nochmal eine Reihe von Unterstellungen vorgebracht, die ich zum wiederholten Mal nachdrücklich zurückweise. ... „ Zum Einwand, die



Der aus dem BAYER-Vorstand ausgeschiedene Prof. Karl-Heinz Büchel (im Gespräch mit Dr. Katrin Grüber, NRW-Landtagsabgeordnete (Bündnis 90/Die Grünen).

Schriften des Hauses sollten aus Umweltschutzgründen nicht auf Hochglanzpapier gedruckt werden, sagte Schneider: „Unsere Publikationen erscheinen bereits seit langem auf Recyclingpapier. ... Dort wo es sinnvoll ist.“ Was von dieser Aussage zu halten ist, konnte jedeR BesucherIn leicht selbst überprüfen. Beisämtlichen; auf der HV verteilten Schriften, für jeden BesucherIn eine ganze Tragetasche voll, war Recyclingpapier offensichtlich nicht sinnvoll. Auf das unter Beifall vorgetragene Ärgernis, daß in diesem Jahr wieder einmal die gereichten Butterbrote in Plastikkartons verpackt waren - 14.000 an der Zahl - ging Schneider gar nicht erst ein.

Marc Pletzer (CBG) trug eine äußerst wortgewandte Kritik ge-

gen Holzgifte der ehemaligen BAYER-Tochter DESOWAG vor, deren Manager in einem spektakulären Prozeß verurteilt worden sind. Pletzer wollte u. a. wissen, ob BAYER Rückstellungen für zu erwartende Entschädigungsprozesse vorgenommen habe. Schneider antwortet mit der ihm eigenen ewig gleichen monotonen Stimme: „Herr Pletzer hat eine ganze Reihe von Behauptungen vorgetragen. Sie wissen, daß es sich hierbei (den gerichtlichen Auseinandersetzungen, ho) um ein schwebendes Verfahren handelt. Deshalb möchte ich zu Einzelheiten keine Stellung nehmen. ... „ Und, obwohl Tausende wissentlich, denn die CBG warnte bereits auf der HV vor 10 Jahren, geschädigt worden sind: „Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß sich die BAYER-Verantwortlichen“ nichts zu schulden haben kommen lassen. „Deshalb sind Rückstellungen nicht notwendig.“

Weitere RednerInnen:

* Axel Köhler-Schnura (CBG) wollte zu Zwangsarbeit, Versklavung und Ermordung tausender Menschen im IG FARBEN-eigenen KZ Monowitz bei Auschwitz sprechen. Die Rede wurde mehrfach unterbrochen und endete in einem Eklat. Drei Aktivisten der COORDINATION wurden nach ausdrücklicher Anweisung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Hermann-Josef Stenger, vom Werksschutz gewaltsam aus dem Saal gezerrt und erhielten Hausverbot

(vgl. Artikel auf S. 4 ff. und Rede im SWB SPEZIAL S: XXIII).

* Eva Bulling-Schröter, MdB für die PDS, sprach ebenfalls zum industriellen Massenmord durch BAYER und die IG FARBEN während des Faschismus' (Rede in SWB SPEZIAL auf S. XXIV).

* Philipp Mimkes (CBG-Geschäftsführer) hatte darauf bestanden, daß der in seiner Rede unterbrochene Axel Köhler-Schnur seinen Beitrag beenden durfte. Damit hatte er sein eigenes Rederecht verwirkt.

* Henry Mathews (Dachverband der kritischen AktionärInnen) protestierte gegen die Gewaltanwendung durch den Werkschutz und verwies darauf, daß am Tag zuvor auf der Hauptversammlung von HOECHST die KritikerInnen zum gleichen Themarede durften und das Unternehmen sich immerhin am Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz beteiligen wolle.

ZWISCHENDURCH

„In unserem Werk ist alles sicher“, wollte der BAYER-Vorstandschef Manfred Schneider zwischendurch einmal sagen. Sagte er aber nicht. Stattdessen: „In unserem Kernkraftwerk ... „Der Versprecher war ihm sichtlich peinlich: rote Ohren, roter Kopf. Endlich einmal ein menschlicher Zug an dem großen Vorsitzenden.

DIE ABSTIMMUNG

Es waren 35.068.100 Aktien stimmberechtigt. Etwa 90 % davon gehören erfahrungsgemäß den Banken und anderen Großaktionären. Gegen die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von DM 13,— je Aktie, wie von der CBG gefordert, stimmten 0,04 %, entsprechend etwa 13.000 Aktien. Gleiches gilt für die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die von 0,04 % des anwesenden Kapitals verwehrt worden ist.

ALTERNATIVER GESCHÄFTSBERICHT

Alle Reden, Gegenanträge, der Pressespiegel und viele Dokumente sind in dem „Alternativen Geschäftsbericht 1995“ für DM 15,— zzgl. DM 8,— für Porto und Verpackung bei der CBG, PF 15 04 18, 40081 Düsseldorf, erhältlich.



Mitglieder der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN demonstrieren vor der Hauptversammlung des BAYER-Konzerns am 26.04.1995 in Köln.

"ICH GLAUBE AN UNSERE STÄRKE"

STREIK BEI BAYER IN BELGIEN. FORDERUNGEN WURDEN DURCHGESETZT.

Die Belegschaft der BAYER POLYSAR im belgischen Antwerpen hat in einem beispiellosen Streik ihre Interessen durchgesetzt und damit sogar eine offizielle Regierungsverordnung torpediert. Von Hubert Ostendorf

Die Stimmung unter den 246 ArbeiterInnen ist geladen. Die Regierung hat im Schulterschuß mit den Arbeitgebern des Landes festgestellt, daß die belgische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb nicht mehr konkurrenzfähig ist. Deshalb ist ein Dekret erlassen worden, das Lohnerhöhungen verbietet und Arbeitszeitverkürzung nur bei gleichzeitigem Verzicht auf Lohnausgleich gestattet. Eine Kampfansage an alle Belegschaften im Königreich.

Doch während das staatlich verordnete Dumpingmodell landesweit zähneknirschend akzeptiert wird, gehen die KollegInnen beim Kautschukproduzenten BAYER POLYSAR in Antwerpen auf die Barrikaden. Sie wollen die Einschnitte in den sozialen Besitzstand auf

keinen Fall akzeptieren; die Zeichen stehen auf Streik.

Vor dem Arbeitskampf aber steht die Schlichtung durch einen vorgeblich unabhängigen staatlichen Vermittlungsbeamten, der sich in getrennten Anhörungen die Argumente der Werksleitung und der fünf von den Arbeitern gewählten Synikalratsmitglieder vortragen läßt. Am Nachmittag des 22. März fällt er sein „Urteil“, das die KollegInnen der Nachtschicht in Empörung versetzt. Die Schlichtung hat sich fast ausschließlich an den Vorschlägen der Werksleitung orientiert, die Arbeiter von BAYER POLYSAR treten um 6.00 Uhr des folgenden Tages in einen wilden Streik. Denn eine offizielle Abstimmung, wie sie das Gesetz vorschreibt, kann in der Nacht nicht mehr durchgeführt werden, da nur etwa 30 von 246 Werkstätigen Dienst haben. Erst am folgenden Tag wird der illegale Ausstand per allgemeiner Abstimmung rechtmäßig: Über 67% der Belegschaftsangehörigen - die notwendigen zwei Drittel - stimmen für Streik, der mit Ausnah-

me von zwei Arbeitern vollständig befolgt wird. „Das bedeutet, daß uns letztendlich die gesamte Belegschaft das Vertrauen ausgesprochen hat“, freut sich ein Mitglied des Synikalrates gegenüber STICHWORT BAYER. „Denn selbst die, die zunächst gegen den Streik waren, haben die Arbeit niedergelegt. Das ist doch ein toller Erfolg.“ Die streikerfahrene Belegschaft, die bereits 1991 bei der Übernahme der POLYSAR durch den BAYER-Konzern für 11 Wochen einen Ausstand organisiert hatte, ist sich ihrer Stärke durchaus bewußt: „Wir geben nicht auf, bis unsere Forderungen erfüllt sind“, heißt es.

STICHWORT: SYNDIKALRAT

Der Syndikalrat ist ein dem deutschen Betriebsrat vergleichbares Gremium. Es gibt je eine für die ArbeiterInnen und für die Angestellten. An dem Streik beteiligten sich 244 der 246 ArbeiterInnen, nicht aber die 220 Angestellten.

Die gewählten Mitglieder der Syndikalräte werden prinzipiell nicht von der Arbeit freigestellt. „Eine große Arbeitsbelastung, aber dafür auch größere Nähe zu den Kollegen“, erklärt ein Mitglied der ArbeiterInnenvertretung von BAYER POLYSAR. Dort gibt es, entsprechend der Belegschaftsstärke 5 Syndikalräte, zwei von der sozialistischen Gewerkschaft, zwei von der christlichen und einen von der liberalen. „Wir ziehen alle an einem Strang“, sagen sie.

Anmerkung: Die Streikgelder betragen nur etwa 25 % des normalen Lohnes. Dies bedeutet erhebliche finanzielle Einbußen. Dennoch werden bei BAYER POLYSAR Streiks erfolgreich und über einen langen Zeitraum geführt. Der letzte Streik in Leverkusen war übrigens 1921.

Diese jedoch verstoßen, wie der Werksleiter Xaver Martens immer wieder betont, gegen das Regierungsverbot. Er könne also gar nicht nachgeben, ohne gleich ungesetzlich zu handeln. „Wenn ich Ihre Wünsche erfülle, komme ich ins Gefängnis“, zitiert ein Synikal-



ratsmitglied den „Patron“ und ergänzt lachend: „Da muß er jetzt dann wohl hin, oder? Schließlich blieb ihm nichts anderes übrig, als unseren Forderungen nachzugeben. Wir haben gewonnen und unser Streikziel vollständig erreicht.“

Aber der Reihe nach: Am zweiten Streiktag bereits zeigt sich Martens gesprächsbereit. Er ringt dem Syndikalrat ein Zugeständnis ab, das bei der Abstimmung in der Belegschaft glatt durchfällt. „Wir hatten gleich ein schlechtes Gefühl. Man wollte uns über den Tisch ziehen“, sagt ein Mitglied der Verhandlungskommission. Also wird weiter gestreikt. Der Syndikalrat legt schließlich einen neuen Vorschlag vor, über den Martens ganze zwei Wochen brütet. „Wahrscheinlich mußte er sich erst mit Leverkusen absprechen“, munkelt man unter den Kollegen.

In der Tat, der neue Vorschlag ist eine bittere Pille für einen gänzlich auf Kostensenkung und Arbeitsplatzvernichtung eingestellten Konzern. Er beinhaltet eine Vorruhestandsregelung für 55jährige Arbeiter sowie die Möglichkeit, nur noch die Hälfte zu arbeiten und den Lohnausfall mit der Rente zu kompensieren. Außerdem dürfen keine Subunternehmer mehr beauftragt werden, ohne daß der Synikalrat gefragt wird und die Anzahl der in dieses Gremium gewählten Vertreter wird bis auf weiteres auf fünf festgesetzt, selbst für den Fall, daß die Belegschaft noch weiter sinkt. Vor allem aber sollen die Arbeitszeit um ein bis zwei Tage im Jahr, je nach Betriebszugehörigkeit, bei vollem Lohnausgleich gesenkt sowie ein Wegegeld und ein erhöhtes Weihnachtsgeld gezahlt werden.

Übersetzung: CAO = Tarifvertrag (Collective Arbeits Overeinkomst). Angestellte? Handeln zahlt sich aus. Anmerkung: Die Angestellten von BAYER POLYSAR haben sich nicht an dem Streik beteiligt, sehr zum Ärger der ArbeiterInnen.

Werksleiter Martens stimmt am 14. April 1995 zu, das Ergebnis wird zur Abstimmung gestellt, der Streik beendet. „Ein großer Erfolg für uns alle“, jubelt der Syndikalrat. Sie haben nicht nur dem BAYER-Konzern, sondern auch den Politikern im Land eine eindrucksvolle Demonstration ihrer Stärke gegeben.



Protestplakate beim Streik in Belgien.

STREIK BEI ÜBERNAHME

Bereits 1991 wurde in Belgien gestreikt (vgl. SWB 2/94). Nachdem BAYER die POLYSAR aufgekauft hatte, sollten erst einmal die Löhne gekürzt werden. Ein Ansinnen, daß sich die Belegschaft nicht hat bieten lassen. Durch einen elf (!) Wochen langen Streik gelang es, alle Forderungen gegenüber der Konzernleitung durchzusetzen.

STEUERHINTER- ZIEHUNG?

POLYSAR BAYER soll dem Fiskus 1 Mrd. belgische Franc an Steuern schulden. Der Kautschuk werde über eine schweizerische „Tarnfirma“ vertrieben und zu extrem niedrigen Preisen außer Landes gebracht. Der Fall werde vor einem belgischen Gericht verhandelt, so ein Informant gegenüber STICHWORT BAYER.

USA: Begrüßung durch KritikerInnen

Wie berichtet hatte BAYER sein aufgrund der Verstrickungen in den I. Weltkrieg verlorenes Firmen-Kreuz in den USA zurück(gekauft). Am 3. April fanden in Pittsburgh die millionenschweren BAYER-Feierlichkeiten statt.

Die Kritiker waren pünktlich zur Stelle: Am 31. März und am 1. April hielt die US-amerikanische Gewerkschaft UNITED STEELWORKERS OF AMERIKA/ZSAW mehrere Pressekonferenzen und -Gespräche mit profilierten BAYER-Kritikern ab.

Blumenkampagne appelliert an EU

In Kolumbien arbeiten über 140.000 Menschen, die Mehrzahl von ihnen Frauen, auf den Plantagen und Zulieferbetrieben der Blumenindustrie. Ihre Situation ist gekennzeichnet durch niedrige Löhne und Vergiftungen durch Pestizide, die nicht zuletzt vom BAYER-Konzern geliefert werden. Wie berichtet, sind die gelieferten Ackergifte von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als zum Teil „extrem gefährlich“ bewertet worden. Obwohl eine sichere Anwendung nicht gewährleistet werden kann, weigert sich BAYER, den Export einzustellen. Eine Delegation kolumbianischer BlumenpflückerInnen hatte dies 1993 auf der BAYER-Hauptversammlung mit Nachdruck gefordert.

Das Europäische Parlament hat sich bereits im Juli 1993 sehr kritisch mit der Situation in der kolumbianischen Blumenindustrie auseinandergesetzt. In der Entschließung zu „Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung“ fordert das Parlament die EU-Kommission auf, „dem Rat vorzuschlagen, die Einfuhr derartiger Erzeugnisse (Blumen, d. Red.) zu unterbinden“. Nach mehr als 18 Monaten hat die EU-Kommission auf diese mit großer Mehrheit angenommene Resolution des Parlaments noch nicht reagiert. Außerdem soll nun offenbar die bis 31.12.1995 geltende Zollbefreiung für kolumbianische Schnittblumen langfristig beibehalten werden. Das würde eine fortgesetzte unkritische Förderung der kolumbianischen Blumenindustrie durch die EU und damit eine Unterstützung von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in Kolumbien bedeuten. Ein Skandal ersten Ranges!

Die Blumen-Kampagne, der u. a. Brot für die Welt und das PestizidAktionsNetzwerk (PAN) angehören, protestieren dagegen. Wir bitten unsere LeserInnen, die Proteste von zu unterstützen. Ein vorgefertigter Protestbrief an das Europäische Parlament ist erhältlich bei: Die Blumen-Kampagne, c/o FIAN, Overwegstraße 31, 44625 Herne, Telefon 02323/490099. Außerdem bitten wir, schriftlich an den Vorstand des BAYER-Konzerns zu appellieren, die Lieferung hochgiftiger Pestizide nach Kolumbien unverzüglich einzustellen. Die Adresse des BAYER-Konzerns finden Sie im Impressum auf Seite 2.

Gegen gentoxische Stoffe in Flüssen

Die grüne Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages, Dr. Katrin Grüber, möchte über eine parlamentarische Anfrage erfahren, ob und in welchem Umfang das Wuppertaler BAYER-Werk die Flüsse Emscher und Wupper mit gentoxischen Stoffen belastet. Sie beruft sich auf einen Bericht der Deutschen Kommission zur Reinhaltung des Rheins vom Juli 1994, der gentoxische Substanzen in nicht unbedenklichen Konzentrationen sowohl in der Wupper als auch im letzten Rheinabschnitt konstatiert. Die Konzentration wird entsprechend eines an der Mainzer Universität entwickelten Tests als „gentoxisches Schädigungspotential (GSP)“ angegeben. Der in der Emscher gemessene GSP-Wert beträgt 105. Der auffälligste Wert von über 400 wurde in der Wupper gefunden. Die Beurteilung der Wasserqualität nach den gängigen Gewässergüteklassen, bei der die Wupper als relativ wenig belastet gilt, kann, so Grüber, ein verzerrtes Bild ergeben, da das Vorhandensein gentoxischer Substanzen für die Bewertung bislang keine Rolle spielt.

Die Verschmutzung der Wupper wird im Gewässergütebericht des Landesamtes für Wasser und Abfall von 1991 auf die „Kläranlage Rutenbeck der Fa. BAYER AG in Wuppertal-Elberfeld“ zurückgeführt. Es liegt also nahe, auch den hohen GSP-Wert von 400 wesentlich auf das BAYER-Werk als Verursacher zurückzuführen. Ob dies der Fall ist, möchte Katrin Grüber von der nordrhein-westfälischen Landesregierung wissen. Außerdem fragt sie, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um in Zukunft die Einleitung erbgutverändernder Stoffe zu verhindern.

Die Antwort der Landesregierung ist „nicht zufriedenstellend“ wie Grüber auf Nachfrage mitteilt. Die Firma BAYER werde darin nicht erwähnt; Grund genug, noch einmal nachzufragen. In der Antwort der Landesregierung heißt es: „Die 1994 vom Landesumweltamt durchgeführten Untersuchungen ... konnten die Befunde von 1992 nicht bestätigen. Es konnte in Wupper, Emscher und Rhein kein gentoxisches Material nachgewiesen werden. In den bundesrechtlichen branchenspezifischen Anhängen zur Rahmenabwassererhaltungsvorschrift existieren derzeit keine Richt- oder Grenzwerte (für gentoxische Stoffe, ho). Bevor solche Festlegungen erfolgen können, ist eine ausreichende Datenbasis ... erforderlich.“ Fazit: Bis es zu ersten politischen Konsequenzen kommen wird, fließt noch viel gentoxisches Abwasser, den Rhein und die Wupper hinunter.

Presseaktion zu Giftgasanschlag

Anlässlich der Giftgasanschläge in den japanischen Untergrundbahnen vom 20. März 1995, bei denen der Kampfstoff SARIN tausende bedrohte, wandte sich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN an die Medien:

„Das Nervengas SARIN gehört zur Stoffklasse der Phosphorsäureester und wurde 1938 von Dr. Gerhard Schrader im BAYER-Labor in Wuppertal-Elberfeld entwickelt. (Schrader „entdeckte“ auch E 605 und andere tödliche Ackergifte.) Anfang der vierziger Jahre wurden die Kampfstoffe SARIN, TABUN und LOST von der Wehrmacht in großen Mengen produziert, ihre Wirkungsweise wurde in tödlichen Menschenversuchen an Häftlingen der Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Natzweiler 'getestet'. Behauptungen der BAYER AG, das Heereswaffenamt hätte die Giftgase in eigener Regie entwickelt, sind falsch. Protokolle der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse belegen, daß bei BAYER bis 1944 Experimente mit TABUN und SARIN durchgeführt worden sind. BAYER gehörte bis 1946 zum Verbund der IG FARBE und ist seit 1949 wieder eine eigene Aktiengesellschaft. Dr. Gerhard Schrader arbeitete bis zu seiner Pensionierung (1967) bei BAYER und forschte auch nach Ende des Krieges weiterhin an Phosphorsäureestern offiziell zur 'Schädlingsbekämpfung'. Es gibt zahlreiche Hinweise, daß bis zum heutigen Tag bei BAYER an Nervengasen geforscht wird.“ (Presseerklärung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN vom 21.03.1995)

BELEGSCHAFT

Abbau bei WOLFF

Bei der BAYER-Tochter WOLFF WALSRODE sollen nach offiziellen Angaben 200 Arbeitsplätze abgebaut werden. Das BAYER-Vorstandsmitglied Dr. Dieter Becher dankte - zynischerweise - dem Betriebsrat und den MitarbeiterInnen dafür, daß sie „die Notwendigkeit dieser Maßnahme erkannt“ hätten. Unterdessen geht im Betrieb die Angst um. Viele KollegInnen fürchten um ihren Job und ihre Existenzgrundlage.

Leistungsdruck durch Teamarbeit

Der BAYER-Konzern will, wie berichtet, in allen seinen Werken auf neue, den Leistungsdruck weiter erhöhende Arbeitsabläufe - fälschlicherweise Teamarbeit genannt - umstellen.

Damit verbunden ist ein neues Entgeltsystem, das zweifelhafte Bewertungskriterien zum Maßstab der Entlohnung erhebt. Vorausgegangen war eine Kündigung der tariflichen Zusatzleistungen, gegen die die Belegschaften zum Teil mit Demonstrationen heftig protestiert hatten. (SWB berichtete).

Das neue Entgeltsystem funktioniert wie folgt: Jede R Kollegin mußte beim Vorgesetzten vorsprechen, der individuelle Anforderungen und Leistungsziele schriftlich fixierte, die dann gegen Jahresende in einer erneuten Gesprächsrunde auf den Prüfstand kommen. Vom Ergebnis dieser Beurteilung wird dann die Leistungszulage abhängig gemacht.

Das Beurteilungsverfahren, auf das sich Firmenleitung und Gesamtbetriebsrat gegen den Protest oppositioneller Belegschaftsgruppen geeinigt haben, enthält jede Menge Unwägbarkeiten: Erstmals werden auch schwer meßbare Eigenschaften wie Zuverlässigkeit, Selbständigkeit, Kostenbewußtsein, Kreativität, Engagement und Teamverhalten in die Bewertung einbezogen. Außerdem soll der leistungsbezogene Gehaltsanteil von derzeit durchschnittlich 13,5% in den kommenden Jahren deutlich steigen, so daß ein noch stärkerer Produktivitätsdruck entsteht.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisiert das von BAYER fälschlicherweise als Teamarbeit gelobte Modell, bei dem nicht das Ergebnis der jeweiligen Arbeitsgruppe, sondern nur die Leistung des Einzelnen bewertet wird. Der Konkurrenzdruck in der Arbeitsgruppe führt zwar, wie von BAYER beabsichtigt, zu einer erheblichen Effektivitätssteigerung und verbunden damit zu Kostensenkungen, nicht aber zu mehr Teamarbeit und Kollegialität. Entsprechend weigern sich immer mehr Betriebsräte, an offiziellen Informationsveranstaltungen und Verhandlungen teilzunehmen. Ihre wichtigste Forderung lautet: Keine Teamarbeit ohne konsequenten Rationalisierungsschutz.

Schmalspurausbildung

Gleiche Arbeit - weniger Geld. Bei BAYER soll die zweijährige Schmalspurausbildung zum Chemiebetriebswerker wieder salonfähig gemacht werden. Frank Rösch von der Jugend- und Ausbildungsververtretung steht diesem Ansinnen kritisch gegenüber: „Wir sind grundsätzlich dagegen. Erstens, weil das Unternehmen nicht schlüssig nachweisen konnte, alle nach der Ausbildung auch übernehmen zu können. Zweitens verrichten die Werker in der Regel nach einer Anlernzeit dieselbe Arbeit wie die Chemikanten, verdienen aber bedeutend weniger.“ Außerdem, so Rösch, werde durch die „Zweijährige“ ein großer Schritt in Richtung Stufenausbildung gemacht: „Die lernschwachen lernen zwei, alle anderen chemietypischen Berufe dreieinhalb Jahre. Da kann man die einen gegen die anderen ausspielen.“

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN befürchtet darüber hinaus, daß durch weniger qualifizierte Arbeitskräfte die Zahl der Betriebsstörungen und Unfälle steigen könnte.

Sozialversicherung: Schneider will Teilkasko

Der Angriff auf die sozialen Besitzstände der BAYER-Belegschaft im Interesse der weiteren Steigerung der eh schon unverschämt hohen Profite hört nicht auf. Vorstandschef Dr. Manfred Schneider kündigte an: „Wir werden den Abbau (der Arbeitsplätze) verlangsamen, aber per Saldo keine neuen Arbeitsplätze in Deutschland schaffen.“

Auch fordert Schneider den Abbau des Sozialstaates: „Nehmen wir die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und unterstellen wir mal, der Staat würde die soziale Absicherung in das Ermessen des Arbeitnehmers legen. Er würde ihm sagen, wenn du die Lohnfortzahlung vom ersten Tag an haben willst, dann zahlst du eine Prämie von $x + 20$; und wenn du sie erst vom 15. Krankheitstag an haben willst, dann zahlst du eine Prämie von $x - 10$. Das gebe doch jedem die Chance, selbst zu entscheiden. Warum bevormunden wir denn jeden Arbeitnehmer und

sagem ihm: Du mußt dich sozialversichern, du mußt dich krankenversichern? Bei einer Autoversicherung kann doch auch jeder wählen, ob er Vollkasko oder Teilkasko haben will.“ Und an die Adresse der PolitikerInnen gerichtet, fordert Schneider die Senkung der Lohnnebenkosten: „Wir liegen beim direkten Entgelt gar nicht an der Spitze. Da rangieren an vierter Stelle. Das entscheidende sind die Lohnnebenkosten. Damit rücken wir bei den gesamten Arbeitskosten weitweit auf den ersten Platz. ... Sowas können wir uns nicht leisten.“ Andererseits findet Schneider, daß glänzende Gewinne zu seinem Unternehmen unbedingt dazugehören: „Wir müssen darauf hinweisen, daß der Gewinn etwas ganz normales ist, daß er die Basis für Wachstum bildet.“

65.000 Stellen weg

Die drei Chemiekonzerne BASF, HOECHST und BAYER haben seit 1990 weltweit offiziell rund 65.000 Arbeitsplätze vernichtet. Trotz kräftigen Umsatzanstiegs und einer geradezu gigantischen Gewinnexplosion geht der Arbeitsplatzabbau unvermindert weiter. Allein beim BAYER-Konzern fielen seit 1990 über 21.000 Jobs dem Rotstift zum Opfer. Gleichzeitig erwartet der Leverkusener Chemiemulti 1995 einen Ertrag vor Steuern in Höhe von 3,2 Milliarden Mark.

Kritik gegen Farben-Fusion

Die Geschäftsbereiche Farben der Konzerne BAYER und HOECHST sollen aufgegliedert und in einer GmbH zusammengeschlossen werden (SWB 1/95 berichtete). Dagegen richtet sich der Protest der „Vertrauensleute Farben“ in der IG CHEMIE. In ihrem Info schreiben sie: „Es entsteht der Eindruck, daß die verantwortlichen Entscheidungsträger in den Chefetagen sehr leichtfertig mit den betroffenen Mitarbeitern umgehen. Wir wollen eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den BAYER-Werken ... verhindern. Wenn schon Ausgliederung sein muß, dann aber Arbeit zu gleichen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen wie in der Muttergesellschaft!“





Großer Arbeitgeber

Der BAYER-Konzern steht auf der Hitliste der größten Arbeitgeber von Deutschland mit über 150.000 Beschäftigten auf Platz 11. Spitzenreiter ist SIEMENS mit 391.000 Mitarbeitern.

Vorschläge bringen Profit

Der BAYER-Konzern hat 1994 für Verbesserungsvorschläge seiner MitarbeiterInnen 4,9 Millionen DM ausgegeben. Insgesamt reichten 8.832 KollegInnen 10.639 Ideen ein, von denen 5.220 umgesetzt wurden. Den ausgeschütteten Prämien steht ein wirtschaftlicher Nutzen von 12,7 Millionen Mark allein im ersten Jahr der Realisierung gegenüber.

GEWERKSCHAFTEN

Keine Euro-Betriebsräte?

Der Abschluß von Rahmenvereinbarungen zum Thema Euro-Betriebsräte stößt bei den Unternehmern auf Ablehnung. Nachdem BAYER und die chemische Industrie sich bislang erfolgreich gewehrt haben, verbindliche Vereinbarungen mit klar umrissenen Kompetenzen für ein Vertretungsgremium der BAYER-Beschäftigten zu treffen, hat nun auch der Unternehmerverband Gesamtmetall entsprechende Zugeständnisse abgelehnt.

Und wieder einmal übernimmt die IG CHEMIE, deren Vorsitzender Hermann Josef Rappe im BAYER-Aufsichtsrat sitzt, eine Vorreiterrolle. Ein gemeinsam mit dem Bundesverband der Chemie-Unternehmer bereits 1990 veröffentlichtes Papier soll nun auch für die Metall- und andere Branchen wegweisend werden. Diesem Papier zufolge müssen die EU-Richtlinien nicht umgesetzt werden, wenn bestehende Vereinbarungen - auch wenn sie nicht der Euro-Norm entsprechen - weder von Gewerkschafts- noch von Arbeitgeberseite gekündigt werden. BAYER hat bislang mir Billigung der IG CHEMIE lediglich unverbindliche „Europa-Foren“ durchgeführt, ohne eintragbare Rechte und Kompetenzen für die Seite der Beschäftigten. Dieses Modell soll nun also offensichtlich auch für die Metallbranche gelten.

POLITIK

„Kanzler“ Schneider gegen Steuern

Wenn BAYER-Vorstandschef, Dr. Manfred Schneider, Bundeskanzler wäre, würde er „das derzeitige Steuersystem“ als

„eines der wichtigsten Strukturprobleme unseres Landes radikal verändern“. Schneider wörtlich: „Die Sätze, insbesondere bei den Ertragssteuern, sind zu hoch, die Regeln zu kompliziert. Die Erhebung fordert von Bürgern und Unternehmern, aber auch von den Ämtern zuviel Aufwand. Darüberhinaus wird der Zweck - dem Staat das für eine Aufgaben notwendige Geld zu verschaffen - von zahlreichen Nebenwecken überlagert, wie z. B. der Regionalförderung. Teilreformen bringen da nicht mehr viel. Deshalb würde ich ein völlig neues, effizientes Steuersystem einführen.“ Ein Steuersystem, das die großen Konzerne mit Sicherheit noch stärker als bisher entlasten würde - diesen Satz hat er sich wohl gerade noch verkniffen.

Verdienstkreuz in Slowenien

Joachim A. Scholz, Geschäftsführer der BAYER PHARMA GmbH in Lubljana (Slowenien) hat das Bundesverdienstkreuz für seine „Bemühungen um die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen“ erhalten.

Becher bei Merkel

Kaum ist die neue Bundesumweltministerin Angelika Merkel im Amt, hat das BAYER-Vorstandsmitglied Dr. Dieter Becher einen Termin mit ihr. Im Januar bereits kamen die Politikerin und der Konzernvertreter zu einem Gespräch zusammen, bei dem BAYER Frau Merkel seine Vorstellungen von Umweltpolitik verwickelte.

Wie in IG FARBEN-Verbundenheit

Der IG FARBEN-Traum war es, durch Zusammenschluß der größten deutschen Chemie-Konzerne die nationale Konkurrenz auszuschalten und derart auf dem Weltmarkt einzigartig stark dazustehen. Für den Vorstandsvorsitzenden der BASF, Jürgen Strube, ging dieser Traum nun in Erfüllung: „Es ist nicht mehr so, daß die BASF mit BAYER und HOECHST und anderen im Wettbewerb steht.“ Die Konkurrenz sieht er nur noch im internationalen Maßstab. Wie einst Carl Duisberg, der Schmied der IG FARBEN.

Standort Deutschland gerettet

Die deutsche Industrie, allen voran der BAYER-Konzern, hat in den vergangenen Jahren keine Gelegenheit ausgelassen, die angebliche Gefährdung des Industriestandortes Deutschland zu beklagen. Damit einher gingen Forderungen nach weniger Umweltauflagen, niedrigeren Löhnen und mehr Subventionen.

Das Gejammer hat sich offensichtlich gelohnt. Trotz zweistelliger Gewinnzuwächse bei BAYER und anderen Konzernen der chemischen Großindustrie gab es in den vergangenen Jahren reale Lohnsenkungen. Gleichzeitig wurde das ohnehin industriefreundliche Gentechnikschutzgesetz nach den Vorgaben von BAYER und Co. umgeschrieben. Überhaupt hat sich insgesamt die Situation zugunsten der (chemischen) Industrie verändert. Der Vorstandsvorsitzende der BASF, Jürgen Strube, jubelt: „Mittlerweile wird verstanden, daß wir als Bundesrepublik im Wettbewerb um Investitionen mit anderen Ländern konkurrieren.“

Aber die Situation ist für die Chemieindustrie noch verbesserungsfähig: „Weniger gut ist natürlich, daß von der in Deutschland verdienten Mark nicht sehr viel übrig bleibt, daß wir hier die Regulierungsdichte haben und dadurch unsere Konkurrenz schneller sein kann.“

Verfassungsklage gegen Wasserabgabe

Der BAYER-Konzern hat Verfassungsbeschwerde gegen das schleswig-holsteinische Landesabfallabgabengesetz eingelegt. Das Gesetz sieht Abgaben entsprechend der anfallen-

STICH

STICHWORT BAYER SPEZIAL



BAYER & IG FARBEN DIKTIEREN
NACHKRIEGSORDNUNG



PROFITABLE VERNICHTUNG
IN AUSCHWITZ



USA: KLAGE GEGEN FARBEN-
NACHFOLGER ZUGELASSEN



50 JAHRE KRIEGSENDE.
50 JAHRE BEFREIUNG DES KZ AUSCHWITZ.
DIE VERANTWORTUNG DER IG FARBEN.

WORT...

DIE ANDEREN INFORMATIONEN ZU EINEM MULTINATIONALEN CHEMIEKONZERN

AUFRUF:

NIE WIEDER!

50 JAHRE KRIEGSENDE. 50 JAHRE BEFREIUNG DES KZ AUSCHWITZ. DIE VERANTWORTUNG DER IG FARBEN.

Das Jahr 1995 steht weltweit im Zeichen des Kriegsendes vor 50 Jahren. Bereits jetzt steht fest, daß ein Thema in all den vielen mahnenden Feierlichkeiten zu kurz kommt: Die Rolle der großen multinationalen Konzerne bei Vorbereitung und Durchführung des II. Weltkrieges, vornehmlich die Verantwortung der IG FARBEN.

MITVERANTWORTUNG FÜR KRIEG UND NAZIVERBRECHEN

Die IG FARBEN, der Zusammenschluß von AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einigen kleineren deutschen Chemiefirmen, nahm damals als weltgrößter Chemiekonzern eine führende Rolle ein. Die IG FARBEN war der größte Einzel-Finan-

zier der NSDAP; sie befürwortete ausdrücklich deren Kriegspläne und schaffte mit ihren Hitler persönlich gemachten Zusicherungen der Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit für die Nazis, einen internationalen Krieg loszubrechen. Der Vorstand der IG FARBEN legte seine Interessen z.B. in einem Papier mit dem Titel "Neuordnung" nieder: Dort plante die IG FARBEN die (wirtschaftliche) Eroberung der Welt im Gefolge der nationalsozialistischen Heerscharen.

Die IG FARBEN mit ihren Niederlassungen, Töchtern und Verbindungen in aller Welt, auch in den USA, verdiente auf beiden Seiten der (West-) Front. Sowohl die Nazi-Bomber,

als auch die Maschinen der West-Alliierten flogen mit IG FARBEN-Sprit. Die IG FARBEN verdiente an todbringenden Waffen, an Medikamenten für sterbende Soldaten, an der "Industrialisierung" des Völkermords in den KZs, an der massenhaften Versklavung von Häftlingen und "Feindbevölkerung", an der Einverleibung aller nur irgend geeigneten "eroberten" Betriebe.

PERVERSE VERBRECHEN UND MASSENMORD

In ihrer Profitgier hat die IG FARBEN keine Perversion ausgelassen: Für geringe Beträge von der

INHALT

UND MORGEN DIE GANZE WELT Die Pläne der IG FARBEN zur Weltherrschaft	S. IV
PROFITABLE VERNICHTUNG Ehemalige KZ-Häftlinge fordern Entschädigung	S. IX
UND HEUTE DIE GANZE WELT USA/DDR: Sieg auf ganzer Linie	S. XI
GRÖSSTE BLÜTE ALLER ZEITEN Konzerne haben Nachkriegsordnung mit NS-Bürokraten vorbereitet	S. XII
EIN GEWISSES MACHTGEFÜHL Londoner Schuldenabkommen: ZwangsarbeiterInnen gehen (fast) leer aus.	S. XV
OMGUS-REPORT BAYER an NS-Staat aktiv beteiligt	S. XVI
WEISSE WÄSCHE BAYER deutet Geschichte um	S. XVII
SIEG IN NIEDERLAGE Keine Rückübertragung an IG FARBEN & Co	S. XIX
KEINE ENTSCHÄDIGUNG Zwangsarbeiter klagt gegen BAYER	S. XX
EHRE DEM GIFTGAS-ERFINDER Uni Bonn bleib bei Ehrentitel	S. XXII
REDE MIT GEWALT VERHINDERT Werkschutz gegen Kritiker	S. XXIII

Bitte helfen Sie, diese Broschüre zu verbreiten. Sie kostet DM 10,-/Stück. 3 Stück kosten nur DM 20,- zzgl. Porto. Bei: CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.

SS "gekaufte" Häftlingen wurden in grausamen "medizinischen und anderen Versuchen im Dienste der Wissenschaft" bei vollem Bewußtsein zu Tode gequält; der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung wurde mit dem Giftgas Zyklon B "perfektioniert"; im IG FARBEN eigenen KZ Auschwitz III (IG Monowitz) und seinen Nebenlagern wurden ca. 370 Tausend Häftlinge bis zum Tod ausgebeutet.

STICHWORT BAYER SPEZIAL: NIE WIEDER! IMPRESSUM

STICHWORT... SPEZIAL - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern. 13. Jahrgang. Postvertriebsstück F 10848 F Hg.:

**COORDINATION
GEGEN
BAYER-GEFAHREN**

(CBG e. V.). Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Je ein Exemplar von STICHWORT... wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT... zu behandelten Themen, Stellung zu beziehen. (Kopie des Schreibens und der evtl. Antwort bitte an die CBG.)

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Osterdorf (ho), Axel Köhler Schnura (aks), Mitarbeit: Uwe Friedrich (uf), Philipp Mimkes (pm), Melanie Willms (mw).

Postanschrift: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V., Postf. 15 04 18, 40081 Düsseldorf

Geschäftsstelle: Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100 Postgironr. Essen, Konto Nr. 378383 - 439, BLZ360 100 43

Eigenverlag, Satz, Layout, Vertrieb: CBG. Druck: Wir danken dem Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bornheim, ganz herzlich für den Druck.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT... ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden.

Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT... ohne besonderen Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Wir danken der Stiftung Menschenwürde & Arbeitswelt, Berlin ganz herzlich für die finanzielle Unterstützung.

Während des Krieges war bei den Siegermächten unter Führung der USA der Wille entstanden, den "Blutkonzern", die Nazi-Führung und einige andere Konzerne und Großbanken vor ein internationales Kriegsverbrecher-Gericht zu stellen. Unmittelbar nach der Niederlage begannen die Vorbereitungen des Prozesses gegen die IG FARBEN unter Führung der US-amerikanischen Militärbehörden (nicht ein Manager der IG FARBEN fand sich in der Sowjetzone). Doch überraschend wurde der US-Staatsanwalt selbst Opfer mächtiger IG FARBEN-Kräfte in den USA und des Wandels in der politischen Strategie der Westmächte hin zum Kalten Krieg. Der Chef-Ankläger wurde seiner Mittel beraubt, die Anklage verwässert und er persönlich als "Kommunist" diskreditiert.

MILDE STRAFEN

Trotzdem kam es im Juni 1947 noch zum Prozess. Doch: Alle Angeklagten kamen trotz erdrückender Beweislast mit lächerlichen Strafen bzw. sogar mit Freisprüchen bei bestimmten Anklagepunkten davon, nicht einer der Verurteilten mußte seine Strafe vollständig absitzen. Stattdessen nahmen sie ihre Posten in den alten IG FARBEN-Firmen und anderswo wieder auf und einige wurden sogar mit Orden der neuen Bundesrepublik ausgezeichnet. Der verurteilte IG FARBEN-Chef Fritz ter Meer z.B. war bereits 1956 wieder Vorsitzender des Aufsichtsrates bei BAYER.

Die IG FARBEN-Nachfolger stellen (wie andere verstrickte Konzerne und Banken ebenfalls) ihre Geschichte von ca. 1925 bis 1952 im Hinblick auf die Verbrechen der Nazizeit lückenhaft, irreführend und/oder verharmlosend dar. BAYER, die ehemalige IG FARBEN-Schwester AGFA gehört zum Konzern, schreibt z.B. in seinen "Meilensteinen", die anlässlich des 125-jährigen Konzernjubiläums 1988 erschienen, zur "Ver-

strickung" der IG FARBEN in den Naziterror (dieses Wort kommt natürlich nicht vor): "Man sah ... (die Verstrickung) als Folge einer Zwangslage, in der die meisten nicht anders gehandelt hätten und gehandelt haben." Die BASF bewies noch 1991 ihr mangelndes Schuldbewußtsein, indem sie "aus Versehen" die letzten erhaltenen Überreste, Baracken, Gaskammern und Krematorien des ehemaligen IG-FARBEN-Lagers Schwarzhöhe planierten.

UND HEUTE?

Seien wir uns deshalb anlässlich des Gedenkjahres 1995 stets bewußt: Jede der IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST ist heute um ein Vielfaches mächtiger und gigantischer als die IG FARBEN seinerzeit. Diese drei Konzerne handeln trotz der formalen Auflösung der alten IG FARBEN in informeller Verbundenheit auf der Grundlage gemeinsamer Profitinteressen absolut homogen. Dafür stehen u. a. die Vermeidung jeder existenzgefährdenden Konkurrenz ebenso wie die Kontinuität beim gemeinsamen Besitz alter IG FARBEN-Werke im Ausland und die Teilung von Führungspositionen in nationalen und internationalen Chemie-Gremien in einvernehmlichem Wechsel.

Die Profitgier der großen deutschen Konzerne und Banken hat bereits zweimal dazu beigetragen, die Welt innerhalb eines Jahrhunderts in Schutt und Asche zu legen. Die IG FARBEN hatte wesentlichen Anteil daran. Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit besteht jederzeit die Gefahr einer Wiederholung.

WIR FORDERN:

- Anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Hitler und seinen Nazi-Schergen müssen die verantwortlichen Hintermänner aus der Wirtschaft in das Rampenlicht gestellt werden. Die IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST und die noch immer existierende IG FAR-

BEN i.A. müssen anlässlich dieses Gedenkjahres mit ihrer Schuld konfrontiert werden.

- Die angemessene Entschädigung aller IG FARBEN-ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen durch die Nachfolgefirmen muß endlich erfolgen.

- Die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der die IG FARBEN betreffenden Gedenkstätte Auschwitz und Schwarzhöhe sicherstellen.

- Die IG FARBEN-Nachfolger müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.

- Die IG FARBEN i. A. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen "Blut-Aktien" muß sofort unterbunden werden.

- Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Verantwortliche müssen eingestellt werden.

Wir werden die genannten Forderungen in Gegenanträgen, Aktionen und Redebeiträgen auf den Hauptversammlungen der IG FARBEN-Firmen vertreten. Beteiligung aller Interessierten ist erwünscht; sollten Sie Aktien der IG FARBEN-NachfolgerInnen besitzen, ist die Übertragung Ihrer Stimmrechten ausdrücklich erbeten.

Trägerkreis der Kampagne "Nie wieder!":

* Aktion Alternativer BASF-AktionärInnen (AABA), c/o Prof. Jürgen Rochlitz (MdB), Mönchwertstr. 80, 68199 Mannheim, 0621/821850.

* Hans Frankenthal (Auschwitz-Komitee), Ruhrallee 80, 44139 Dortmund, 0231/129353.

* Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, Kämmergasse 1, 50676 Köln, 0221/233323.

* Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, 0211/333911.

* Dachverband Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre, Schlackstr. 16, 50737 Köln, 0221/5995647.

* Höchster Schnüffler un' Maagucker, c/o Thomas Schlimme, August Bebel-Str. 2a, 65933 Frankfurt/Main, 069/3808114.

* Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), Landesverband Niedersachsen, Rolandstr. 16, 30161 Hannover, 0511/331136, Landesverband NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, 0202/450629.

* Verein zur Erforschung der nationalsozialistischen Verfolgung von Zwangsarbeitern durch IG FARBEN in Auschwitz, Fettstr. 22, 20357 Hamburg.

BAYER.

” ... UND MORGEN DIE GANZE WELT”

DIE PLÄNE DER IG FARBEN ZUR WELTHERRSCHAFT

Der ehemalige BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg war es, der das mächtige Kartell der Interessengemeinschaft Farben (IG FARBEN) geschmiedet hat, um Profite und Weltmärkte zu sichern. Die Träume versanken in Blut und Asche des Zweiten Weltkrieges und endeten in einem Prozess vor dem Internationalen Nürnberger Kriegsverbrechertribunal. Heute sind die drei FARBEN-Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF größer und mächtiger als der gesamte IG FARBEN-Komplex seinerzeit. Das alte Ziel aus braunen Tagen rückt wieder in greifbare Nähe: Die Eroberung der Welt. Von Peter Wolfram Schreiber*.

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts schickte sich der damalige Leiter der Elberfelder BAYER-Werke, Carl Duisberg, an, der mächtigen englischen Chemieindustrie mit ihren reichhaltigen Kolonien, Rohstoffgebieten und Absatzmärkten etwas entgegenzusetzen. Sein Motto lautete: Getrennt produzieren, vereint schlagen. Auf diese Weise sollte die deutsche Chemieindustrie die Welt erobern und den deutschen Chemie-Konzernen Macht und Profite sichern. Duisberg organisierte Kartellabsprachen zwischen 6 großen deutschen Chemiebetrieben, Märkte wurden aufgeteilt und Preise festgelegt. 1904 und 1906 wurden zwei Kartellringe, die Vorläufer der INTERESSENGEMEINSCHAFT FARBEN INDUSTRIE aus der Taufe gehoben, 1913 kontrollierte die deutsche Chemieindustrie bereits 82% der Weltfarbenproduktion. Schon damals schrieb Duisberg: "Jeder muß Opfer in seiner persönlichen Freiheit, in der gewohnten Entfaltung seiner Kräfte bringen und sein ganzes Ich in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Dann ist uns nicht nur der Sieg gesichert, sondern auch die Weltherrschaft der deutschen Industrie für die nächsten Dezennien (Jahrzehnte, d. Verf.) besiegelt."

* Der Name Peter Wolfram Schreiber steht für ein Autorenkollektiv, das im Verlag Neuer Weg/Essex, ein Buch mit dem Titel "IG FARBEN: Die unschuldigen Kriegsplaner, Profit aus Krisen, Kriegen und KZ's" vorgelegt hat. Das Buch kann bei der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN bestellt werden. Siehe Materialliste.

Der Erste Weltkrieg sollte politisch sichern, was wirtschaftlich erreicht war. Es ging um die politische Weltvormachtstellung. Die chemische Industrie ermöglichte vor allem mit der Lieferung von Sprengstoff die Führung eines Weltkrieges. So folgte der Krieg nicht nur den Interessen der Konzerne, sondern war zugleich eine wirtschaftliche Blütezeit für die Chemieindustrie. Medikamente, Schießpulver, die Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen und schließlich auch chemische Waffen schwemmten gigantische Profite in die Kassen der IG FARBEN und der anderen großen deutschen Konzerne und Banken.

Im August 1916 schlossen sich die Chemiebetriebe, die schon seit 1904-1906 in lockerer Form zusammen gearbeitet hatten, zu einem großen Kartell zusammen. Die Interessen der Industrie verlangten nach einer zentralisierten Kriegsproduktion; nur so konnten die enormen Gewinne weiter gesteigert und eine schlagkräftige Kriegsführung andererseits gewährleistet werden. Sechs Chemiekonzerne organisierten sich bereits während des Ersten Weltkrieges in der "INTERESSENGEMEINSCHAFT (IG) DER TEERFARBENFABRIKEN". Diese "kleine" IG war ein Kartell, noch kein einheitlicher Konzern.

Ohne die "kleine IG" konnte kein Schuß abgefeuert werden. Die IG

FARBEN-Chemiker hatten die kriegsentscheidende Aufgabe, Ersatz für die knappen Rohstoffe zu schaffen, um eine unabhängige Kriegsführung zu gewährleisten. Mehr noch: Obwohl der Gaskrieg durch die Haager Konvention geächtet war, gelang es der IG FARBEN, die deutschen Militärs von der Anwendung der Gaswaffe zu überzeugen. Am 22. April 1915 war es soweit. Bei Ypern fand der erste deutsche Gasangriff statt. 6.000 Tote und über 10.000 schwere Vergiftungen waren die Folge. Einen Monat später geschah an der Ostfront dasselbe.

Während die Männer ihr Leben an der Front ließen, wurden zehntausende Frauen von den großen Chemiebetrieben hilfsdienstverpflichtet, das heißt zur Zwangsarbeit eingezogen. Für den mehr als kärglichen Lohn konnten sie Lehmseife und Kohlrüben kaufen, und auch das nur rationiert. Über die Tische der IG FARBEN-Direktoren aber floß das Geld in Hülle und Fülle. Und an den Fronten floß das Blut, daheim bei Millionen von Kindern und Müttern flossen die Tränen.

UMVERTEILUNG DURCH INFLATION

Nach dem Krieg wurden breite Bevölkerungsschichten durch die Inflation enteignet. Während die Sachwerte und der Reichtum der Unternehmen wuchsen und wuchsen, konnten die Arbeiterfrauen für den Wochenlohn ihres Mannes 1923 gerade noch ein Brot ergattern. Eine gute Zeit für die IG FARBEN. Sie steckte während der Inflation mehr als das fünffache dessen ein, was ihr durch den Krieg verloren gegangen war. Beinahe alle Werke

hatten einen kontinuierlich hohen Export, vor allem in die USA, und daher feste Dollars, und sie konnten bedeutende amerikanische Sachwerte aufkaufen. Gleichzeitig sanken die realen Lohnkosten in Deutschland gegen Null. Carl Duisberg hatte Grund zum Jubeln: "Der chemischen Industrie hatte die Notzeit der Inflation weniger anzuhaben vermocht als anderen Zweigen des Wirtschaftslebens ... Sie gehörte stets zur Spitzengruppe der Devisenbringer ... Die chemische Industrie hatte sich nicht totschlagen lassen."

Carl Duisberg forderte bereits 1931 (anlässlich der 100-Jahr-Feier der IHK Düsseldorf) einen "Führer ... , dem unbedingt Folge zu leisten sei."

1925 wurde die "kleine IG" durch die große abgelöst, die Chemie-Konzerne AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einige kleinere Unternehmen folgten den Plänen Carl Duisbergs, es entstand ein einheitlicher, straff geführter Super-Konzern, die IG FARBEN. Die renommierte-bürgerliche "Frankfurter Zeitung" schrieb dazu: "Der erste wirkliche Industrie-Trust in Deutschland wird jetzt durch den Zusammenschluß der chemischen Großfabriken zur Tatsache. Ein einziges Riesenunternehmen ..., das faktisch die gesamte deutsche Farbenindustrie mit ihren Nebenzweigen mit der Absolutheit des schon durch seine Kapitalmacht unangreifbaren Privatmonopols beherrscht ... Das klingt wie ein großes historisches Ereignis in der Geschichte des deutschen Industriekapitalismus ..."

Carl Bosch wurde Vorstandsvorsitzender, Carl Duisberg Aufsichtsratsvorsitzender des Konzerns. Um überflüssiges Palaver auszuschalten, wurde im Vorstand ein Zentralausschuß und im Aufsichtsrat ein Verwaltungsrat gegründet. Dies waren die entscheidenden Schaltstellen der Macht. 1927 nannte der Konzern nach eigenen Angaben bereits 70 Tochtergesellschaften sein eigen, bis 1943 waren es 400 Inlands- und 500 Auslandsbeteiligungen. Eine, insbesondere für damalige Zeiten, nahezu unvorstellbare Konzentration von Macht.

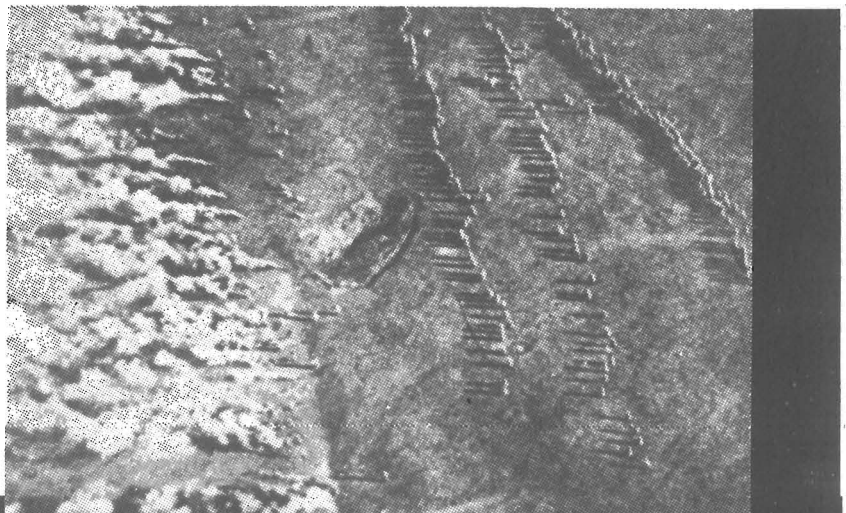
Carl Duisberg wurde im selben Jahr (1927) zum Chef des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) gewählt. Bei seiner Antrittsrede sagte er: "Die Länder und Gemeinden ... sind in letzter Zeit alle im Ausgeben zu großzügig gewesen. Die einen zahlten den Beamten zu hohe Gehälter und den Kommunalarbeitern zu hohe Löhne, die anderen gaben für hygienische, sanitäre und karitative Einrichtungen aller Art, wie Badeanstalten, Krankenhäuser, Lungenheilstätten, Erholungsheime, Parkanlagen, Stadions, Kraftwerke, viel Geld aus. ... Wir müssen also dem deutschen Volk ... zrufen: 'Einfacher leben und wieder sparen'. Jeder entbehrliche Groschen muß zurückgelegt werden, damit er der deutschen Wirtschaft als Kapital zufließt". Während das unter galoppierender Inflation leidende Volk den Gürtel immer enger schnallen sollte, verfügte Duisberg über ein Privatvermögen von 24 Millionen Mark.

VERANTWORTUNG FÜR KRIEG UND NAZIVERBRECHEN

Was sich im Krieg schon als "notwendig" herausgestellt hatte und durch ihn beschleunigt worden war, wurde in den 20er Jahren vollendet. Die immer engere Verschmelzung des Finanzkapitals und seiner Organisation mit dem Staat. Carl Duisberg umriß im November 1926 seine Art, Politik zu machen, folgendermaßen: "Auch ich bin der Meinung, daß eine

Änderung in der Behandlung wichtiger wirtschaftlicher Fragen eintreten muß ... Daß wir uns verständigen, unterliegt keinem Zweifel, über viele Fragen sind wir uns gewiß einig. Vernünftige Menschen verständigen sich immer. ... Wo wir einwirken können und müssen, das ist die Parteipolitik. Wo werden all diese Dinge entschieden? Dort drüben im großen Haus. Und was ist zur Durchsetzung unserer Gedanken notwendig? Geld! ... Leider müssen sie sich darüber klar sein, daß die Herren, die zusammen kommen, auch das Geld aufbringen müssen. Mit Vernunft auf die Parteien einzuwirken, habe ich aufgegeben! Alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden durch eine planmäßige Beeinflussung." Nach der Reichstagswahl im Mai 1928 saßen fünf führende Vertreter des IG FARBEN-Konzerns als Abgeordnete verschiedener Parteien im Reichstag. Die Duisbergsche Maxime schließlich führte zur finanziellen Unterstützung von Adolf Hitler und der NSDAP. Am 20. Februar 1933 notierte Joseph Goebbels befriedigt in sein Tagebuch: "Wir treiben für die Wahl eine ganz große Summe auf, die uns mit einem Schlage aller Geldsorgen enthebt. Ich alarmiere gleich den ganzen Parteiapparat, und eine Stunde später rattern schon die Rotationsmaschinen. Jetzt werden wir auf Hochtouren aufdrehen. Wenn uns keine außergewöhnliche Panne unterläuft, dann haben wir auf der ganzen Linie gewonnen."

Was dies konkret bedeutete, wurde der Welt bereits eine Woche später demonstriert. Am 27. Februar 1933 steckten die Nazis den Reichstag in



1915: Gaskrieg mit BAYER-Gasen an der "Westfront". 6.000 Soldaten starben.

Brand. Sie bezeichneten diese Untat als Werk der "Roten" und ließen zehntausende Antifaschisten von SA-Horden, die als Hilfspolizei herangezogen wurden, verprügeln, verhaften und ermorden. Innerhalb weniger Monate wurden alle Parteien verboten, die Gewerkschaften aufgelöst und SozialdemokratInnen wie KommunistInnen in die ersten KZ's eingeliefert. Unter dessen flossen die Geldmittel an die Nazis ungehindert weiter. Allein die Dachgesellschaft der IG FARBEN, ohne Tochterfirmen, zahlte zwischen 1933 und 1944 über 81 Millionen Reichsmark an Hitler und seine Organisationen.

MACHT UND PROFITE

Im Februar 1933 erließen die Nazis das "Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft". Mit seiner Hilfe wurde die gesamte Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Herren Duisberg, Thyssen, Krupp usw. organisiert. Nie zuvor hatte die jeweilige Monopolgruppe (IG FARBEN bei der Chemie, VEREINIGTESTAHLWERKE im Stahlbereich usw.) so direkt alle kleineren Firmen unter Kontrolle. Im Oktober 1937 wurde die "Aktienrechtsreform" durchgesetzt. Alle Aktiengesellschaften mit einem Kapital unter 100.000 Reichsmark wurden aufgelöst. Neugründungen waren nur noch bei einem Kapital von 500.000 Reichsmark gestattet. Das war der Todesstoß für tausende Mittelständler. Auf dem Höhepunkt der Nazimacht 1943, besaßen nur noch 2% aller Aktiengesellschaften fast die Hälfte des Gesamtkapitals. Insbesondere die IG FARBEN verdienten an diesem Coup unermeßliche Summen an Geld. Hinzu kamen fette Gewinne aus der Lieferung von Waffen und ZYKLON B zur "Vernichtung" von Millionen Menschen, die zuvor durch Zwangsarbeit ausgebeutet wurden sowie aus der "Übertragung von Feindvermögen aus eroberten Gebieten".

Als besonders delikater erwiesen sich die Kontaktfäden der IG FARBEN zur SS über den sogenannten "Freundeskreis des Reichsführers SS". Mitglieder dieses "Freundeskreises" waren etwa 30 führende

Vertreter der deutschen Konzernwelt; alle wichtigen Firmen, selbstverständlich auch die IG FARBEN, vertreten durch Vorstandsmitglied Bütetisch, schlossen sich derart zusammen. Die Crème der deutschen Wirtschaft finanzierte unter der Bezeichnung "Sonderaufgaben" Maßnahmen, die darauf angelegt waren, mittels der Errichtung von Gaskammern, Verbrennungsöfen und Arbeitslagern sämtlichen Widerstand im In- und Ausland zu ersticken. Der Leiter des Wirtschaftsamtes der SS, Pohl, ebenfalls Aktiver im Freundeskreis, sagte 1945 vor den Nürnberger Tribunal aus: "Das jemals eine Einladung zur Mitgliedschaft abgelehnt worden wäre, ist unwahrscheinlich, und ich habe auch von keiner erfahren, da sich Industrielle eher zur Aufnahme drängten angesichts der Vorteile, die sie sich immerhin davon versprachen, daß sie in persönliche Beziehung zu Himmler und anderen maßgeblichen Leuten in der Partei sowie der Wirtschaft treten dürfen."

Beziehungen zwischen IG und Wehrmacht immer enger und enger und die Folge davon war eine dauernde Verbindung zwischen IG-Direktoren und Wehrmachts-offizieren." Die "Vermittlungsstelle W" entwickelte sich zu einem IG FARBEN-eigenen Generalstab. Bereits frühzeitig wurde der Kriegsfall durchgespielt. 1935 hatte die "Vermittlungsstelle W" den Auftrag, "die Bombenwirkung auf Fabriken und ihre Schadensbehebung, also sowohl die mit einem Luftangriff maximal zu erzielende Wirkung als auch die maximale mögliche Bekämpfung" genauestens zu untersuchen. Daß die Industrieanlagen im Krieg kaum bombardiert worden sind, liegt u. a. daran, daß die Amerikaner sie bewußt geschont hatten. Denn die IG FARBEN lieferte das Flugbenzin über den Rockefeller-Konzern. Deshalb verlor die IG FARBEN im Zweiten Weltkrieg nur 13 % ihrer Kapazität bei Luftangriffen.

Die "Vermittlungsstelle W" war



1932: Hitler und Göring legen den Herren der Großindustrie im Düsseldorfer Industrieclub ihr "Programm" vor, das begeisterte Zustimmung und in Folge großzügige finanzielle Unterstützung erfährt. Am 17.04.95 demonstrieren Mitglieder der COORDINATION vor dem ehem. Industrieclub und fordern mit anderen AntifaschistInnen zusammen die Anbringung einer Gedenktafel.

Eine weitere wichtige Nahtstelle zwischen Politik und Industrie war die "Vermittlungsstelle W (Wehrmacht)". Über ihre Aufgaben gab IG FARBEN-Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler in einem Verhör nach 1945 Auskunft: "Ab 1936 nahm die Bewegung einen völlig militärischen Charakter an. ... Hand in Hand hiermit gestalteten sich die

mit einem Jahresetat von 7 bis 12 Millionen Reichsmark ausgestattet. Führend verantwortlich in der "Vermittlungsstelle W" war unter anderem Carl Wurster, nach 1945 Chef der BASF.

Um den Krieg vorzubereiten, gab es schließlich den Rüstungsbeirat, ein Gremium aus Industrie,

Militär und Reichswirtschaftsministerium. In einer Denkschrift der IG FARBEN vom März 1935 an den Rüstungsbeirat heißt es: "Wenn man davon ausgeht, die gesamten produktiven Kräften auf weite Sicht einem einheitlichen Zwecke unterzuordnen, so heißt dies ... eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff zur Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einen militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert." Im "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 wurde diese Maßgabe der IG FARBEN konsequent umgesetzt. Mit diesem Gesetz hatte die Hitler-Regierung die völlige Entrechtung der Arbeiterschaft diktiert. Die zerschlagenen Gewerkschaften wurden durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzt. Sie wiederum wurde von der "Reichsgruppe Industrie" kontrolliert.

Für den "stillen" Wirtschaftskrieg, der die Vorstufe zur offenen militärischen Gewalt ist, hatte die IG FARBEN ihre eigene Spionageorganisation in Berlin. Sie trug die harmlose Bezeichnung "Statistische Abteilung". Die Zentrale beherrschte das Spionagehandwerk mit Hilfe seiner zahlreichen, in der ganzen Welt sitzenden Geschäftsleute der IG FARBEN außerordentlich gut. Die USA nahm in ihren Plänen eine so bedeutende Stellung ein, daß die IG FARBEN dort die CHEMNYKO errichtete, eine Tarnfirma, die sich ausschließlich der Spionage widmete. Als kurz nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour amerikanische Regierungsbeauftragte die Akten der CHEMNYKO beschlagnahmen wollten, stießen sie auf Rudolf Ilgner, den Bruder des IG FARBEN-Direktors Max Ilgner, der im Begriff war, das wichtigste Material zu vernichten. Sie fanden noch genug: Sendeeinrichtungen, Spezialberichte aus über 50 Ländern, hunderte von Karten der amerikanischen Küsten- und Hafenanlagen, von Eisenbahnen und sonstigen Verkehrswegen, genaue Lagepläne von Industrieanlagen, Tanklagern, Kartenmaterial über

den Verlauf von Ölleitungen, Luftaufnahmen amerikanischer Städte von Luft- und Flottenbasen usw. Die IG FARBEN-Zweigniederlassungen in aller Welt arbeiteten nicht nur für die Spionagezentrale, sondern hatten auch die Aufgabe, das Naziregime im Ausland propagandistisch zu vertreten. In einem Bericht des Chefs der "Statistischen Abteilung", Max Ilgner, heißt es: "Auf keinen Fall werden Männer in unserer Auslandsgesellschaft entsandt, die nicht zur deutschen Arbeitsfront gehören und die nicht eine positive Einstellung zu unserer 'neuen Ordnung' haben. Die Männer, die ins Ausland geschickt werden, sollten sich nationalsozialistischer Haltung zur Pflicht machen."

DIE GANZE WELT

Am 1. September 1939 fiel die Deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung in Polen ein. Die IG FARBEN bereitete sich auf einen Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa vor. Überall dort, wo die Nazi-Schergen einfielen, riß sich das FARBEN-Kartell die Fabriken der unterdrückten Völker unter den Nagel. Der amerikanische Ankläger im IG FARBEN-Prozeß fand dafür nach dem Krieg eindrucksvolle Worte: "Es war in seiner Gesamtheit ein Plan zur Beherrschung der chemischen Industrie des europäischen Kontinents einschließlich Großbritanniens, um Krieg zu führen gegen die übrige Welt. Es war ein Plan zur Realisierung der Ideen Duisbergs ... Wir müssen nicht weiter nach Motiven suchen; es ist alles in diesen Dokumenten niedergeschrieben. Sie sind in der leidenschaftslosen Sprache der Wissenschaft und des Handels geschrieben, aber zwischen den Zeilen kann jedermann leicht glimmenden Haß und grenzenlosen Ehrgeiz erkennen. Diese Männer wollten sich zu Herren der Welt machen, und sie waren darauf vorbereitet, sie zu zerstören, falls ihnen dieses nicht gelingen sollte."

DER HALBHERZIGE PROZESS

Die Weltöffentlichkeit verlangte die härteste Verurteilung der nationalsozialistischen Kriegsverbrecher und ihrer Hintermänner in Industrie und Wirtschaft. Die Alliierten leiteten die Prozesse gegen die

politische Führung der NSDAP und gegen die Führer des deutschen Finanz- und Rüstungskapitals ein. Rasch stellte sich allerdings heraus, daß in amerikanischen Regierungs- und Finanzkreisen die Prozesse gegen die Wirtschaftskapitäne, insbesondere gegen die Manager der IG FARBEN, keinesfalls einheitlich positiv beurteilt wurden. In einer geheimen Denkschrift vom 7. Oktober 1946 erläuterte der amerikanische Ankläger im Hauptkriegsverbrecherprozeß gegen die IG FARBEN, Robert H. Jackson, warum die Prozesse seiner Meinung nach unzumutbar waren: "Ich bin gegen derartige weitere Prozesse und kann sie der Regierung der USA nicht empfehlen. Von unserem amerikanischen Standpunkt aus bringt ein solcher Prozeß gegen die Industriellen nur sehr wenig Nutzen; das Risiko hingegen, das wir mit ihm laufen, kann ungeheuer groß werden. Ich hege die Befürchtung, daß eine sich über lange Zeit erstreckende Attacke gegen die Privatindustrie - und zu einer solchen würde es im Verlaufe eines solchen Prozesses kommen - den Industriekartellen den Mut nehmen könnte, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmaßnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenarbeiten." Im Hintergrund arbeiteten die mächtigen IG FARBEN Verbindungen in den USA, die alles

FORDERUNGEN

Die **COORDINATION GEGE BAYER-GEFAHREN** fordert:

- **Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen und deren Hinterbliebenen**
- **Erhalt der KZ-Gedenkstätte in Auschwitz durch BAYER und andere IG FARBEN-Nachfolger**
- **keine Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Bosse und deren Witwen**
- **sofortige Auflösung der IG FARBEN IN ABWICKLUNG**
- **Öffnung der BAYER-Archive für alle interessierten Menschen.**

daran legten, den Prozess gegen den Konzern zu verhindern.

Dank der Hartnäckigkeit einer kleinen Gruppe US-amerikanischer Ermittler kam es zwar noch zu ei-

nem Prozess, aber als am 27. August 1947 die Verhandlungen in Nürnberg eröffnet wurden, begann eine 11monatige Justizkomödie. Ausgerechnet Howard C. Peterson sollte die Richter für die Aburteilung der IG FARBEN-Direktoren auswählen. Peterson jedoch war ehemaliger Teilhaber der New Yorker Anwaltsfirma Cravath, Gersdorff, Swain & Wood, die vor und nach dem Krieg die Interessen der IG FARBEN in den USA vertrat. Der Prozeßausgang war vorprogrammiert. Ein Beamter der alliierten Kontrollkommission fragte: "Wie können wir die deutschen Industriellen für etwas bestrafen, was wir an ihrer Stelle auch getan hätten?" Entsprechend fielen die "Urteile" aus: 11 der IG FARBEN-Manager wurden freigesprochen, 6 erhielten Gefängnisstrafen von 1 1/2 bis 3 Jahren, der spätere BAYER-Aufsichtsratsvorsitzende ter Meer bekam 7 Jahre, Ambros und Dürrfeld bekamen 8 Jahre Gefängnis. Ein Strafmaß, das eine Verhöhnung der Völker Europas und der Millionen Opfer darstellte. Zumal die Verurteilten schon bald vorzeitig aus der Haft entlassen wurden und zum Teil nahtlos in den formal entflochtenen Nachfolgeunternehmen des IG FARBEN-Kartells übernommen wurden.

So ging es mit den IG FARBEN-Kriegsverbrechern in der jungen Nachkriegsrepublik unter Adenauer rasch wieder aufwärts. Es zeigte sich sogar, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau von der IG FARBEN bereits "in weiser Voraussicht" gegen Ende des Krieges geplant worden war und z. B. mit dem Wirtschaftsminister Erhard, einem Mann der IG FARBEN, umgesetzt wurde. Und auch aktuell scheinen immer wieder auch die IG FARBEN-Nachfolger durch, wenn es darum geht, wer die politischen Weichen stellt. Immerhin kommt Helmut Kohl von der BASF und in den Skandalen um die Finanzierung seiner Kanzlerschaft spielten auch Gelder der chemischen Industrie eine große Rolle. Damals wie heute bestimmen die führenden Männer der Großindustrie die Politik dieses Landes und die Geschicke der Welt. Es geht um die gleichen Interessen: Profite und die Vormachtstellung auf den Weltmärkten. Es kommt nicht von ungefähr, daß BAYER für

Milliarden das wegen der Kriegsverbrechen im ersten und zweiten Weltkrieg enteignete Recht am eigenen Namen 1994 zurückkaufte. Damit verbunden ist die vollständi-

ge Rückeroberung des US-amerikanischen Marktes, einhergehend mit gigantischen Umsatzsteigerungen vor allem im Bereich freiverkäuflicher Medikamente ...



Giftgasanschlag in Japan: Bis heute bedroht das von BAYER erfundene Sarin Mensch, Tier und Umwelt. Die COORDINATION fordert: Sanierung in Halle, Munster, Bitterfeld ... Bergung der versenkten Bestände aus der Ostsee durch BAYER.

GIFTGAS IN HALLE

In dem Industrievorort Ammendorf im Süden von Halle wird gebaut. Auf altem Chemie-Gelände siedeln sich viele neue Firmen an. Doch nur wenige Spatenspitze unter der Erde kommen giftige Überreste einer Kampfstoff-Fabrik aus der Nazi-Zeit zutage. Aus alten Tanks und Rohrleitungen dampfen noch immer Gase aus. Ein Gutachten bestätigte bereits 1991 „starke Kontamination mit Kriegsalllasten“ sowie „eine Gefährdung für Mensch und Umwelt“. Der TÜV empfahl eine Totalsanierung, doch die Stadt sperrte sich dagegen.

Bis 1942 wurde in Ammendorf der Kampfstoff Lost, als Senfgas berühmt berüchtigt, produziert. Bereits 1940 verlangten NS-Behörden die Beseitigung schwerwiegen-

der Mängel „um schwere Beschädigungen und Unfälle ... zu vermeiden“. Nach dem Krieg erkrankten viele AnwohnerInnen, woraufhin der DDR-Regierung das Gebiet abriegelte. Weil die Kommune heute auf Gewerbeflächen angewiesen ist, hat sie das ehemalige Kampfstoff-Gebiet zur Bebauung freigegeben. Die in der Erde befindlichen Lost-Becken, so würde entschieden, werden nicht entfernt, sondern lediglich mit Betonplatten und einer dünnen Erdschicht zugedeckt.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die umfassende Sanierung aller Giftgasgelände und die Bergung aller Kampfstoffe aus der Ostsee durch BAYER und die IG FARBEN-Nachfolger.

ZWANGSARBEIT IM ERSTEN WELTKRIEG

Der BAYER-Generaldirektor Carl Dulsberg hat in einem Brief vom 03. März 1913 an Gustav Siresemann bereits die Rekrutierung von ZwangsarbeiterInnen gefordert. Das "belgische Arbeitskräftereservoir", so Dulsberg, müsse geöffnet werden. Auch mehrere tausend Polen, Serben und Russen wurden aus ihrer Heimat verschleppt, um im Leverkusener BAYER-Werk zu schuften. Die aus Belgien zwangsrekrutierten 60.000 Männer weigerten sich jedoch zu arbeiten. Weil unter der kritischen Beobachtung der Weltöffentlichkeit keine Zwangsmaßnahmen gegen sie eingesetzt werden konnten, wie bedauernd konstatiert wurde, mußten die Belgier nach Hause zurückgeschickt werden. Man traute sich offensichtlich noch nicht, sie unter Androhung von Folter und Tod zur Arbeit zu zwingen.

PROFITABLE VERNICHTUNG

EHEMALIGE KZ-HÄFTLINGE FORDERN ENTSCHÄDIGUNG

(nw) In einem IG FARBEN-eigenen Konzentrationslager wurden hunderttausende Menschen unter grausamsten Bedingungen zu Tode gequält. Während die Überlebenden und die Angehörigen der Opfer bis heute, 50 Jahre nach Kriegsende, vergeblich auf eine Entschädigung warten, sind die drei FARBEN-Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF größer und mächtiger, als der gesamte IG FARBEN-Komplex jemals war.

Das dunkelste Kapitel in der Geschichte der IG FARBEN spielt hinter Stacheldraht. An ihren 6 Milliarden Reichsmark Kriegsgewinn klebt unmittelbar das Blut zigtausender KZ-Häftlinge. 370.000 Häftlinge wurden allein in Auschwitz und den Außenlagern der IG FARBEN zu Tode geknechtet; ungezählt die Häftlinge anderer KZ's, die "Ost- und FremdarbeiterInnen", die Kriegsgefangenen, die für die IG FARBEN Zwangsarbeit verrichten mußten, bis zum Tod.

Schon bald nach dem Überfall auf Polen hatte sich die IG FARBEN entschlossen, ein viertes BUNA-Werk zu bauen, um den Bedarf der Wehrmacht an synthetischem Kautschuk zu decken. Die Standortwahl fiel auf Auschwitz, ein kleines Städtchen mit 13.000 EinwohnerInnen. Dort lag ein KZ, das billige Arbeitskräfte versprach. Die IG FARBEN finanzierte den Ausbau des KZ's, sicherte den Bau von Häftlingsbaracken und sorgte dafür, daß die Gestapo gut untergebracht wurde und vergaß auch nicht die Arrestzellen für die ArbeitssklavInnen. Das KZ Auschwitz wurde in die Baupläne der IG FARBEN aufgenommen. Eine Aktennotiz vom Dezember 1941 bestätigt, daß die IG FARBEN zum Ausbau des KZ's 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat.

Die Zusammenarbeit mit der SS klappte bis auf nebensächliche Querelen um die "Häftlingsverleihgebühr" reibungslos. So konnte das

verantwortliche Vorstandsmitglied für das IG FARBEN-Werk Auschwitz, Dr. Ambros, am 12. April 1941 zufrieden an seine Kompagnons in Ludwigshafen telegrafieren: "Und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus. Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des KZ's gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen des KZ's festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der BUNA-Werke betreffen."



Segensreich für die IG FARBEN, tödlich für die Häftlinge! Von Anfang waren die Herren der Werksleitung mit den Arbeitsleistungen der KZ-Insassen unzufrieden. Max Faust, stellvertretender Betriebsführer des Auschwitzer Werks, nannte die Mittel, die die IG FARBEN anzuwenden gewillt war: "Nach unseren bisherigen Erfahrungen fruchtet bei diesen Menschen nur Brachialgewalt."

ren bisherigen Erfahrungen fruchtet bei diesen Menschen nur Brachialgewalt."

WERKSEIGENE KZ'S

Die täglichen 7 km Fußmarsch der Häftlinge vom KZ zum Werk und zurück waren der IG FARBEN zuviel, da ihr hierdurch Arbeitszeit und Arbeitskraft verloren ging. Sie drängte auf Errichtung eines eigenen KZs auf dem Werksgelände; das wurde bewilligt, und das IG FARBEN-KZ Monowitz entstand. Es sollte "die Leistung steigern" (Dürrfeld unter Eid). Die Zustände in diesem KZ schildert Arnest Tauber, ein ehemaliger Häftling des IG FARBEN-KZ in einer Erklärung unter Eid: "... In Monowitz schliefen auf einem Block in der Regel 400 Häftlinge. Der Block

war für 162 Häftlinge eingerichtet. 1943 schliefen bis 3 Mann in einem Bett. ... Verantwortlich für die Unterbringung war IG FARBEN. Anfang

1943 übernahm die IG FARBEN die Verpflegung des Lagers Monowitz. Das Essen war nur in den ersten Tagen der Übernahme etwas besser. Im allgemeinen war es ungenügend und hatte überhaupt keinen Fettgehalt. Es bestand aus 1 Liter Wassersuppe, gekocht von ungeschälten Kartoffeln und anderem der Gesundheit nicht zuträglichem Inhalt, so daß infolge der Verpflegung im Lager Monowitz Bauchtyphus auftrat. Morgens gab es nur Kaffee, abends 375 g Brot und eine Zulage von 8 g Margarine. An manchen Tagen gab es das doppelte Quantum Margarine. Diese Verpflegung war bei der verlangten Arbeit im IG-BUNA-Werk zum Leben vollkommen unzureichend. Viele Häftlinge starben an den Folgen von Unterernährung und schlechter Bekleidung. Das Gewicht einiger Mithäftlinge ging in IG-Auschwitz auf 35 kg bis 44 kg herunter. Das durchschnittliche Gewicht lag um 55 kg. Dürfeld, der

Vorstandsmitglied Fritz ter Meer, nach dem Krieg bei BAYER wieder im Aufsichtsrat, sollte später im IG FARBEN-Prozeß sagen, daß "diesen KZ-Häftlingen dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden" wäre, "da man sie ohnehin getöfelf hätte".

Betriebsleiter der IG FARBEN Auschwitz, war über die schlechte Verpflegung vollkommen unterrichtet. Er kostete die Suppe einmal im Frühjahr 1943 in meiner Gegenwart. Er lobte die Suppe und ich fragte ihn, ob er das im Ernst meint, worauf er sagte: 'Nun, sie ist verbesserungsfähig' ... Es gab im Winter kaum ein Kommando, auf dem nicht täglich Erfrierungen vorkamen. An einem schweren Wintertage waren 30 Tote nichts außergewöhnliches. Die Toten mußten an den Gebäuden der IG-Werksleitung vorbeigetragen werden. Es war ausgeschlossen, daß Dürfeld es nicht gesehen hat. Die IG FARBEN wußte nicht nur über die vorkommenden Grausamkeiten, sondern beteiligte sich selber daran. Ich sah persönlich, wie Oberingenieur Faust mehrere Häftlinge mit dem Knüppel geschlagen hat."

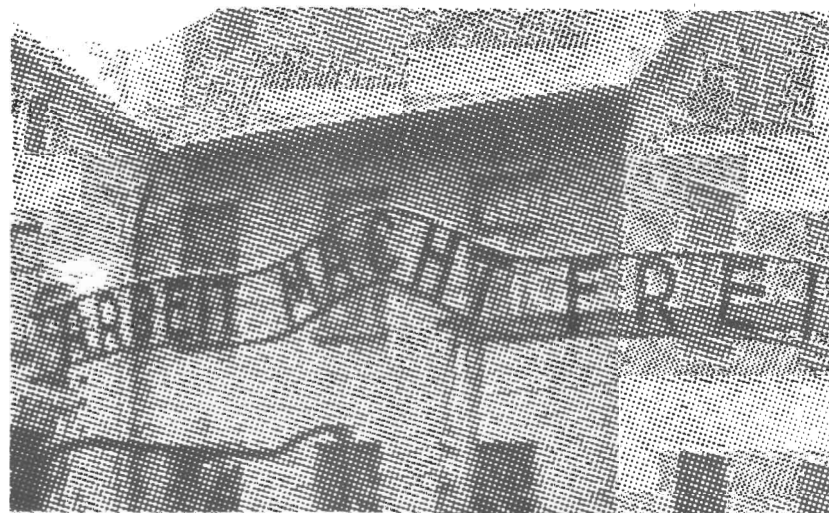
Es ist kaum verwunderlich, daß die Häftlinge die geforderten Ar-

beitsleistungen nicht bringen konnten. Zur Durchsetzung der "Arbeitsdisziplin" vereinbarte die IG FARBEN mit der SS, daß Berufsverbrecher aus ganz Deutschland als Kapo's und Meister in Monowitz eingesetzt werden sollten. Die Gestapo wurde Ende 1943 von der IG FARBEN sogar gerügt, weil sie "Arbeitsbummelanten" zu lasch anfasse. Die Gestapo habe wohl "noch nicht erkannt, um was es geht". Für besonders "hartnäckige" ließ die IG FARBEN zusätzlich sogenannte "Erziehungslager", sprich Straflager einrichten. "Half" auch das noch nicht, drohte Einweisung ins KZ Auschwitz. Dort erwartete die Betroffenen Folter und Tod, z. B. durch die Bogerschaukel: "Dem Häftling wurden die gefesselten Hände über die Knie gezogen, zwischen den Armen und Kniebeugen wurde eine Stange durchgezogen, an der er wie an einem Reck aufgehängt wurde. Peitschenschläge brachten den Häftling zu schaukeln. Wer diese Folter lebend überstand, dem waren die Hände abgeschauert, das Gesäß in Fetzen, das Gesicht voll Blut."

Hatten die KZ's bis zum Beginn des Krieges hauptsächlich die Funktion, politische Gegner zu isolieren und zu liquidieren, so waren sie nun zu einem "unerschöpflichen" Arbeitskräfte-reservoir der Konzerne geworden, von diesen mit allen Mitteln gefördert. In einem Brief an Himmler wies der Chef des

Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert". So hatte das KZ Auschwitz neben anderen Firmen 5 Werke der IG FARBEN mit Häftlingen zu versorgen. Das IG FARBEN-eigene KZ Monowitz war zu einem Zentrallager für weitere 28 Außenlager geworden. Anfang 1942 entstand das dritte große Auschwitz KZ Birkenau, ein reines Vernichtungslager. Nicht arbeitsfähige Häftlinge wurden dort "sonderbehandelt" (SS-Jargon), d. h.: mit dem IG FARBEN-Gift Zyklon B vergast.

Das Vorstandsmitglied der IG FARBEN, Schneider, wies Mitte 1943 nochmals auf die Behandlung hin, die ZwangsarbeiterInnen und Häftlinge zu erdulden hatten: "An die Betriebsführer, Betriebsobmänner und Unterführer in den Betrieben. Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen soviel Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen." Solche Art der Behandlung führte zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung im IG FARBEN-Werk von nicht ganz neun Monaten! Gegenüber einem polnischen Schlossermeister legte die IG FARBEN-Werksleitung ihre Henkerphilosophie dar: Die Häftlinge seien "Werkzeuge, mit denen gearbeitet werden müsse, bis sie



Menschenverachtender Zynismus: Tor zum KZ Auschwitz.

Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Pohl, darauf hin, daß "der Krieg eine sichtbare Strukturänderung der KZ's gebracht und die Aufgabe hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert hat.

kaputt seien. Wenn sie kaputt seien, gäbe es neue Werkzeuge."

MEDIZINISCHE EXPERIMENTE

Das Geschäft der IG FARBEN mit dem Tod umfaßte auch medizinische Experimente größter Perversiön. Um langwierige und kostspielige pharmakologische Untersuchungen zu sparen, wurden in Entwicklung befindliche Medikamente an Häftlinge ausprobiert. Zu diesem Zweck wurden z. B. Versuchspersonen Viren von Typhus und Ruhr eingepflicht - ohne genaue Kenntnis der Wirkung. Im Auftrag der IG FARBEN führte Hauptsturmführer Dr. Vetter diese Experimente durch, mit dem Tod im Medikamentenkoffer von KZ zu KZ reisend. Vorstandsmitglied Fritz ter Meer, nach dem Krieg bei BAYER wieder im Aufsichtsrat, sollte später im IG FARBEN-Prozeß dazu sagen, daß "diesen KZ-Häftlingen dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden" wäre, "da man sie ohnehin getötet hätte".

IG FARBEN-Anweisung (1943): "Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen."

Ein Briefwechsel zwischen BAYER und dem KZ Auschwitz dokumentiert die Grausamkeit der Versuche an Menschen: "Im Hinblick auf Experimente mit einem neuen Schlafmittel wären wir ihnen dankbar, wenn sie eine Anzahl von Frauen besorgen wollten. ...

Wir erhielten ihre Antwort, sehen jedoch den Preis von 200 Mark pro Frau als übersetzt an. Wir schlagen ihnen einen Preis von höchstens 170 Mark pro Frau vor. ...

Die bestellten 150 Frauen erhalten. Trotz ihrem kümmerlichen Gesundheitszustand werden sie als genügend erachtet. ...

Die Versuche sind vorgenommen worden. Alle Versuchsobjekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen. ..."

Als im Januar 1945 die Rote Armee Auschwitz befreite, waren im IG FARBEN KZ Monowitz 120.000, zusammen mit dessen Neben-

lagern 370.000 Menschen umgekommen; ungezählt die durch "Arbeit vernichteten" Häftlinge der IG FARBEN-Werke in Außenlagern der KZ's Stutthof, Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenbürg, Mauthausen. Während die FARBEN-Nach-

folger BAYER, HOECHST und BASF zwei Weltkriege nahezu unbeschadet überstanden haben und heute mächtiger denn je dastehen, müssen die Opfer von Ausbeutung, Folter und Zwangsarbeit noch immer auf eine Entschädigung warten.

UND HEUTE DIE GANZE WELT USA/DDR: SIEG AUF GANZER LINIE

Durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ergeben sich riesige neue Übernahme- und Absatzpotentiale. BAYER hat die Entwicklung der neuen Märkte und vor allem die "Abwicklung" der DDR-Chemie aktiv mitbetrieben. Wie die Ex-TREUHAND-Vorsitzende Birgit Breuel in ihrem veröffentlichten Tagebuch (TREUHAND intern, Ullstein-Verlag) berichtet, brachten die Westimporte "Pioniergeist, Leistungswillen, auch nationales Pflichtgefühl" mit. Einen schätzte sie besonders: Professor Ernst Schraufstätter, der zusammen mit 6 Kollegen der BAYER AG ab November 1990 seine Tätigkeit bei der TREUHAND aufnahm. Professor Schraufstätter und drei seiner BAYER-Kollegen bildeten das "Chemieteam" (alle Zitate nach Breuel), das alle Chemiefirmen zu betreuen und "alle Aufgaben von der Privatisierung bis zur Liquidation durchzuführen" hatte und deshalb - man hat viel Humor bei der TREUHAND - wirklich nur scherzhaft "Viererbände" genannt wurde. Sie fuhren zuerst nach Bitterfeld: "Ein schockierender Gesamteindruck. Wie konnte man Firmen so herunterkommen lassen, ein fast totaler Substanzverzehr." Doch die Viererbände ... schaffte neue Substanz, kostbare Filetstücke, von denen freilich im Breuel-Tagebuch keine Rede ist. Ein knappes Jahr später, im Oktober 1991, bekam die BAYER AG Betriebsgelände in Bitterfeld, um drei neue Fabriken zu bauen. Arbeitsplätze? Nur 500 von 10.000 Arbeitslosen damals in Bitterfeld. Al-lasten wurden auf Kosten des Steu-

erzählers beseitigt. Auf daß die Vernichtung der ostdeutschen Konkurrenz und der steuerlich zu über 50 % subventionierte Neubau der BAYER-Niederlassung auch planmäßig vollzogen wurde, hatte sich kein geringerer, als Aufsichtsratschef Hermann Josef Strenger, eingeschaltet. Er, der bis April 1993 als Vorstandsvorsitzender die Weichen der Ost-Liquidation in Sachen Chemie gestellt hatte, saß im Verwaltungsrat der TREUHAND und wachte über seine Viererbände.

Diesem Treiben fiel letztendlich auch der Foto-Riese ORWO zum Opfer. Das Aus des ehemaligen DDR-Kombinates steht - BAYER sei's geklagt - unmittelbar bevor. Die BAYER-Tochter AGFA hat dagegen gut lachen. Nachdem man sich über die TREUHAND der Konkurrenz entledigt hatte, kann der Markt mit AGFA-Produkten überschwemmt werden. Dabei gab es für ORWO durchaus marktfähige Sanierungskonzepte. Sie paßten allerdings nicht in die strategische Planung der BAYER-Manager.

Auch in den USA wurden die durch die Weltkriege hinzunehmenden Maßnahmen historisch revidiert. Die enteigneten Rechte am eigenen Namen konnten 1995 zurückgekauft werden. Damit verbunden sind riesige Umsatzsteigerungen insbesondere im Bereich freiverkäuflicher Medikamente. Das mächtige BAYER-Kreuz strahlt also wieder in der ganzen Welt.

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT

Ja, ich/wir unterzeichne/n den Aufruf (in diesem Heft auf den Seiten III und IV)
Ja, ich/wir spende/n zur Finanzierung der Aktionen DM _____
unter dem Stichwort "Nie wieder" auf das Konto Nummer 373 017 9617 bei der Öko-
bank Frankfurt (Main) BLZ 500 901 00.

Coupon mit Adresse, Unterschrift und Tel.-Nr. an: CBG, Pf 15 04 18, 40081 Düsseldorf

GRÖSSTE BLÜTE ALLER ZEITEN

KONZERNE HABEN NACHKRIEGSORDNUNG MIT NS-BÜROKRATEN VORBEREITET

Ohne Carl Duisberg wäre der zweite Weltkrieg wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Der BAYER-Generaldirektor war es, der das mächtige IG FARBEN-Kartell geschmiedet hat, das Adolf Hitler an die Macht brachte. IG FARBEN-Strategen schließlich sorgten dafür, daß rechtzeitig die Weichen für eine Nachkriegsordnung gestellt wurden, in der „die deutsche Wirtschaft ihre größte Blüte ... aller Zeiten“ (Hitler) erlebte. Von Otto Köhler.

Der 20. Juli der deutschen Wirtschaft begann bereits am 26. Juni. Zwölf Jahre und einen Tag nachdem die Interessengemeinschaft Farben mit dem zur Macht drängenden Adolf Hitler am 25. Juni 1932 den Benzinpakt abgeschlossen hatte, bat der Führer ein letztes Mal rundhundert Vertreter der deutschen Wirtschaft zu sich auf den Obersalzberg.

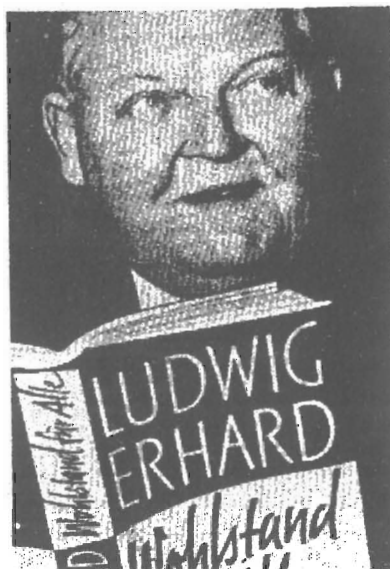
So wie die Militärs pünktlich im Juli 1944 ihre zwingenden Gründe hatten, dem Ruf der Humanitas zum Aufstand gegen Hitler zu folgen - am 6. Juni waren die Westalliierten in der Normandie gelandet, und die sowjetische Großoffensive gegen die Heeresgruppe Mitte hatte am 23. Juni begonnen -, so verlor nun auch die Elite der deutschen Wirtschaft, die IG FARBEN vorneweg, ihr Interesse an Hitler. Das war leicht zu erklären. Fünf Jahre lang hatte der Luftkrieg der West-Alliierten die Benzin-Hydrier-Werke der IG FARBEN und der von ihr abhängigen Konzerne geschont - seit Mai wurden diese Hauptschlagadern der deutschen Kriegsversorgung bombardiert.

Hans Kehrl, Leiter des Rohstoffamtes im Rüstungsministerium erschrak, als er am 26. Juni 1944 sah, wie Hitler von seinem Minister Albert Speer, dem großen Freund der deutschen Wirtschaft, in das Führerkaffee auf dem Obersalzberg geführt wurde: „Es sah beinahe so aus, als ob Speer ihn wie eine Puppe aufs Podium schieben mußte. Seine Bewegungen waren eckig, seine Arme hingen in merkwürdiger Weise herab, seine Stimme war

schwach. Er sprach von allem möglichen, nur nicht von dem, was wir erwartet hatten. Nichts von der militärischen Lage, nichts von den Luftangriffen, nichts von Wunderwaffen ...“

Nein, Hitler sprach von Frieden und Friedenswirtschaft, und das mochte die Industriellen, die im Augenblick andere Sorgen hatten, ein wenig verwirren. Aber sein aufrichtiger Freund Speer hatte ihm gut zugeraten - der Rüstungsminister hielt als genialer Organisator das Dritte Reich zusammen und betrieb nebenamtlich auch noch den unentbehrlichen Widerstand: Mit Giftgas wollte er Hitler und seinen erigieren Kreis - sich selbst natürlich ausgenommen - beseitigen, kam aber infolge der Überfülle seiner Aufgaben nie dazu.

Und so legte der Führer auf Wunsch seines Freundes schon am 26. Juni 1944 sein Bekenntnis zur kommenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab, indem er ausdrücklich hinwies auf die „Unverletzbarkeit des privaten Eigentums an den Betrieben“. Hitler forderte „freie Wirtschaft nach dem Kriege und grundsätzliche Ablehnung der Verstaatlichung der Industrie“. ...



* Am 25. Juni 1932 hatten Abgesandte der IG Farben Hitler in München aufgesucht und von ihm die Zusage erhalten, er werde im Fall seines Sieges einen profitablen Preis für das aus Kohle gewonnen Leuna-Benzin garantieren, koste es, was es wolle. Darauf beschloß der in eine schwere Krise geratene Konzern trotz niedriger Weltmarktpreise sein synthetisches Benzin weiterzuproduzieren.

Aber Hitler, der bis dahin seine Rede genau so hielt, wie es ihm Speer empfohlen hatte, beging nun doch noch den entscheidenden Fehler. Er wich für einige Schritte nur vom Königsweg des freien Unternehmertums ab, von der Höherentwicklung der Menschheit durch die Privatinitiative, von dem Bekenntnis zu dem, „was wir mit dem Begriff Privatkapital oder Privatbesitz oder Privateigentum überhaupt bezeichnen“.

Vielleicht war es nur ein frühkindliches Erlebnis, das er nicht verarbeitet hatte, egal, er ließ sich überwältigen, unbeherrscht sprudelte es aus ihm hervor, daß er in einem ganz bestimmten Fall doch mit lenkender Hand in die Freiheit der unternehmerischen Privatinitiative eingreifen würde. Wirklich nur „im Ausnahmefall“, so beteuerte Hitler, wolle er „korrigierend“ in die Freiheit der Wirtschaft eingreifen, aber verdächtig schnell hatte er einen solchen Ausnahmefall gefunden: „Ein großer Erfinder entdeckt plötzlich eine neue Art eines Korsetts. Dann würde ich dagegen Stellung nehmen, sofort! Ich würde sagen: Wir brauchen andere Dinge als Korsetts jetzt. Und wenn der Mann sagt: 'Ja, aber das ist meine Erfindung! Ich habe ein Korsett ohne viel Stangen, ohne Fischbein, sondern mit Stahl, neue Legierung; kann nicht rosten; absolut so elastisch wie Fischbein und läßt sich noch besser zusammenschnüren; rückwärts ist eine Kurbel, es brauchen also nicht mehr zwei Leute zu ziehen, ganz neue Erfindung, kann sogar an jede Steckdose angeschlossen werden, geht automatisch.' Dann werde ich sagen: 'Mein Herr, sperren Sie Ihre Erfindung sogleich wieder ein! Ich lasse keine Korsetts machen in Deutschland, weil ich die deutsche Frau nicht kaputt machen lasse.'“

Das war ein klarer Verstoß gegen die freie Unternehmerinitiative, und da half es überhaupt nichts, daß Hitler seine Wehrwirtschaftsführer direkt ansprach: „Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie es mir über-

haupt ermöglichen, die (Kriegs-)Aufgaben zu erfüllen. Sie müssen aber als meinen höchsten Dank etwas entgegennehmen, nämlich das Versprechen, daß meine Dankbarkeit sich auch später immer wieder zeigen wird und daß keiner auftreten kann im deutschen Volk, der mir sagen kann, ich hätte mein Programm je verletzt. Das heißt, wenn ich Ihnen sage, daß die deutsche Wirtschaft nach diesem Kriege ihre größte Blüte, vielleicht aller Zeiten, erleben wird, dann müssen Sie das auch als ein Versprechen auffassen, das eines Tages seine Einlösung finden wird."

Obwohl Hitler damit kein Wort zuviel versprach, obwohl gleich nach dem Krieg die Landschaften des richtigen Deutschland aufblühten, so wie er es damals vorhersagte, konnte er die Verstimmung, die er mit seiner winzigen Abweichung vom Tugendpfad der freien Privatinitiative unter den anwesenden Unternehmern ausgelöst hatte, nicht ausräumen.

Zuschlechtertetzt trieb der Führer in einem neuen Anfall von Verwirrtheit alles auf die Spitze: „Wenn der Krieg verloren ginge, meine Herren, dann brauchen Sie keine Umstellung (auf Friedenswirtschaft) vornehmen. Dann bleibt nur, daß jeder Einzelne sich seine private Umstellung vom Diesseits zum Jenseits überlegt: ob er das persönlich machen will oder ob er in Sibirien arbeiten will - das sind die einzigen Überlegungen, die dann der Einzelne zu machen braucht."

Speer - und er nicht allein - war entsetzt: „Fast höhnisch und jedenfalls mit einem leichten Unterton der Verachtung für diese 'feigen bürgerlichen Seelen' hatte Hitler diese Sätze gesprochen. Das blieb nicht unbemerkt und machte allein schon meine Hoffnung, daß die Industrieführer durch seine Rede neu angespornt würden, zunichte."

Kehrl, dem Hitler bei seiner Rede den Eindruck „eines Menschen in schwerstem Erschöpfungszustand und zeitweiser Geistesabwesenheit" bot, berichtet, wie sich die Teilnehmer aus der Industrie bei der Heimfahrt nach Berlin über den Führer einig waren: „Der Mann ist ja

ein ganz anderer, als der, den wir früher kannten ... Der Mann ist doch gar nicht mehr regierungsfähig."

Man mußte sich umorientieren und doch dabei möglichst so bleiben, wie man war. Hitler war im Grunde nur noch ein störendes Zwischenglied. ...

Rudolf Stahl, Vorstandsvorsitzender der SALZETFURTH AG und zugleich stellvertretender Leiter der Reichsgruppe Industrie hatte sich darum schon geraume Zeit überlegt, wie mit weniger erfreulichen neueren Ereignissen in West und Ost zurechtzukommen sei. Unter seiner Leitung arbeitete Ludwig Erhard in seinem seit 1942 von der IG FARBEN finanzierten Nürnberger Institut für Industrieforschung bereits an den Problemen der Nachkriegswirtschaft. Dessen wichtigstes Ergebnis war die Studie „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung", um die sich in der Nachkriegszeit manche Widerstandslegenden rankten, weil sie lange verschollen blieb:

Die Reichsgruppe Industrie gewann Interesse an der Erhards Werk und vermittelte ihn 1944 an den Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf. Erhards Gesprächspartner war ein Massenmörder. Noch zwei Jahre zuvor hatte er im Osten als Leiter der Einsatzgruppe D 90.000 Männer, Frauen und Kinder umgebracht.

1977 veröffentlichte der Zeit-historiker Ludolf Herbst in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte einen Aufsatz über das Verhältnis zwischen dem Massenmörder Ohlendorf und dem Wirtschaftswundermann Erhard, der außerhalb von Fachkreisen weitgehend unbeachtet blieb. Herbst: „Es gab bei allen Unterschieden in den weltanschaulichen Voraussetzungen so viele Berührungspunkte, daß nicht nur eine Zusammenarbeit als möglich erschien, sondern eine ganze Reihe prinzipieller wirtschaftspolitischer Grundpositionen Erhards in das mit der Abteilung Ohlendorfs abgesprochene und somit als Bestandteil der koordinierten Planung des RWM (Reichswirtschaftsministerium, O.K.) anzusehende Planungsprogramm der RI (Reichs-

gruppe Industrie, O.K.) eingehen konnten."

Diese Tatsache zeigte Herbst darüber hinaus, „welche Bedeutung Erhard für die Planungsvorbereitungen und ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung zu erlangen vermochte." Ohlendorfs Planungskonzept formulierte, so Herbst, die Quintessenz der Argumentation von Erhards „wirtschaftlicher Zielsetzung", nämlich: „1) Abbau der staatlichen Bewirtschaftung unter betonter Wiederbelebung der Privatinitiative und Ausbau der Selbstverwaltung im Rahmen der staatlichen Wirtschaftsführung. 2) Grundsätzliche Abstimmung zwischen Staats- und Privatbedarf ... 3) Grundsätzliche Abstimmung zwischen Investitions- und Konsumgüterherstellung, 4) Gestaltung der Marktordnung..." Kurz die Einführung dessen, was später dann „Soziale Marktwirtschaft" genannt wurde.

Behutsam stellte Herbst 1973 noch die Frage, warum Erhard „angesichts des öffenkundigen Endes des Dritten Reichs seine Arbeitskraft in den Dienst von Organisationen und Menschen stellte, deren Zukunft ungewiß war und die ihn ja durchaus auch hätten kompromittieren können".

Doch die Überlegungen der Erhardschen Denkschrift konnten, als sie endlich bekannt wurden, ihren Verfasser in der Bundesrepublik Deutschland nicht kompromittieren. Erhard warnte schon 1944 vor denen, die erklären würden, daß der Krieg eine zu „gewaltige Wertevernichtung mit sich gebracht hat, als daß das Produktivkapital in privater Hand davon unangetastet bleiben dürfte". Er warnte vor denen, die sagen könnten: „Wenn ein Teil des deutschen Volkes ohne eigene Schuld alles verloren hat, kann es nicht gutgeheißen werden, daß andere ohne eigenes Verdienst Begünstigte möglicherweise ihr gesamtes Vermögen über den Krieg hinüberretten." Und er erläuterte ausdrücklich: „Der Verfasser bedient sich hier mit Absicht einer Argumentation, die - wie zu erwarten steht - zugleich auch das soziale Ressentiment anderer Schichten oder der durch den Krieg Geschädigten ... erkennen läßt."

Kurz: Erhard warnte vor einer anderen Republik als der, die 1944 in Deutschland bestand: „In letzter Konsequenz gipfeln solche Überlegungen in der Forderung nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel, nach einer Vermögensabgabe also, die für die Zukunft dem Staat nicht nur die wirtschaftslenkende, sondern auch die unmittelbar unternehmerische Funktion zuweist.“ Und eben das wollte er vorsorglich verhindern. „Gespenstisch“ nennt der Zeithistoriker Wolfgang Benz das Zusammenspiel von Ohlendorf und Erhard in dem von Theodor Eschenburg herausgegebenen Band Jahre der Besatzung 1945-1949. Ohlendorf (und mit ihm auch Himmler), die Reichsgruppe Industrie und Erhard waren sich Ende 1944 im Grunde darüber einig, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen und Vorbereitungen für die Nachkriegszeit zu treffen seien. Formuliert wurde das natürlich so nie. Doch die in Festreden und in der populären Erhard-Literatur immer noch vertretene Behauptung, Erhard habe zu Beginn seiner Denkschrift eingestanden, es stehe einwandfrei fest, daß der Krieg verloren sei, und sich und andere damit in große Gefahr gebracht, ist eine Legende und geht zurück auf einen etwas wirren Bericht eben dieses Tübinger Politikwissenschaftlers Eschenburg („nach meiner Erinnerung ungefähr“).

Der Bericht Eschenburgs über seine Begegnungen mit Erhard im Dritten Reich (nachzulesen in der Festschrift zu Erhards 75. Geburtstag) bezieht sich auf „die Denkschrift Erhards“, die nach Eschenburgs Angaben „ungefähr fünfzehn bis zwanzig Seiten“ umfaßt und die er 1944 unter konspirativen Umständen gesehen habe. Das war 1971.

1976 wurde Erhards Denkschrift in einem Nachlaß gefunden. Sie war 278 Seiten dick. Im Vorwort zur Faksimile-Ausgabe von 1977 wiederholt Eschenburg seinen dubiosen Widerstands-Bericht, fügt aber hinzu: „Daß dieser Text eine Kurzfassung war und ebenso, für wen sie bestimmt war, wußte ich nicht. Von der eigentlichen Denkschrift habe ich erst viel später erfahren. Leider sind von der Kurzfassung mit ihrem lapidaren Text sämtliche Exempla-

re verlorengegangen und trotz aller Bemühungen bis heute nicht aufgefunden worden.“

In einer Fernsehsendung warf Eschenburg 1989 die Denkschrift wieder mit der „Kurzfassung“ durcheinander, welche Erhard und ihn „ins KZ“ hätte bringen können, wenn sie den Nazis in die Hand gefallen wäre. Sein Professorenkollege Günter Schmolders bestätigte ihm schon vorher im Vorwort des Faksimile-Bandes: „Daß der Krieg 1944 für Deutschland bereits verloren war, wird nicht in der Denkschrift, wohl aber in ihrer späteren Kurzfassung ausdrücklich gesagt, über die Th. Eschenburg berichtet hat ...“

Erhard selbst hat in seinem Vorwort an gleicher Stelle nichts über eine „Kurzfassung“ verlauten lassen, auch nichts über die Begegnung mit Ohlendorf, kann sich aber erinnern, daß er selbst „den Macht habern mißliebig geworden sei“. Sie hätten ihm nämlich Arbeits- und Hilfskräfte verweigert.



An der „Kurzfassung“ kann es ebensowenig gelegen haben wie an der ausführlichen „Denkschrift“. Am 14. November 1944 schrieb Industrie-Vize Rudolf Stahl mit dem üblichen „Heil Hitler“ dem SS-Brigadeführer und Massenmörder, dem „sehr verehrten Herrn Ohlendorf“, in sein Reichswirtschaftsministerium diesen Brief: „Da, wie ich höre, am Freitag im Verfolg unserer letzten Zusammenkunft die von Ihnen dabei angeregte Aussprache mit Herrn Dr. Erhard stattfinden soll, gestatte ich mir, Ihnen in der Anlage eine mir heute zugegangene weitere Ausarbeitung des Herrn Dr. Erhard zu übersenden.“

In diesem „Exposé Dr. Erhard“ schlägt sich der auch gleich selbst für die Bearbeitung der „währungs politischen Neuordnung“ vor, und Stahl meint zu Ohlendorf, „daß sich

dieses Exposé als Unterlage für ihre Unterhaltungen mit Herrn Dr. Erhard gut eignet.“ Er fügt hinzu: „Den Auszug aus der Erhard'schen Denkschrift über die Schuldenkonsolidierung ... überreichte ich Ihnen bereits am Freitagabend. Ich habe Herrn Dr. Erhard gebeten, Ihnen seine ausführliche Denkschrift am Freitag persönlich zu übergeben.“

**Hitler forderte „freie
Wirtschaft nach dem
Kriege und grundsätzliche
Ablehnung der
Verstaatlichung der
Industrie“.**

Der SS-Gruppenführer hatte also längst die „Kurzfassung“ in der Tasche, die nach Meinung des Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg Erhard und auch ihn selbst ins KZ gebracht hätte, wenn sie den Nazis bekannt geworden wäre.

Am 10. April 1948 wurde Otto Ohlendorf vom US-Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tod durch den Strang verurteilt. Erhard, bereits Ende 1945 bayerischer Wirtschaftsminister, ist 1946 von der US-Besatzungsmacht wegen Begünstigung alter Nazis aus dem Ministeramt entfernt, gleichwohl aber 1947 als Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in der Bizonenverwaltung mit der Vorbereitung der Währungsreform betraut worden.

Die Währungsreform vom 20. Juni 1948 erlebte Ohlendorf in der Kriegsverbrecherzelle. Am 4. März 1949 bestätigte der US-Militär-gouverneur Lucius D. Clay das Todesurteil gegen ihn - Ludwig Erhard wurde derweil Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt. Im Juni 1951 wird Ohlendorf aufgehängt. Ludwig Erhard ist im anerkannten Nachfolgestaat des Nazi-Reiches längst Bundesminister für Wirtschaft und beteiligt sich an den Vorbereitungen für eine deutsche Remilitarisierung. So endete der 20. Juli der deutschen Wirtschaft.

WIR BRAUCHEN IHRE HILFE

Bitte spenden Sie zur Finanzierung der Aktionen unter dem Stichwort "Nie wieder" auf das Konto Nummer 373 017 9617 bei der Ökobank Frankfurt (Main) BLZ 500 901 00. Bitte helfen Sie auch bei der Verbreitung unseres Materials (she. Bestellcoupon).

Ein gewisses Machtgefühl

Der große Mann des deutschen Kreditgewerbes starb im Februar 1994 mit 92 Jahren. Hermann Josef Abs hat sich um die Konzerne verdient gemacht. Im wahrsten Sinne des Wortes. Als Aufsichtsratsmitglied der IG FARBEN stimmte er dem Programm „Vernichtung durch Arbeit“ zu. Später handelte er das Londoner Schuldenabkommen aus, das die Opfer des Nazi-Regimes bis heute um eine gerechte Entschädigung betrügt. BAYER und die gesamte deutsche Industrie verweigern so seit einem halben Jahrhundert ihren damaligen Zwangsarbeitern die Zahlung des ihnen zustehenden Lohnes. Von Otto Köhler

Ein Mann des Widerstands genannt zu werden - das widerstrebte Abs: „Mein Gefühl für die Verantwortung in einem Institut an verantwortlicher Seite - Vorstandsmitglied der DEUTSCHEN BANK - zu arbeiten, wo so viele fremde Interessen verankert waren, veranlaßte mich, besonders vorsichtig zu sein.“ Aber er liebte die Macht, weil sie Freiheit verschaffte: „Ja zu etwas zu sagen oder auch nein sagen zu können - jenes Symbol der Freiheit - verleiht ein gewisses Machtgefühl, das gebe ich zu.“

Seit 1940 saß er im Aufsichtsrat der IG FARBEN (jenes Mörderkartells, das nach dem Krieg von den Alliierten in die Konzerne HOECHST, BASF und BAYER entflochten wurde, hō). Er wurde so Aufsichtsrat also auch über die INTERESSENGEMEINSCHAFT AUSCHWITZ, die am 7. April 1941 mit dem neuen IG-BUNA-Werk an diesem Ort eröffnet wurde als ein „fester Eckpfeiler für ein gesundes Deutschtum im Osten“. Die INTERESSENGEMEINSCHAFT AUSCHWITZ sah vor, daß die SS der IG die KZ-Häftlinge im Rahmen des Programms „Vernichtung durch Arbeit“ zur Verfügung stellte, die nach Ermordung mit dem IG-Produkt Zyklon B von der SS fortgeschafft wurden. Als Abs zur Zwangsarbeit ja oder nein sagen konnte, sagte er ja. Im Aufsichtsrat der IG stimmte er am 30. Mai 1942 zu, daß der Arbeitskräftemangel durch verlängerte Arbeitszeit und den Einsatz von Frauen, Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen ausgeglichen werden solle.

Josef Kardinal Frings, Adenauers geistlicher Berater, hatte 1950 den längst aus der Internierung entlassenen Abs zum Ritter vom heiligen Grab geschlagen. Im Jahr darauf ernannte der Kanzler den

Bankier zum deutschen Verhandlungsführer bei der Londoner Schuldenkonferenz. Zugleich gab Adenauer zur Beruhigung der Bevölkerung eine Erklärung zur - wie er das nannte - „Judenfrage“ ab: „Wiedergutmachung“ ja, aber innerhalb der Grenzen, die „der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der Versorgung der zahllosen Kriegsoffer und der Fürsorge für die Flüchtlinge gezogen sind“. Eine vorgesehene Formulierung über die Einschränkung durch die bittere Notwendigkeit der Wiederaufrüstung bewahrte Adenauer in seinem Herzen.

**Die Überlebenden
Opfer aber im Osten,
sie bekamen dank Abs
überhaupt nichts.**

Den Leiter der deutschen Verhandlungskommission mit Israel, den CDU-Parlamentarier Prof. Franz Böhm klagte Abs noch 1991 an: „Er verstand sich weniger als Leiter einer deutschen Delegation ..., sondern in erster Linie als der Anwalt israelischer Interessen.“ Als Böhm durch einen von Bonn lancierten Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung öffentlich desavouiert wurde, brachen die Israelis die Verhandlungen ab. Abs war das nicht unangenehm: „Das Interesse, zunächst die eigenen Ansprüche in London befriedigt zu sehen und von der Bundesrepublik einen angemessenen Verteidigungsbeitrag zu erhalten, überwog offensichtlich.“ Als es dann doch noch zur „Wiedergutmachung“ für die Juden kam, wurde daraus, dank Abs, ein gutes Geschäft für die bundesdeutsche Industrie. Israel bekam vorwiegend Warenlieferungen aus deutscher Produktion.

Die Überlebenden Opfer aber im Osten, sie bekamen dank Abs

überhaupt nichts. Seit Adenauer verweigern alle Bundesregierungen unter Berufung auf den von Abs ausgehandelten Artikel 5 (2) NS-Opfern im Osten jegliche Entschädigungszahlung. Die deutsche Industrie (darunter insbesondere BAYER, ho), die seit einem halben Jahrhundert ihren damaligen Zwangsarbeitern die Zahlung des ihnen zustehenden Lohnes verweigert, darf sich, so entschied der Bundesgerichtshof, auf den Abs-Paragrafen berufen, weil durch ihn „nicht nur die Bundesrepublik als Staat, sondern auch Wirtschaft und Währung der Bundesrepublik geschützt werden sollten“.

MATERIAL

ZUM THEMA "NIE WIEDER!"

Ja, ich bestelle:

___ Sätze Flugblätter "Die Blutspur führt nach Leverkusen", 1 Satz = 10 Stück: 2,- DM

___ Sätze Erklärung "50 Jahre Kriegsende. 50 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz. Die Verantwortung der IG FARBEN", 1 Satz = 10 Stück: 2,- DM

___ Expl. STICHWORT BAYER EXTRA "Nie wieder!" (dieses Heft), 10,-/Stück (3 Stück: nur DM 20,-)

___ Expl. Reader "Von Anilin bis Zyklon B", ca. 160 S., 15,- DM

___ Bücher "IG FARBEN - Die ungeschuldeten Kriegsplaner", 242 S., 24,80 DM

___ Infomappen (1) "IG FARBEN i. A. 1955 - 1990", 10,- DM

___ Infomappen (2) "IG FARBEN i. A. 1990 - 1995", 30,- DM

___ Videos "IG FARBEN i. A.", VHS, ca. 15 Min., DM 35,-

___ Sätze (Protest-)Plakate "IG FARBEN", auch geeignet für Sandwiches etc., DIN A2, 1 Satz = 3 (verschiedene) Plakate: 20,- DM

Summe
zzgl. Porto/Verp. 8,- DM

Rechnungsbetrag

Name
Vorname
Straße
PLZ, Ort
Unterschrift

Lieferung nur gegen Verrechnungsscheck, bitte die Bestellung beifügen. Danke! Coupon an: CBC, PF 15 04 18, 40081 Düsseldorf

DOKUMENT

OMGUS-REPORT: BAYER AN UNTERSTÜTZUNG DES NS-STAATES AKTIV BETEILIGT

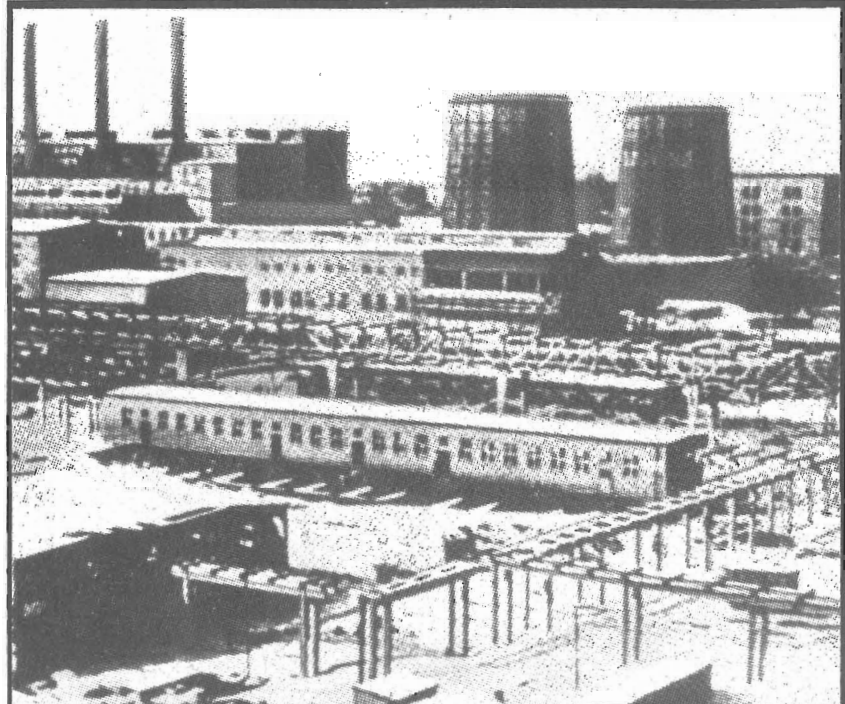
Das Büro der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland (Office Of Military Government For Germany, United States, OMGUS) legte 1945 seinen Ermittlungsbericht gegen die IG FARBEN vor. Darin heißt es: „BAYER war an der Unterstützung und Umsetzung der Politik der Ideologie des NS-Staates aktiv beteiligt. Die folgenden, wenn auch unvollständigen Beispiele zeigen, daß man sich dort schon früh und in der Folgezeit nachhaltig für die NS-Ideologie einsetzte. Schon 1933 schickten die BAYER-Direktoren einen Rundbrief an die ausländischen Niederlassungen mit der Anordnung, 'die Ortsgruppen der NSDAP freundschaftlich zu unterstützen...'. So wurden schon sehr früh die Grundlagen für eine Politik gelegt, die später noch intensiviert werden sollte. In Werbekampagnen im Ausland, die aufgrund der Tatsache, daß viele BAYER-Produkte nicht rezeptpflichtig waren, beträchtliche Summen verschlangen, stellte man die Verbreitung der NS-Ideologie in den Vordergrund. Die Reklamedien wurden sorgfältig ausgewählt. Im Februar 1938 faßte man bei BAYER den Beschluß: 'Inseration in deutschfeindlichen Blättern soll auf keinen Fall erfolgen; wirtschaftliche und propagandistische Erwägungen müssen dem übergeordneten politischen Gesichtspunkt gegenübergestellt werden.'

BAYER-Beschluß von 1938:
"Inseration in deutschfeindlichen Blättern soll auf keinen Fall erfolgen; wirtschaftliche und propagandistische Erwägungen müssen dem übergeordneten politischen Gesichtspunkt gegenübergestellt werden."

Darüberhinaus wurde die Aussonderung von bis dahin immer noch vorhandenen 'nichtarischen' Mitarbeitern bis Januar 1939 abgeschlossen, so daß BAYER dem Büro des Kaufmännischen Ausschusses auf Anfrage mitteilen konnte, daß 'wir ... bei den ausländischen Ver-

kaufsorganisationen keine nichtarischen Angestellten mehr beschäftigt haben, die im Geschäftsverhältnis zur IG stehen.'

eine steigende Nachfrage nach Pharmazeutika besonders für den militärischen Bedarf erklären. ... Es ist aufschlußreich, daß der Gesamt-



IG FARBEN-Werke bei Auschwitz: "Vernichtung" sog. nichtarischer Menschen. BAYER teilte dem Büro des Kaufmännischen Ausschusses mit, daß 'wir ... bei den ausländischen Verkaufsorganisationen keine nichtarischen Angestellten mehr beschäftigt haben'.

Die Verkaufagenturen, die BAYER in aller Welt unterhielt, wurden dazu genutzt, Einrichtungen der deutschen Regierung und der Auslandsorganisation der NSDAP in neutralen Ländern mit Geldmitteln zu versorgen. Nach 1940 gelangten auf diese Weise insgesamt 9.600.000 Reichsmark in jeweiliger Landeswährung in die schwarzen Kassen der deutschen Botschaften und der NS-Auslandsorganisationen, und zwar hauptsächlich in Brasilien und Spanien. Diese Auslandszahlungen, ob freiwillig oder erzwungen, waren für die Reichsregierung beim Erwerb kriegswichtiger Güter und bei der Verbreitung ihrer Propaganda von allergrößtem Nutzen.

Ein Großteil der Umsatzsteigerung bei den BAYER-Produkten während des Krieges läßt sich durch

umsatz von BAYER, einschließlich der Fungizide und Insektizide, von 197 Millionen Reichsmark im Jahre 1939 auf 356 Millionen Reichsmark im Jahre 1943 stieg - ein Zuwachs von nahezu 90 % in fünf Kriegsjahren."

ZIELE ERREICHT

Die Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland hat 1945 einen Ermittlungsbericht gegen die IG Farben vorgelegt, in dem es u.a. heißt: „Ihren Nachkriegsplänen zufolge wollte die IG FARBEN letztlich die Herrschaft über die Chemieindustrie Europas gewinnen ...“ Dies ist größtenteils gelungen: Die Nachfolgekonzerne BAYER, HOECHST und BASF sind tonangebend auf dem europäischen Chemiemarkt.

WEISSE WÄSCHE

KONZERNE LASSEN IHRE BRAUNE GESCHICHTE HISTORISCH UMDEUTEN

Die DEUTSCHE BANK und MANNESMANN wollen sich nach eigenem Bekunden nun endlich mit der Verstrickung ihrer Unternehmen in das blutige NS-Regime ernsthaft auseinandersetzen. Man habe, so heißt es, die bislang verschlossenen Archive namhaften Historikern geöffnet, auf daß sie die Wahrheit zutage fördern mögen. Herausgekommen ist eine Verharmlosung, die die führende Rolle der deutschen Industrie bei der Installation des Hitler-Faschismus' leugnet. Die DEUTSCHE BANK und MANNESMANN werden vom BAYER-Konzern gelernt haben, der pünktlich zum 125-jährigen Firmenjubiläum einen „Meilensteine“ genannten Wälzer präsentierte, der die bis dahin beharrlich totgeschwiegene braune Firmengeschichte nicht mehr ausspart. Doch der Umgang mit historischen Fakten ist alles andere als sorgfältig. Der von BAYER beauftragte Historiker hat sich alle Mühe gegeben, die blutigen Westen der Herren Duisberg und Co. reinzuwaschen. Von Otto Köhler

Auf der Buchmesse 1986 lernte ich ihn flüchtig kennen beim Verlagsempfang für Bernhard Sinkels IG-FARBEN-Film und -Buch „Väter und Söhne“. Dr. Gottfried Plumpe, so hieß der Mann, hat in zwischen Karriere gemacht. Er ist „seit 1987 in der Konzernverwaltung eines Industrieunternehmens tätig“ und hat sich 1988 an der Universität Bielefeld habilitiert. Das entnehme ich einem dicken Buch „Die IG-FARBEN INDUSTRIE AG: Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945“.

Der Gegenstand seines Buches hängt mit der nicht namentlich genannten Konzernverwaltung, in der Plumpe tätig ist, zusammen: es ist der BAYER-Konzern, der wichtigste Vater der 1916 gegründeten IG-FARBEN und heute nach ihrer erzwungenen Auflösung ihr stärkster Sohn. Ein solcher Zusammenhang zwischen dem Werk, das der Autor schreibt, und dem Werk, in dem er verdient, mag in der Buchproduktion nicht ungewöhnlich sein. Bei der Produktion von habilitierten Wissenschaftlern, künftigen Professoren also mit anerkannter Lehrbefähigung, sollte es da allerdings einen Unterschied geben. Unbefangenes wissenschaftliches Urteil ist dort nicht mehr möglich, wo es in die vom Untersuchungsgegenstand geführte eigene Personalakte eingehen kann. Doch die knappe Mehrheit von Bielefelder Historikern, die Plumpe aufgrund des vorliegenden Buches großzügig die *venia legendis* er-

teilte, sieht das offensichtlich anders.

Immerhin, Plumpes Habilitationsschrift ist für seine Firma ein wertvolles Produkt der Öffentlichkeitsarbeit. Mit einem Riesenaufwand an Belegen aus den ihm frei zur Verfügung stehenden Werksarchiven leitet er die Fülle der Quellen mit beachtlicher Geschicklichkeit in eine Weißwäscherei. Geschicklichkeit aber nennt man im Lateinischen Habilitas - warum also sollte man, mögen die Bielefelder Historiker gedacht haben, diese Habilitas nicht habilitieren.

Immerhin, daß die IG durch ihr nie vollendetes BUNA-Werk in Auschwitz in eine „fatale Nähe zu den ehemaligen Verbrechen des Dritten Reiches“ geraten sei, räumt Plumpe ein. Aber er behauptet: „Daß die IG ihre Standortentscheidung von der Frage des Häftlingseinsatzes abhängig gemacht hat, geht aus den Quellen

nicht hervor.“ Geht man von der Chronologie der Ereignisse aus, schreibt Plumpe, „dann war die IG-Entscheidung für Auschwitz spätestens Anfang 1941 gefallen; der Einsatz von Häftlingen wurde definitiv am 18. 2. 1941 von Göring befohlen.“ Man könne, konsidiert Plumpe großzügig, „selbstverständlich vermuten“, daß Karl Krauch Göring aufgefordert habe, „Hitler die zur Verfügungsstellung von Häftlingen zu befehlen“ - das ehemalige IG-Vorstandsmitglied (bis 1940) Krauch war damals in einer privatrechtsstaatszwangswirtschaftlichen Dreifach-Funktion zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der IG FARBEN, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung in Görings Vierjahresplanbehörde und Präsident des Reichsamtes für den Wirtschaftsausbau. Aber, so Plumpe, Krauch habe „dies bestritten“ - nämlich die Anforderung von KZ-Häftlingen, und es gäbe „keine gegenlautenden Aussagen oder Dokumente“.

Das gegenlautende Dokument - einen Brief Krauchs an seinen IG-Vorstands-Kollegen Otto Ambros vom 4. März 1941 - erwähnt Plumpe selbst, hütet sich aber mit großer Umsicht, den entscheidenden Satz anfang zu zitieren. Plumpe-Version: „Auf Görings Befehl traf Hitler eine entsprechende Anordnung...“ an die SS, nämlich - und hier zitiert Plumpe aus dem Dokument: „... sofort mit dem Bauleiter der BUNA-Werkes in Verbindung zu treten und



Peter W. Schreiber,
IG Farben —
die (m)schuldigen Kriegsplaner
242 Seiten, ISBN 3-88021-159-0,
23 DM

IG Farben — das war ein Name, den Monopolverherren mit Bewunderung, Politiker mit Respekt, Arbeiter voller Haß und KZ-Häftlinge voller Schrecken aussprachen. Mit diesem Namen waren Kriegsrüstung und Ausplünderung fremder Völker, waren brutalste Ausbeutung, Betrug und Terror verbunden.

Eng verknüpft war damit aber auch der Widerstand gegen die Mächenschaften des Chemiekonzerns und seine Nachfolger heute.

Verlag Neuer Weg

(Königsbergstraße 2, 45136 Essen)
Telefon: 0201/259 415; Telex: 0201/26 8577

Anzeige

das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfang zu unterstützen." Das ist sehr sorgfältig und mit großer Präzision von den ersten drei Worten des Krauch-Briefes abgetrennt, die alles besagen und darum von Plumpe unterschlagen werden: „Auf meinen Antrag“, so beginnt Krauch, „und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls hat der Reichsführer SS unter dem 26. Februar d. J. folgendes angeordnet ...“

FORDERUNG

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die Öffnung der Werksarchive für alle Interessierten Menschen, damit die Verstrickung des BAYER-Konzerns mit den Verbrechen des Hitler-Faschismus' fünfzig Jahre nach Kriegsende endlich lückenlos aufgearbeitet werden kann.

Krauch hat auf der Anklagebank in Nürnberg alles, was seine Verantwortung für Auschwitz, ja auch nur seine Kenntnis von den Zuständen auf der IG-Baustelle bezeugen könnte, heftig bestritten. Plumpe glaubt ihm und anderen IG-Zeugen, denn: „diese Aussagen, vor allem die von Krauch selbst, ist (sic) von der Anklage im Kreuzverhör nicht bestritten oder widerlegt worden.“ Nur ein einziges Mal, das mußte Krauch in seinen Aussagen notgedrungen zugeben, war er in Auschwitz gewesen. Doch er fand dort alles in bester Ordnung.

Nun, es gibt endlich - aber mit soviel Pech mußte Plumpe beim Schreiben seines Buches nicht rechnen - die deutsche Taschenbuchausgabe des internationalen Standardwerkes (im Original bereits vor 30 Jahren erschienen), das sich eingehend auch mit den IG FARBEN beschäftigt und das der Mann mit der Bielefelder Lehrbefähigung in seinem Literaturverzeichnis nicht kennt: „Die Vernichtung der europäischen Juden“ von Raul Hilberg. Und dort kann man seit 30 Jahren dies nachlesen: „Wie sehr die SS-Mentalität selbst von IG FARBEN-Direktoren Besitz ergriff, veranschaulicht folgende Geschichte. Eines Tages begaben sich zwei Buna-Häftlinge, Dr. Raymond van den Straaten und Dr. Fritz Löhner-Beda,

an ihre Arbeit, als eine aus IG FARBEN-Größen bestehende Besuchergruppe des Weges kam. Einer der Direktoren wies auf Dr. Löhner-Beda und sagte zu seinem SS-Begleiter 'Diese Judensau könnte auch rascher arbeiten.' Darauf bemerkte ein anderer IG-Direktor: 'Wenn die nicht mehr arbeiten können, sollen sie in der Gaskammer verrecken.' Nachdem die Inspektion vorbei war, wurde Dr. Löhner-Beda aus dem Arbeitskommando geholt und mit Füßen getreten, sodaß er als Sterbender zu seinem Lagerfreund zurückkam und sein Leben in der IG-Fabrik Auschwitz beendete.“

Wer von den IG-Herren den morddienlichen Hinweis an die SS gab, konnte der Überlebende Dr. van der Straaten bei seiner Aussage im Juli 1947 nicht mehr bestimmen. Er wußte aber, daß er fünf IG-Besucher gesehen hatte: Dürrfeld, Ambros, Bütetisch, ter Meer (von BAYER) - und Krauch.

In seiner für Plumpe vertrauenswürdigen Aussage über seinen einzigen Besuch der IG-Fabrik Auschwitz im Sommer 1943 gibt Krauch an, daß sie zu mehreren das Gelände besichtigten - er nennt die Namen Dürrfeld und Ambros. Ihm sei es, erzählt Krauch den Richtern, bei seinem Besuch darauf angekommen,

zu prüfen, wie die KZ-Häftlinge arbeiten und wie sie behandelt werden. Krauch vor Gericht: „Der Eindruck, den ich gewann, war absolut einwandfrei, es war ein guter Eindruck.“ Die KZ-Häftlinge seien an ihrer Arbeit sehr interessiert gewesen: „Sie sahen gut genährt aus und waren anständig gekleidet.“ Krauch erinnerte sich auch an einen kleinen Zwischenfall. Ein junger Häftling sei ihnen gefolgt - „offensichtlich wollte er hören, was wir diskutierten“. Darauf habe sich ihm ein Mann genähert, ein Kapo, wie er später erfahren habe, der den Häftling tadelte und ihm - wahrscheinlich - einen Verweis erteilte. Darauf sei der Häftling lachend zu seiner Arbeit zurückgekehrt. Krauch: „Das machte auf mich den Eindruck, daß er den Tadel des Kapo nicht sehr ernst nahm.“ Und: „Der Eindruck, den ich mitnahm, war absolut gut.“

Man kann derartige Aussagen vor Gericht ernstnehmen, wenn man auf den Kopf gefallen ist oder gefallen sein will. Man muß es auch, wenn man bei BAYER im Archiv angestellt ist. Solches sacrificium intellectus aber zu habitieren, es mit dem Nachweis der Lehrbefähigung zu prämiieren, den Einfall hatte die Universität Bielefeld. Aber sie liegt nicht weit weg von Leverkusen.



„Massenexekution“ durch die SS

SIEG IN NIEDERLAGE

KEINE RÜCKÜBERTRAGUNG AN IG FARBEN & CO

(jw) Als Folge des zweiten Weltkrieges wurde die IG FARBEN von den Siegermächten formal entflochten. Um die Ansprüche der Opfer des Naziregimes zu regeln, entstand die IG FARBEN IN ABWICKLUNG (I. A.), die sich nach getaner Arbeit, so die Zielsetzung, selbst auflösen sollte. Doch von Auflösung ist bis heute keine Rede. Immer noch werden die Aktien dieser unrühmlichen Gesellschaft, deren Nennwert bezeichnenderweise in Reichsmark angegeben wird, an der Börse gehandelt. Und: Statt die Opfer zu entschädigen, hat sich die Unternehmensleitung daran gemacht, alten FARBEN-Besitz in aller Welt mit findigen Advokaten einzuklagen. Nach der Abwicklung der DDR sah man auch dort endlich die historische Chance, alten Grundbesitz wieder einzutreiben. Diesem Ansinnen wenigstens hat das Bundesverwaltungsgericht einen Riegel vorgeschoben. Von Fritz Fischer

Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat am 13. Februar 1995 entschieden: Enteignete Vermögenswerte im früheren sowjetischen Sektor von Berlin nach Maßgabe der sogenannten Liste 3 sind grundsätzlich nicht an Alteigentümer zurückzugeben. Mit seinem Urteil schloß der siebte Senat unter Vorsitz des Gerichtspräsidenten Dr. Franßen einen Rechtsstreit in letzter Instanz ab, der die Gemüter im In- und Ausland heftig erregt hat.

Viel war im Vorfeld spekuliert worden. Über Varianten von einer teilweisen bis zur vollständigen Rückübertragung der Vermögenswerte an Kriegsverbrecher-Nachfolger wurde in den Medien gemutmaßt. Auch war nicht unbedingt vorauszusehen, daß eine inhaltliche Bewertung des Sachverhaltes an Priorität vor einer strikt formalen Sicht erhalten würde.

In der Urteilsbegründung fallen zwei Linienführungen deutlich auf. So wird als entscheidend für eine rechtswirksame Enteignung ange-

sehen, daß das vom Ost-Berliner Magistrat beschlossene „Einziehungsgesetz“ vom 8. Februar 1949 auf der Grundlage von Besatzungsrecht und Besatzungswille erfolgt sei. Obwohl formell nicht mehr unter sowjetischer Verwaltung, knüpfte die Vermögenseinziehung doch an den Befehl Nr. 124 der sowjetischen Militär-Administration vom 30. 10. 1945 an. Der sowjetische Stadtkommandant Kotikow habe am 9. Februar 1945 das Einziehungsgesetz und den dazugehörigen Durchführungsbeschuß bestätigt, fanden die obersten Verwaltungsrichter.

Von der Sowjetunion in den Jahren 1945 bis 1949 in Ostdeutschland vollzogene Maßnahmen basierten auf dem Potsdamer Abkommen. Eine nachträgliche Feststellung, daß diese Maßnahmen illegal gewesen seien, wurde durch die sowjetische Seite ausgeschlossen. Darauf bezog sich der vorsitzende Richter ausdrücklich.

Wie im Vorfeld der Urteilsverkündung hatten sich bereits zahlreiche Antifaschistinnen vor dem



Gerichtsgebäude versammelt. Mit Plakaten und Informationszetteln wandten sie sich gegen den Legalitätsanspruch des Kriegsverbrecherkonzerns IG FARBEN. Auch im Gerichtssaal skandierten sie: „IG AUSCHWITZ hier und heute, die Mörder wollen ihre Beute!“ BeobachterInnen der Urteilsverkündung empfanden es als Zumutung, daß trotz geringer Aussichten auf juristischen Erfolg die IG FARBEN-Aktie ständig gestiegen war. Mit dem Legalitätsanspruch hätten die Nachlaßverwalter des Kriegsverbrecher-Konzerns einen politischen Erfolg erzielt. Eigentlicher Skandal sei, das die IG FARBEN überhaupt Ansprüche erheben, erklärte ein Sprecher der Demonstranten.

KOMMENTAR: DEUTSCHE NORMALITÄT

(jw) Die Nachfolger der IG FARBEN bekommen „ihre“ Ost-Grundstücke im Wert von 40 Milliarden DM nicht zurück. Grund zum Jubel? Antifaschismus in der deutschen Justiz? Natürlich wäre es ein folgenreicher Schritt zur Wiedervereinigung mit der Nazi-Vergangenheit gewesen, wenn die Profiteure der KZ-Sklavenarbeit Recht bekommen hätten. Dennoch: Auf grundsätzlich politischer Ebene sagt niemand mehr etwas gegen die die Renaissance des KZ-Trusts. Daß die IG FARBEN-Nachfolger öffentlich auftreten und das Blutgeld ihrer Vorgänger einklagen - das ist deutsche Normalität geworden. Tjark Kunstreich

HINTERGRUND: WERTVOLLE ZYKLON-B-AKTIEN?

In den Tresoren des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen lagern 26 Millionen deutsche Wertpapiere aus der Zeit vor 1945. Jene Aktien, die von Gesellschaften mit Sitz in Westdeutschland stammen, sind unter die Wertpapierbereinigung von 1949 gefallen und durch neue ersetzt worden. Das Eigentum der IG FARBEN-Nachfolger BASF, BAYER und HOECHST blieb trotz der verlorenen Kriege weitgehend erhalten. In der DDR wurden die Produktionsstätten des Blutkartells enteignet. Durch den Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland stehen sie nun wieder zur Disposition. Wie der Leiter des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen, Hansjürgen Schäfer mitteilte, können aus den alten Wertpapieren unter bestimmten Voraussetzungen durchaus noch Rechte abgeleitet werden. Dann nämlich, wenn „eine entschädigungslose Enteignung auf besatzungsrechtlicher Grundlage“ vorliegt. Unter bestimmten Voraussetzungen also können heute, in dieser vereinigten Republik, wieder Werte reaktiviert werden, die durch Zwangsarbeit, Massermord und ZYKLON B „erwirtschaftet“ wurden. Hubert Ostendorf

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN fordert: Sofortige Auflösung der IG FARBEN I. A.! Entschädigung der Opfer und deren Hinterbliebenen.

"Dieser Mann sollte abgeschlachtet werden"

KZ-Überlebender klagt gegen deutsche Firmen

Während der 8. Mai von der Welt als Tag der Befreiung begangen wurde, warten ehemalige ZwangsarbeiterInnen des IG FARBEN-Trusts noch immer auf Wiedergutmachung. Bis heute nämlich weigern sich BAYER, HOECHST und BASF sowie andere Nachfolger des Unrechtkartells Entschädigungszahlungen zu leisten. In den USA sprach das Washingtoner Appellationsgericht nun einem Überlebenden des Grauens das Recht zu, gegen die deutschen Konzerne klagen zu können. Dies obwohl die Bundesrepublik Deutschland auf höchster Ebene versucht hat, die Anklage zu verhindern. Die Zulassung der Klage dürfte nicht nur Rechtsgeschichte schreiben, sondern attestiert gleichzeitig höchststrichlerlich, was BAYER & Co. stets bestreiten: Sie haben den unheiligen Zusammenschluß der „Interessengemeinschaft Farben“ aktiv betrieben und sind deren Rechtsnachfolger. Von Axel Köhler-Schnura

BAYER-Vorstandschef Dr. Manfred Schneider ist sauer. Kritiker seines Unternehmens haben ein Thema auf die Tagesordnung gebracht, „das nicht auf diese Hauptversammlung“, abgehalten am 26. April 1995 in den Kölner Messehallen, „gehört“. Denn, so Schneider, das Thema wurde lediglich gewählt, jenen Konzernen, der „deutscher Meister im Geldverdienen“ ist, „zu verunglimpfen“. Und weil die Behandlung des unliebsamen Themas eben „unwürdig“ sei, wurden jene Kritiker, die sich partout nicht damit abfinden wollten, daß der Aufsichtsratsvorsitzende Hermann Josef Strenger ihnen das Mikrofon abstellte, kurzerhand vom Werkschutz gewaltsam aus dem Saal entfernt.

Was auf der Hauptversammlung kein Gehör fand, ist auch sonst striktes Tabu für das Chemie-Unternehmen: Die Entschädigung von Opfern des durch den damaligen BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg geschmiedeten IG FARBEN-Kartells. In einem konzernerneigenen KZ, an das KZ Auschwitz angeschlossen, sind bis zu 370.000 Menschen zu Tode gekommen, „vernichtet durch Arbeit“, wie es in der damaligen Sprache hieß. Mehr als die Hälfte aller Belegschaften im IG FARBEN-Konzern waren ZwangsarbeiterInnen, wie die werkseigene Zeitschrift seinerzeit verkündete.

Nur wenige überlebten das Grauen. Einer von ihnen ist der US-Bürger Hugo Princz, der Anfang März nach über 10jähriger Anstrengung beim Washingtoner Appellationsgericht erreicht hat, daß er heute, 50 Jahre nach Kriegsende, vor dem Bezirksgericht im District Columbia gegen die Nachfolger seiner ehemaligen Peiniger auf Schadensersatz klagen darf. Die Klage richtet sich nicht etwa gegen Tochterfirmen in den USA, sondern gegen die Konzerntotalen von BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER in Leverkusen, Frankfurt (Main), Ludwigshafen und Stuttgart selbst. Zwar streitet BAYER-Chef Schneider vehement ab, daß sein Unternehmen zusammen mit den Schwestern aus braunen Tagen, BASF und HOECHST, Rechtsnachfolger der IG FARBEN sei. Dennoch: Die Washingtoner Richter haben, basierend auf den historischen Tatsachen, gegenteilig geurteilt und die Klage zugelassen. Wenn der Prozeß in einigen Wochen eröffnet werden sollte, werden Vertreter der Rechtsnachfolger der IG FARBEN sowie des Flugzeugbauers MESSERSCHMITT (heute DAIMLER), für den Princz ebenfalls Sklavendienst verrichten mußte, aus Deutschland vor ein US-amerikanisches Gericht zitiert. Dies ist einmalig in der Nachkriegszeit und wird, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, Rechtsgeschichte machen.

Der US-Staatsbürger Hugo Princz lebte beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges zusammen mit seinen Eltern sowie zwei Brüdern und drei Schwestern in der Slowakei. 1942 wurde die Familie nach der formellen Kriegserklärung zwischen Hitler-Deutschland und den Vereinigten Staaten von der SS verhaftet. Die deutsche Regierung unterließ es, die Familie Princz über das Rote Kreuz gegen deutsche Gefangene auszutauschen und verschleppten sie stattdessen ins KZ Majdanek. Begründung: „Euch Juden wollen nicht einmal die Amerikaner zurück.“

Die Eltern und eine Schwester von Hugo Princz starben einen Monat später im „Vernichtungslager“ Treblinka, Hugo Princz und seine anderen Geschwister kamen nach Auschwitz und Birkenau. Dort mußten sie Zwangsarbeit für die IG FARBEN leisten. „Auschwitz und Birkenau gehörten der IG FARBEN“, die die Stätten des Grauens „mit privaten Mitteln gebaut hatte“, heißt es in der Anklageschrift, die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN vorliegt.

Während Hugo Princz die Hölle von Auschwitz überlebte und zu „Aufräumarbeiten“ ins Warschauer Ghetto „verlegt“ wurde, sind seine beiden Brüder an den Folgen der Verklavung gestorben. Nach einem Arbeitsunfall ließen die IG FARBEN sie im „Lazarett“ des Konzentrationslagers elendig verhungern. Hugo Princz wurde gezwungen mit anzusehen, wie seine beiden Brüder zu Tode kamen.

Noch kurz vor Kriegsende wurde Princz nach Dachau verlegt. Dort mußte er erneut Zwangsarbeit leisten. Diesmal für den Flugzeugbauer MESSERSCHMITT, dessen Rechtsnachfolger der heutige DAIMLER-Konzern, ebenfalls auf

Entschädigung verklagt werden soll.

Seit seiner Befreiung bemühte sich Princz um Wiedergutmachung. Weil er jedoch weder innerhalb der deutschen Grenzen von 1937 gelebt hatte, noch durch ein Gefangenen austauschlager gegangen war, wurden ihm Ansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz verweigert. Dies teilte man ihm 1955 per Bescheid mit.

Princz unternahm daraufhin vielfältige Versuche, einen Ausgleich für die erlittenen Schäden zu erreichen. Er wandte sich zunächst mit höchst bescheidenen Bitten an die deutsche Bundesregierung, die ihn jedoch in demütigender Weise immer wieder abgewiesen hatte. 1994 bemühte sich Princz mit Unterstützung eines Senators namens Bradley, eine Wiedergutmachung von der deutschen Regierung zu erhalten. Senator Bradley gewann daraufhin die Unterstützung des amerikanischen Außenministeriums, das von der deutschen Regierung förmlich davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß Princz zu keiner von der Regierung geförderten Wiedergutmachungsberechtigt sei. Das US-Außenministerium bemühte sich schließlich um eine Sonderregelung (Ex-Gratia-Zahlung). Die deutsche Bundesregierung jedoch zeigte sich unbarmherzig. 1986 ersuchte Princz über die deutsche Botschaft in den USA das deutsche Außenministerium, einen Antrag an den Bundestag in Bonn einzubringen. Der Außenminister jedoch weigerte sich, den VolksvertreterInnen dieses Gesuch überhaupt zur Kenntnis zu bringen. Dabei hatte sich selbst der amerikanische Präsident in Gesprächen mit Repräsentanten Deutschlands immer wieder für Hugo Princz eingesetzt. Erfolglos.

Erst nach all diesen frustrierenden Versuchen bemühte Princz die Gerichte. 1992 verklagte er Deutschland vor dem Washingtoner Bundesgericht auf Zahlung von 17 Millionen Dollar, worauf Bonn mit einem Entschädigungsangebot von einmalig 4.500 Dollar sowie einer Monatsrente von 450 Dollar reagierte. „Eine lächerliche Summe“, ereifert sich Princz-Anwalt William

Marks, „eine Beleidigung“. Die Klage gegen Deutschland wurde abgewiesen und Princz auf die Möglichkeit einer Klage gegen die „Rechtsnachfolger“ BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER verwiesen. Dieser Möglichkeit wurde Ende 1994 stattgegeben: „Dieser Mann sollte damals abgeschlachtet und zu Lampenschirmen verarbeitet werden“, hält der oberste Richter des US-amerikanischen Appellationsgerichtes Stanley Sporkin dem Verteidiger der Bundesrepublik, Peter Heidenberger, entgegen. Princz habe einen Anspruch darauf, „Gerechtigkeit vor einem Gericht des eigenen Landes zu suchen“.



Werk der IG FARBEN: „Vernichtung durch Arbeit“

Was nun geschah, macht einmal mehr deutlich, wessen Interessen ein deutscher Kanzler zu vertreten hat: Die Tatsache als „Nachfolgefirmen“ des IG FARBEN-Konzerns vor Gericht gestellt zu werden, löste bei BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER offensichtlich hektische Betriebsamkeit aus. Anders ist die Tatsache, daß Helmut Kohl persönlich intervenierte, nicht zu erklären. Der Kanzler habe, so ein Informant gegenüber STICHWORT BAYER, verlangt, die Klage nun doch gegen den Staat Deutschland zu führen. Dies, obwohl das Washingtoner Appellationsgericht diese Möglichkeit ausdrücklich verworfen hatte. Dennoch: Im Januar 1995 befaßte sich also das Appellationsgericht ein weiteres Mal mit dem außergewöhnlichen Begehren der deutschen Regierung. Und wieder gelangte es mit 2:1 Stimmen zu der Ansicht, daß Deutschland nicht beklagt werden könne, daß die gerichtliche Auseinandersetzung sich vielmehr gegen die „Nachfolger“ BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER richten müsse.

In allerhöchster Not wurde nun von der deutschen Seite jedes diplomatische Taktgefühl über Bord geworfen, um in einem letzten verzweifelten Versuch unter Verletzung aller zwischenstaatlich gebotenen Gepflogenheiten die Konzerne vor einer Anklage zu bewahren. Deutschland verstieg sich zu dem anmaßenden Verlangen, daß einer der Richter, nämlich jener Stanley Sporkin, der sich so vehement für die Interessen des Hugo Princz eingesetzt hatte, wegen „Befangenheit entlassen werden“ müsse. Dies stellte nicht nur einen Eingriff in die Hoheit des Gerichts dar, sondern einen politischen Mißgriff mit großer Tragweite. Das Gericht befaßte sich mit diesem Antrag und

stellte sich im Februar 1995 mit 3:0 Stimmen hinter Sporkin und bekräftigte erneut die Abweisung Deutschlands als zu Beklagende.

Indes: „Solange Deutschland nicht freiwillig für eine Entschädigung sorgt, werden wir mit aller Entschlossenheit ein Verfahren gegen die Unternehmen (BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER) verfolgen“, stellt Princz-Anwalt William Marks nach den ungeheuerlichen Vorgängen gegenüber der US-amerikanischen Öffentlichkeit klar. Und das wird auch nötig sein. Freiwillig werden die Konzerne nicht einen Pfennig zahlen. BAYER-Chef Manfred Schneider weigerte sich noch am 26. April 1995 auf der Hauptversammlung seines Konzerns in aller Deutlichkeit, ehemalige ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen. Bleibt nunmehr abzuwarten, ob der 72jährige Auschwitz-Überlebende Hugo Princz den Ausgang des Prozesses noch erleben wird. Es wäre ihm, der so viel durchgemacht hat, zu wünschen.

EHRE DEM GIFTGAS-ERFINDER UNI BONN BLEIBT BEI EHRENTITEL FÜR GERHARD SCHRADER

Am 19. Dezember 1936 wurde Thomas Mann die Ehrendoktorwürde der Universität Bonn, die sie ihm 1919 verliehen hatte, aberkannt. Fünf Tage später hatte der 33jährige IG FARBEN-Chemiker Gerhard Schrader im BAYER-Labor zu Wuppertal das Nervengift TABUN gefunden. 1939 fand er, was mehr als doppelt so wirksam war wie TABUN. Man nannte den leicht einsetzbaren Kampfstoff SARIN zu Ehren seines Entdeckers und seines Teams: S wie Schrader, A wie Ambros, der IG-Giftgasdirektor, der zwei Jahre später auch die IG Auschwitz als „festen Eckpfeiler für ein gesundes Deutschland im Osten“ begründete. Und so fort.

„Die chemische Waffe ist auch vom Standpunkt ihrer Anwendung die typisch deutsche Waffe, da sie der besonderen naturwissenschaftlich-technischen Begabung der Deutschen entspricht.“ So rühmte am 21. Juli 1938 Schraders Arbeitgeber Carl Krauch, Vorstandsmitglied der IG FARBEN und Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, den Erfindergeist seiner Angestellten.

Offiziell beschäftigte sich Schrader seit 1934 mit dem, was man auch damals schon Pflanzenschutz nannte. Die hochgiftigen Nervenkampfstoffe wie TABUN und SARIN sind chemisch sehr ähnlich aufgebaut wie Insektizide. 1944 entdeckte Schrader den Grundstoff für E 605.

1959 wurde Gerhard Schrader von der Universität Bonn die Ehrendoktorwürde verliehen. Der Lebensmitteltechnologe Professor Benno Kunz, heute Dekan der Fakultät, die Schrader den Titel verlieh, bestreitet, daß Schrader Kampfstoffe erfunden hatte, und wenn, dann hatte er es nicht gewollt, und die Universität wußte erst recht nichts. Kunz wörtlich: „Also es ist keine Waffenentwicklung, keine Nervengasentwicklung in der Intention der Anwendung für die Menschen.“ Und wenn wissenschaftliche Erkenntnis mißbräuchlich verwendet werde, dann kön-

ne man nicht posthum alle Wissenschaftler dafür bestrafen. Und: „Weil es so kompliziert ist, bleibt dem SARIN-Erfinder die Ehre.“ Dekan Kunz: „Ich habe aufgrund der mir zugänglichen Akten keine Veranlassung, das in die Fakultätssitzung zur Beratung zu bringen. Das ist eine Entscheidung der Fakultät 1959 gewesen. Es gibt keine schwerwiegenden Gründe, Herrn Schrader nachträglich und posthum den Ehrendoktor abzuerkennen.“

Zuvor schon sagte die Pressesprecherin Dorothea Carr zur Aberkennung der Ehrendoktorwürde für Thomas Mann durch die Universität Bonn: „Das ist aber auch der einzige Fall und das ist wirklich auch ein spezieller Fall während des Naziregimes.“

Also könnte das nicht mehr passieren?

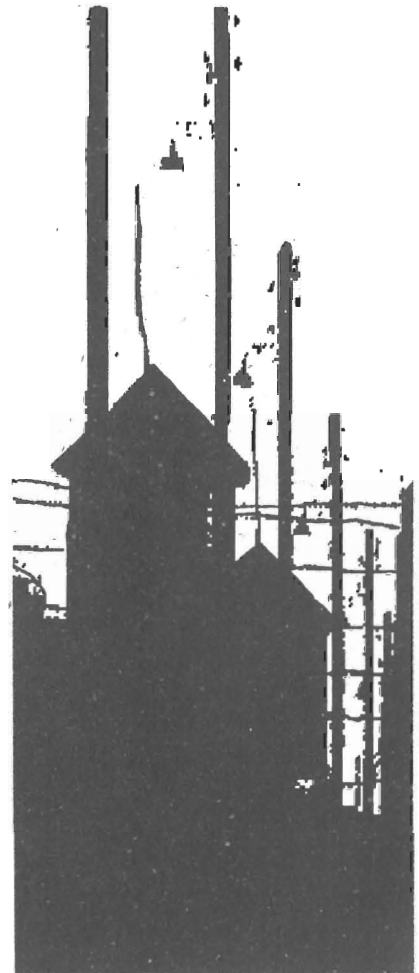
„Ja“, meinte sie, „da müßten ganz andere Begründungen kommen.“ Otto Köhler

HINTERGRUND: BAYER: FREUNDE DER UNI BONN

(ho) Die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Bonn an den Erfinder des Giftgases, den (mittlerweile verstorbenen) BAYER-Forscher Gerhard Schrader im Jahr 1959 ist nicht verwunderlich. Ebenso wenig die Weigerung, den Titel wieder abzuerkennen. Die Hochschule steht seit jeher in enger Beziehung zum Leverkusener Chemiemulti. Schon der ehemalige Generaldirektor Carl Duisberg studierte in Bonn. Eine „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn“ wird vom BAYER-Vorstandsmitglied Prof. Karl Heinz Büchel angeführt. Ehrenpräsident ist der Ex-Vorstands- und -Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Herbert Grünewald.

FORDERUNG

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die sofortige Aberkennung des Ehrendokortitels für den Giftgaserfinder Gerhard Schrader durch die Universität Bonn.



FRITZ TER MEER

Fritz ter Meer (1884-1967) war von 1926 bis 1945 Mitglied im IG FARBEN-Vorstand und oberster Verantwortlicher für Planung und Bau des BUNA-Werks in Auschwitz. Als NSDAP-Mitglied wurde er Wehrwirtschaftsführer und 1943 Generalbevollmächtigter des Reichsministers für Rüstung in Italien.

Nach dem Krieg wurde er wegen Plünderung und Versklavung zu 7 Jahren Haft verurteilt, von denen er aber nur 4 Jahre absitzen mußte. Sein Kommentar zu den in seinem Namen verübten Verbrechen: „Den Häftlingen ist dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnedies getötet hätte.“

Bereits 1955 wurde er wieder Mitglied des Aufsichtsrats bei BAYER, schon ein Jahr später wurde er dessen Vorsitzender und blieb es bis 1964.

ANHANG/DOKUMENTE

REDE MIT GEWALT VERHINDERT WERKSCHUTZ ENTFERNT KRITIKER VOM MIKROFON

Anlässlich der BAYER-Hauptversammlung am 26.04.1995 wollten KritikerInnen an das millionenfache Leid von ZwangsarbeiterInnen in der Hölle der IG FARBEN-KZs in Monowitz (bei Auschwitz) erinnern. Doch der Werkschutz verhinderte den Vortrag der unbequemen Wahrheit mit brachialer Gewalt.

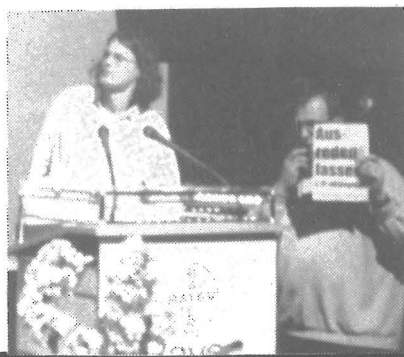
Die Rede von Axel Köhler-Schnura (COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, CBG) wurde vom Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Josef Strenger immer wieder unterbrochen. Schließlich wurde ihm gänzlich das Mikrofon abgestellt. Er durfte nicht mehr weiterreden. Die KritikerInnen forderten lautstark und auf Handzetteln: „Ausreden lassen!“ und beriefen sich auf das Aktiengesetz, das Rede- und Stimmrecht garantiert. Axel Köhler-Schnura blieb am Rednerpult stehen und wartete noch immer darauf, daß sein Mikrofon wieder freigeschaltet wird. Stattdessen wurde der nächste Redner aufgerufen, der vom zweiten Pult aus sprach. Schließlich sollte Philipp Mimkes, Geschäftsführer der CBG, mit seinem Vortrag beginnen. Er bestieg das zweite Rednerpult, Axel Köhler-Schnura stand noch immer - mit seinem hochgehaltenen Handzettel still protestierend - am ersten Pult. Die anderen KritikerInnen hatten sich mittlerweile schützend um die beiden Redner gestellt und Philipp Mimkes verkündete, er werde nicht eher reden, bis Köhler-Schnura seinen Beitrag zu Ende gebracht hätte. Unterdessen zogen immer mehr uniformierte Werkschützer auf, die im Halbkreis die Ausgänge abriegelten. Als dann noch ein Aktionär mit einem vorgeschobenen „Antrag zur Geschäftsordnung“ überein Handmikrofon das Wort ansah und Herrn Strenger aufforderte, dem Treiben ein Ende zu setzen, gab er den Räumungsbefehl. Blitzschnell umzingelten einige Dutzend Werkschützer die Rednerpulte und trugen Köhler-Schnura und Hubert Ostendorf mit Gewaltanwendung aus dem Saal. Ostendorf wurde dabei der linke Arm derart brutal verdreht, daß er den Saal mit einem schmerzgefüllten Hilferuf erschreckte. Köhler-Schnura wurde vor den Toren der Messehalle der Polizei übergeben, die ihn wieder laufen ließ. Die beiden KritikerInnen und der zu Hilfe geeilte Kollege Marc Pletzer wurden mit Hausverbot belegt und konnten dem weiteren Verlauf der Versammlung nicht mehr folgen.

Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise die Rede, die nicht gehalten werden durfte.

Axel Köhler Schnura (CBG): Guten Tag meine Damen und Herren, vor 50 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zuende. ... Die Industrie und die Banken waren nicht nur daran beteiligt, sondern sie haben sogar vorbereitet, geplant, ermöglicht, unterstützt und finanziert. Und, meine Damen und Herren, Sie wissen es, auch BAYER spielte eine Rolle. Eine besondere Rolle, die dem Konzern einen schrecklichen, nie wieder auslöschbaren Ruf einbrachte. Der damalige Firmenchef Carl Duisberg installierte in Deutschland das nach ihm benannte „Sy-

stem Duisberg“, zu dem er sich nach eigenen Angaben bei seinen Auslandsreisen in die USA hat inspirieren lassen. Duisberg forderte - ich zitiere - den „starken Mann“, dem das deutsche Volk auf „bedingungslos“ folgen müsse. Etwa von dieser Zeit an floßen die Spenden für Hitler. Die mittlerweile von Duisberg durchgesetzte IG FARBEN, der Bund zwischen BAYER, BASF, HOECHST und einigen anderen Chemiefirmen, avancierte zum größten Einzelspender der Hitlerpartei und förderte die Machtergreifung Hitlers nach Kräften.

Nach der Machtergreifung war es dann soweit; die IG FARBEN sah ihre Zeit gekommen. Sie verquickte sich nun unverhohlen auf das Engste mit den Nazis, um die Weltmacht für die IG FARBEN zu erobern wie es z.B. im Vorstandspapier des Konzerns mit dem Titel „Neuordnung der Welt“ niedergelegt war. Man versicherte Hitler persönlich alle benötigten Mittel zur Führung seiner Kriege, BAYER-Mann und IG FARBEN-Vorstand Krauch wurde Wehrwirtschaftsführer, die IG FARBEN incl. des Vorstands, wurden von Juden „gesäubert“, um endlich den Makel der „verjudeten Firma“ bei den Nationalsozialisten loszuwerden.



Stiller Protest gegen Wortentzug. Doch vergebens: BAYER läßt KritikerInnen vom Werkschutz mit Gewalt entfernen.

Die Eroberung der Welt sah dann so aus: Panzer und Kanonen sorgten dafür, daß die lästige Konkurrenz in Europa ausgeschaltet wurde, die IG FARBEN verlebten sich räuberisch deren Werke und Anlagen ein.

Wer sollte nun in all den vielen Werken arbeiten? Hatte Carl Duisberg bereits im I. Weltkrieg den Einsatz von Zwangsarbeitern gefordert, so wurde jetzt endlich der Traum vom Produktionsfaktor, der keine Kosten verursacht, in perverser Form Realität: Die Werkszeitung konnte voller Stolz verkünden, daß mehr als die Hälfte der Belegschaft aus Zwangs- und Fremdarbeitern bestünde. Praktisch zum Nulltarif von der SS eingekauft. Damit dieses Sklaven-System noch besser funktioniere, richtete die IG FARBEN als einzi-

ger deutscher Konzern sogar ein eigenes KZ ein. Die Zahl der Menschen, die BAYER und Co. durch Sklavenarbeit zu Tode schufte, läßt sich nicht exakt ermitteln. In den Hallen der IG Auschwitz, so der Name des KZ-Betriebs der IG FARBEN, sollen in der Zeit von 1941 bis 1945 über 370.000 Menschen unter schrecklichen Bedingungen umgekommen sein.

Eine besondere Perversion dabei war der Einkauf von KZ-Häftlingen für Menschenversuche. Bei vollem Bewußtsein unter qualvollsten Bedingungen forschten BAYER+ Co die Opfer zu Tode.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und noch immer alles nicht genug. Die Werke der Konkurrenz geraubt und einverleibt; mit Waffenlieferungen, auch der Produktion tausender Tonnen chemischer Waffen den größten Krieg aller Zeiten ermöglicht; mit versklavten Menschen die Produktion betrieben; mit von der SS gekauften Häftlingen billiges Versuchsmaterial erstanden. Alles nicht genug! Für den Profit ist jedes Mittel recht. Und es gab noch Mittel.

Sie alle wissen es sicherlich: Dieser Konzern trägt Mitschuld am Holocaust. Es waren die IG FARBEN, die den Massenmord in den KZs in industriellem Maßstab überhaupt erst ermöglichten, indem sie das Schädlingvernichtungsmittel ZYKLON B, mit dem die Gaskammern der KZs beschickt wurden, lieferten. Die Worte versagen vor so viel Menschenverachtung.

Und wie steht BAYER zu dem allem? Zunächst holte man den in Nürnberg wegen Raub und Sklavereiverurteilten BAYER-Mann und IG FARBEN Vorstand Fritzter Meer zurück in den Aufsichtsrat. Und in dem 1983 erschienen „Meilenstein“, die BAYER anlässlich seiner 125-Jahr-Feiern veröffentlichte, erhielt Fritzter Meer, einer der Hauptverantwortlichen für die Verbrechen der IG FARBEN, dann seine Absolution wie folgt (ich zitiere): „Man sah seine Verstrickung ... als Folge einer Zwangslage, in der die meisten nicht anders gehandelt hätten und gehandelt haben.“ Meine Damen und Herren, eine „Zwangslage“, die dem armen Kerl keine andere Wahl ließ! Ein Hohn! Nur konsequent verweigert BAYER bis zum heutigen Tage den Opfern seiner brutalen Machenschaften angemessene Entschädigung. Der Konzern verweigert den freien Zugang zu seinen Archiven, damit wenigstens endlich einmal die volle Wahrheit zu Tage käme. Und der Konzern hat sich bis zur Minute auch noch nicht anlässlich dieses Jahres zu seiner Schuld bekannt. Selbst bei den Feierlichkeiten zur Befreiung des KZ Auschwitz, der Stätte des IG FARBEN-Grauens, glänzte der Konzern durch Abwesenheit. Von der sonst so rührigen Öffentlichkeitsarbeit des Konzerns war nichts zu hören. Schweigen in der Konzernzentrale in Leverkusen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke es ist an der Zeit, ein Zeichen zu setzen. Es gibt auf diesen Hauptversammlungen eine traditionsreiche Sitte. Die AktionärInnen

und Aktionäre, die Herren des Aufsichtsrates und des Vorstandes erheben sich in Stille Gedenken an die gestorbenen Konzernangehörigen.

Meine Damen und Herren, ich denke anlässlich des 50-jährigen Jahrestages der Befreiung von Krieg und Naziverbrechen ist eine Geste stillen Gedenkens der verbrecherisch durch diesen Konzern zu Tode gebrachten Frauen, Männer und Kinder nicht nur angemessen, sondern geradezu zwingend geboten. Ich fordere Sie zusammen mit 147 weiteren Aktionärinnen und Aktionären, für die ich hier spreche, auf, nein, ich bitte Sie, sich zu einer Minute Stillen Gedenkens an die Opfer der IG FARBEN-Verbrechen von ihren Plätzen zu erheben. Vielen Dank. ...

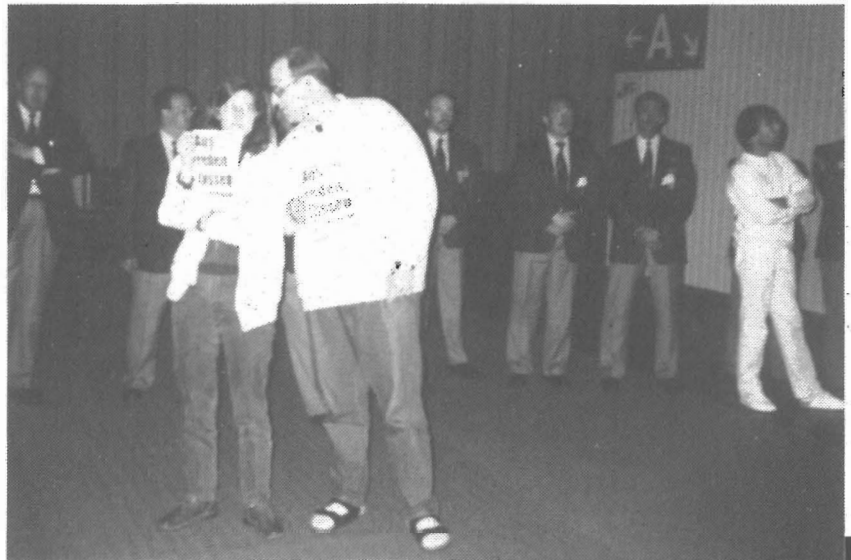
Eva Bulling-Schröter, PDS-Bundestagsabgeordnete sprach nach der gewaltvollen Entfernung der KritikerInnen. Da sie als Politikerin eine öffentliche Persönlichkeit ist, traute Herr Strenger sich offenbar nicht, gegen die von ihr vorgetragene unbequeme Tatsache mit Gewalt vorgehen zu lassen.

Eva Bulling-Schröter (PDS, MdB): Sehr geehrte Damen und Herren! „Wir sind deutscher Meister im Geldverdienen“ - so zitiert die Wirtschaftswoche vom 16. 03. dieses Jahres den Vorstandsvorsitzenden der BAYER AG, Herrn Schneider. Der Zufall wollte es, daß genau am gleichen Tag, an dem Ihr Vorstand diese stolze Bilanz öffentlich präsentierte - am 21. März - in Bonn eine Anhörung zur Entschädigung der Opfer des deutschen Faschismus stattfand. Unter anderem spielten auch die ca. 8 Millionen Zwangsarbeiter aus nahezu allen Teilen Europas eine Rolle. Hier mußte jedoch ein niederschmetterndes Resümee gezogen werden. Sie warten noch heute auf eine moralische Wiedergutmachung und finanzielle Entschädigung.

Offiziell wird bis zum heutigen Tag - 50 Jahre nach dem Ende des Krieges und der faschistischen Barbarei - die Ausbeutung der Zwangsarbeiter nicht als Unrecht anerkannt. Stattdessen bezeichnet man diese oft mit dem einkalkulierten Tod endende Sklavenarbeit heute noch als „normale kriegsübliche Ausbeutung“. Sie werden mir jedoch sicher zustimmen: weder dieser Krieg noch die Mittel, mit denen er geführt wurde, waren „normal“.

Ich möchte an Ihren Vorstand die Frage richten: Hat das Thema „Zwangsarbeit“ auf Ihren Sitzungen je eine Rolle gespielt? Denn auch Ihr Unternehmen, meine Damen und Herren, die BAYER AG, hat als Teil des IG-FARBEN-Konzerns von dieser historisch einmaligen, generalstabsmäßig organisierten „Vernichtung durch Arbeit“ profitiert. Daran möchte ich Sie ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende, da BAYER erneut zum „deutschen Meister im Geldverdienen“ emporgestiegen ist, erinnern. Die deutsche Wirtschaft und der faschistische Staat arbeiteten zwischen 1933 und 1945 Hand in Hand. Auch an dem Kapital, mit dem Ihre Gesellschaft arbeitet, klebt Blut. ...

Die Vertreter auch Ihres Unternehmens haben entscheidend bei der Inthronisierung der Hitler-Partei mitgewirkt. Der damalige Chef von BAYER, Carl Duisberg, unterstützte schon frühzeitig die faschistische Bewegung: In die Hitler-Partei und den Faschismus wurde investiert: allein durch die IG-FARBEN ca. 84 Millionen Reichsmark an Spenden. Und nüchtern betriebswirtschaftlich formuliert - es rechnete sich. ... Und dabei wurde „meisterhaft“ verdient: Zwischen 1937 und 1944 stiegen allein die Umsätze von BAYER mit der deutschen Reichswehr von 400 Tausend Reichsmark auf 27,5 Millionen Reichsmark. Im Krieg ist die Nachfrage nach Medikamenten eben wesentlich größer als in Friedenszeiten. In den Dokumenten des Nürnberger IG-FARBEN-Prozesses wird festgestellt, daß der Umsatz des Konzerns zwischen 1932 und 1939 auf 227% und der Reingewinn gar auf 511% gestiegen ist. Während des Krieges wurde hier noch einmal kräftig zugelegt. Das Vermögen des IG-FARBEN-Konzerns stieg entsprechend: von 1,75 Milliarden im Jahre 1937 auf 2,83 Milliarden 1942. Das ist ein Wachstum auf 162%!



Setzt man die heute kaum noch quantifizierbare unmenschliche Ausbeutung der Zwangsarbeiter dagegen, wird die betriebswirtschaftliche Effizienz dieser Jahre deutlich. Zu den bereits genannten 8 Millionen Zwangsarbeitern muß man nach Schätzungen z. B. die gleiche Zahl Menschen hinzurechnen, die die terroristische Art ihrer Rekrutierung nicht überlebten. Dem durchschnittlichen Dauerbestand von 10 Tausend Häftlingen im IG-FARBEN-Lager Monowitz in Polen stand z. B. eine Todesziffer von 120 Tausend im gleichen Zeitraum gegenüber. Nüchtern betriebswirtschaftlich formuliert: ein hoher „Lagerumschlag“. Von 1.128 holländischen Staatsbürgern, die nachweislich hier eingeliefert wurden, haben 194 ihre Heimat lebend erreicht. Hat der Vorstand von BAYER jemals Kontakt zu diesen Opfern gesucht?

Angesichts dieser wenigen ausgewählten Fakten, die man beliebig ergänzen könnte, ist es beschämend, daß die Entscheidung des Europa-Parlamentes zu Entschädi-

gungsleistungen für ehemalige Sklavenarbeiter der deutschen Industrie vom 16. 01. 1986 in der BRD bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt wurde. Sie stellt fest, daß eine klare „moralische und rechtliche Verpflichtung“ der betreffenden Firmen besteht, Entschädigungsleistungen zu zahlen. Sie wurde dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) zugeleitet. Die Reaktion ist niederschmetternd: Sie ist gleich Null. 1992 darauf angesprochen, erhielt man vom BDI die lakonische Auskunft, man wisse nicht, welche Betriebe Zwangsarbeiter beschäftigt hätten.

Weiß das Ihr Vorstand das wirklich nicht? Ich nenne das bewußte Ingoranz. Man will diese Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute über das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres stolz sind und Ihr Vorstand für die kommenden Jahre weiteres kräftiges Wachstum prophezeit, dann sollte dies ein Anlaß sein, nach einem halben Jahrhundert ungesühntem Unrecht, endlich als BAYER AG initiativ zu werden. Wenigstens den we-

Aufmarsch der Werkeschützer: Als Rednern der COORDINATION das Mikro abgestellt wurde und diese darauf bestanden hatten, weiter zu sprechen, ließ der Aufsichtsratsvorsitzende H. J. Strenger die Pulte mit Gewalt räumen. Ein Verstoß gegen das Aktiengesetz, das Rede- und Stimmrecht garantiert.

nigen heute noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern muß moralischer und auch finanzieller Beistand gewährt werden und zwar unbürokratisch. - Die Zeit drängt! ...

BITTE PROTESTIEREN SIE!

Wir bitten alle LeserInnen von STICHWORT BAYER gegen das skandalöse Vorgehen des BAYER-Werkschützers sowie gegen die Verhängung des Hausverbotes gegen drei Mitglieder der CBG zu protestieren. Die Anwendung von körperlicher Gewalt darf kein Mittel der Auseinandersetzung sein. Die Beschneidung der im Aktiengesetz garantierten Rechte darf nicht hingenommen werden. **Protestbriefe bitte an: BAYER AG, Kaiser Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen. Eine Kopie bitte an die CBG.**

den Abfallmengen vor. Auf das Brunsbütteler BAYER-Werk bezogen belaufen sich die Kosten auf ca. 400.000 DM pro Jahr. „Das Land geht über seine Befugnisse hinaus“, begründete Wolfgang van Loon, Pressesprecher von BAYER, die Beschwerde. Derartige Gesetze seien Sache des Bundes. Außerdem würden die Mittel nicht zweckgebunden eingesetzt, kritisierte van Loon.

Dem widersprach ein Sprecher des Kieler Umweltministeriums. Das Gesetz stehe nicht im Widerspruch zum Bundesrecht, da keine Steuern, sondern lediglich Abgaben erhoben würden. Außerdem würden die Einnahmen - zusammen mit der neuen Wasserentnahme-Gebühr sollen es jährlich 53 Millionen DM sein - zweckgebunden eingesetzt werden: „Das kommt nicht dem allgemeinen Haushalt zugute, sondern der Vermeidung und Verwertung von Abfällen“, so der Ministeriumssprecher. Gegen das Landesabfallabgabengesetz hatten auch die CDU und die FDP im Einklang mit dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angekündigt.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN setzt sich seit längerer Zeit für Wasserentnahme- und Abfallgebühren ein, weil nur auf diese Weise Ressourcenschonung und Abfallvermeidung gefördert werden können.

Lobbyisten bestimmen in Brüssel

Die Association Of Plastics Manufacturers In Europe (APME) bestimmt weitgehend die Chemiepolitik der Europäischen Union in Brüssel. Der Lobby-Verband, dem 41 Konzerne, darunter SHELL, ICI, EXXON, HOECHST und BAYER angehören, haben z.B. die Verpackungsrichtlinie in ihrer vorliegenden Form durchgesetzt.

APME schloß sich jetzt mit über 20 anderen Verbänden zusammen. „Das war ein Vorteil“, erläutert der Lobbyist Fred Mader. „Bis dahin ging jeder mit seinem eigenen Sprüchlein in die Kommission. Da standen dann um zehn Uhr die Supermärkte auf der Matte, um elf die Papierindustrie und um zwölf die Glaskonzerne.“

Die APME läßt sich ihre Arbeit viel kosten. Fred Mader: „Da brauchen wir den person to person-contact.“ Also unterhält APME ständige Kontakte zu über 200 Europa-Abgeordneten, **fein säubere**lich ausgewiesen im Jahresbericht 1993.

„Ich möchte nicht in deren Haut stecken. Die werden ja mit Meinungen bombardiert“, bedauert der HOECHST-Mann die Opfer seines Treibens. Allein die grüne Abgeordnete Hiltrud Breyer hat über 400 Briefe zur Verpackungsrichtlinie erhalten. Die Arbeit hat sich schließlich ausgezahlt. In der Verpackungsrichtlinie sind Recycling und Verbrennen ökologisch gleich bewertet worden; eine für UmweltschützerInnen geradezu irrsinnige Formel. In der Trinkwasserrichtlinie setzten Bauern und chemische Industrie in unheiliger Allianz durch, daß nur der Teil des Grundwassers geschützt wird, der direkt der Gewinnung von Trinkwasser dient. Das sind rund 7% des Grundwassers.

Das Europa-Parlament hat inzwischen Klage eingereicht, weil die Verordnung seiner Ansicht nach die Gesundheitsinteressen der Bürger vernachlässigt.

Leverkusen: Stadt verweigert Auskunft

Das Mitte 1994 inkraft gesetzte Umweltinformationsgesetz (UIG) wird noch längst nicht überall angewendet. Denn noch immer wird interessierten BürgerInnen die Auskunft verweigert, wenn sie etwas über den Zustand von Wasser, Boden oder Luft erfahren wollen.

Fünf „Testbürger“ fragten in den Umweltämtern aller 56 Kreise und kreisfreien Städte von Nordrhein-Westfalen nach. Jede dritte Behörde antwortete kostenlos und unbürokratisch. Jede fünfte Behörde „verschloß“ die Antwortfrist von zwei Monaten. Jede siebte verlangte erst einmal Geld und ein weiteres Siebtel verweigerte gar die Auskunft.

Die Beamten am BAYER-Standort Leverkusen reagierten besonders schroff: „Aus personellen Gründen muß ich ihre Anfrage zurückweisen, zumal sie keinerlei Gründe für ihr Interesse

angegeben haben.“ Derartiger Willkür wird im UIG eigentlich ein Riegel vorgeschoben. Denn niemand muß die Gründe für seine Neugierde angeben. So steht es im Gesetz.

Landschaftsschutz ohne Chance

Der BAYER-Konzern hat den Stadtrat der Stadt Krefeld offensichtlich unter Druck gesetzt. Auf diese Weise wurden demokratische Spielregeln verletzt.

Es geht um die Änderung des Flächennutzungsplanes, von den Stadtparlamentariern am 2.3.1995 im Sinne des Chemiewerkes beschlossen, ohne - wie vorgeschrieben - den Landschaftsbeirat anzuhören. Dieser hatte sich noch keine abschließende Meinung gebildet. Viele Beiratsmitglieder waren der Auffassung, man müßte Abfälle, die BAYER nicht selber klären kann, in der städtischen Anlage „entsorgen“. Auf diese Weise wäre ein Landschaftsschutzgebiet, das nun dem Ausbau der BAYER-Kläranlage zum Opfer fällt, erhalten geblieben und die Stadt hätte zusätzlich sogar noch Gebühren kassiert.

Der Vorsitzende des Landschaftsbeirates, Dr. Oskar Burghardt fühlt sich „über den Tisch gezogen“: „Man kommt sich ja veralbert vor. Ich kann mich nicht erinnern, daß so etwas in Krefeld schon einmal vorgekommen ist.“ Er will nun gegen den Ratsbeschluß Beschwerde einlegen.

KIRCHE

Spenden für „Werk Gottes“

Große deutsche Konzerne, darunter BAYER, fördern den gegen seine erzeaktionären Theologie kritisierten Geheimbund „Opus Dei“. Die Mittel an die 1928 gegründete „katholische Mafia“ fließen nicht direkt, sondern über Tarnorganisationen wie die Bonner **Studentische** Kulturgemeinschaft, die Münchener Rhein-Donau-Stiftung oder das Kölner Lindenthal-Institut. Über diese Institutionen gelangt das **straff** organisierte Elitekorps der Kirche auch an staatliche Unterstützung.



PHARMA

Nierentest wirbt für BAYER

Unter dem Motto: „Nieren selbst testen“ haben die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), das ZDF und der BAYER-Kon-

zern eine großangelegte sog. Vorsorgeaktion gestartet, in deren Rahmen gegen einen Kostenbeitrag von 50 Pfennigen in allen Apotheken und AOK-Geschäftsstellen ein Nierenteststreifen von BAYER DIAGNOSTICS verkauft wurde. Die bundesweite Aktion wurde durch umfangreiche Berichterstattung in den Medien flankiert und in der ZDF-Sendung „Gesundheitsmagazin Praxis“ vorgestellt: Eine raffiniert eingefädelte Image-Kampagne mit unschätzbare Wirkung für den Leverkusener Chemiemulti.

AIDS: BAYER leugnet Schuld

Der Bundestagsuntersuchungsausschuß „HIV-verseuchte Blutprodukte“ hat Herstellern, Behörden und Ärzten die Schuld daran zugewiesen, daß unzählige Bluter an AIDS erkrankt und gestorben sind (vgl. SWB 1/95S. 13). Diesem Vorwurf treten die Hersteller von Faktor-VIII-Präparaten, darunter der Weltmarktführer BAYER, entschieden entgegen. Die von der Industrie vorgetragenen Einwände entsprechen nach der Auffassung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN nicht der Wahrheit und stellen eine bewußte Irreführung dar, mit dem erklärten Ziel, Zahlungen an einen Entschädigungsfonds so gering wie möglich zu halten. Die Industrie wollte von Anfang an eine sozialpolitische Lösung. Den Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums, einen mit 700 Millionen DM dotierten Fonds zu schaffen, der zu 60 % von den Herstellern und deren Versicherungen getragen wird, stieß auf pauschale Ablehnung. Obwohl die Schuld der Hersteller nicht zu leugnen ist, wandten sie ein, daß das vorgeschlagene Ausmaß der Kostenbeteiligung rein willkürlich sei. Statt einer einmaligen und pauschalen Entschädigung sollten, so der Vorschlag von BAYER und Co., individuelle Rentenzahlungen an Opfer und deren Hinterbliebene geleistet werden; eine Verhöhnung der Betroffenen. Denn damit wären die Infizierten bzw. deren Witwen wieder einmal auf die Gnade der Industrie angewiesen, die schon einmal mit billigen Entschädigungsleistungen (ca. 20.000,- DM) versucht hat, aufmüpfige Opfer zum Schweigen zu bringen. Viele mußten sich zähneknirschend mit der angebotenen Summe abfinden, um nicht Gefahr zu laufen, völlig leer auszugehen. Diese, zumeist in den achtziger Jahren geleisteten Zahlungen, müssen nun dafür herhalten, daß sich die Industrie dagegen wehrt, erneut zur Kasse gebeten zu werden. Sie schiebt dem schwarzen Peter dem Roten Kreuz und den für die zweifellos mitschuldigen Transfusionszentralen zuständigen Bundesländer zu. Auch die Krankenkassen, heißt es, müßten an den Zahlungen beteiligt werden. Denn sie hätten in der ersten Hälfte der achtziger Jahre durch Organisation von nichtversicherten Parallelimporten an der Versorgung von Blutprodukten mitgewirkt und über dies bis in die Hälfte der achtziger Jahre hinein die Erstattung der Kosten für teurere, aber sicherere Blutprodukte teilweise verweigert. Nach monatelangem Streit haben sich Ende März Bundesgesundheitsminister Seehofer und die Pharmaindustrie auf eine „Billiglösung“ geeinigt. Danach zahlen der Bund und die Industrie einschließlich des Deutschen Roten Kreuzes jeweils 100 Mio Mark, die Länder zusammen 50 Mio in einen Fonds, der die Opfer mit einer geradezu lächerlichen Monatsrente von 1.000 DM abspesen soll.

Die Begründung, mit der BAYER und die anderen Firmen eine gerechte Entschädigung verweigern ist an den Haaren herbeigezogen und stellt eine Verhöhnung der Opfer dar. Der Bundestagsuntersuchungsausschuß, so der Vorwurf der Industrie, erhebe Schuldvorwürfe auf der Basis einer einseitigen Auswahl von Fakten und Zeugen, einzig mit dem vorbestimmten Ziel, Schmerzensgeldansprüche zu begründen. Vor allem kritisiert die Industrie, „daß der Ausschuß die AIDS-Katastrophe der frühen achtziger Jahre mit dem Wissen von heute beurteilt“. Die Behauptung, Inaktivierungsverfahren hätten schon 1980 oder 1983 eingesetzt werden müssen, sei aufgrund der damals verfügbaren Erkenntnisse „absurd“. Dabei haben Expertinnen und auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN durch Veröffentlichungen in STICHWORT BAYER und Redebeiträge auf den BAYER-Hauptversammlungen

schon frühzeitig auf die Gefahr von AIDS-verseuchten Faktor-VIII-Präparaten hingewiesen. So frühzeitig, daß die US-amerikanische BAYER-Tochter MILES selbst in streng vertraulichen Szenarien Anfang der achtziger Jahre eine große Arzneimittelkatastrophe vorausgesehen hat. Die damals bereits verfügbaren Sicherungsmaßnahmen sind aufgrund der damit verbundenen Kosten ganz bewußt nicht eingesetzt worden, ein geradezu zynischer Umgang mit der Gesundheit und dem Leben tausender von Menschen (SWB berichtete mehrfach). Wenn heute von BAYER und Co behauptet wird, der Skandal sei trotz vorhandener Überwachungssysteme nicht vermeidbar gewesen, so liegt das ganz in der Logik der altbekannten Abwiegungs- und Verzögerungstaktik. Wen wundert es da noch, daß die Industrie auch jedwede Gefährdungshaftung, wie sie das Arzneimittelgesetz vorsieht, und daraus resultierende Leistungen der Versicherungen ablehnt. Wer dennoch Ansprüche stelle, so der Aufsichtsratsvorsitzende der ebenfalls betroffenen IMMUNO AG, Knut Hansen, müsse sich nach gegenwärtiger Rechtslage auf langwierige Prozesse einstellen. Langwierige Prozesse aber, das wissen die Hersteller der AIDS-verseuchten Blutprodukte nur allzu gut, werden die HIV-Infizierten womöglich aufgrund der schlechten Prognose kaum überleben. Immerhin: 50 % der Betroffenen sind bereits tot. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert, daß jedes der über 2000 Opfer mindestens 250.000 DM von BAYER bzw. einem der anderen Vergifter erhält zuzüglich staatlicher Unterstützungen. Allein BAYER hat vermutlich in Deutschland ca. 1 Tsd. bis 1,5 Tsd. Bluter mit AIDS infiziert.

AIDS: BAYER zockt Forschungsergebnisse ab

Das Georg-Speyer-Haus in Frankfurt genießt Welttrug in der AIDS-Forschung und der Versorgung der Infizierten. Die ehemalige Chefin Prof. Helga Rübsamen-Waigmann, die nun Forschungsleiterin bei BAYER ist, über ihren ehemaligen Arbeitsplatz: „Bei der WHO und in Europa kennt man uns“. 1985 wurde im Georg-Speyer-Haus das AIDS-Virus zum erstenmal in Deutschland isoliert. Die Viruskulturen und das „Gewußt wie“ wurden kürzlich den Pharma-Firmen HOECHST und BAYER übergeben, die sich vorgenommen haben, gemeinsam weltweit führend in der AIDS-Forschung zu werden.

Gentherapie bei AIDS

Mit Hilfe der Gentherapie, eines Verfahrens, bei dem mittels Viren gentechnisch verändertes Material in den menschlichen Körper eingeschleust wird, soll das AIDS-Virus in der Stammzelle des infizierten Patienten blockiert werden. Wie die BAYER-Virologin Professor Helga Rübsamen-Waigmann vom Pharma-Forschungszentrum in Wuppertal mitteilte, werde aus den USA demnächst mit einem Zwischenergebnis zu ähnlichen Verfahren gerechnet. Das neue Medikament, das BAYER gemeinsam mit HOECHST entwickelt, befindet sich in den Staaten bereits in der ersten Phase der klinischen Prüfung. Ende dieses Jahres werde mit weiteren Ergebnissen gerechnet. Erst dann sei erkennbar, ob das Mittel erfolgversprechend ist.

Hepatitis durch Blutprodukte?

Impfstoffe von BAYER USA stehen im Verdacht, die als Hepatitis C berüchtigte Leberentzündung zu verursachen. Bei den verseuchten Produkten handelt es sich u.a. um Tetanus- und Hepatitis B-Impfstoff sowie weitere Immun-Globuline. Die Hepatitis C kann nicht behandelt werden und führt häufig zu chronischen Verläufen sowie zur Entwicklung der letztendlich tödlichen Leberzirrhose. Das Ausmaß des Skandals muß beträchtlich sein, da BAYER freiwillig die betroffenen Präparate weltweit zurückgerufen hat. BAYER ist einer der größten Hersteller von Blutprodukten. In den achtziger Jahren kam der Konzern in Verruf, weil aus Blut

hergestellte Faktor VIII-Konzentrate mit Aids verseucht waren (SWB berichtete mehrfach).

BGH: Re-Importe müssen sein

Pharma-Großhändler sind zum Vertrieb von aus der europäischen Union re-importierten und damit billigeren Arzneimitteln verpflichtet. Entsprechende Verfügungen des Bundeskartellamtes gegen drei führende deutsche Großhändler hat der Bundesgerichtshof am 21.2.1995 bestätigt und eine abweichende Entscheidung des Kammergerichts Berlin aufgehoben. Infolge dieses Grundsatzbeschlusses könnten sich für die Krankenkassen rein theoretisch Einsparungen von 500 Millionen Mark ergeben. Werden etwa in Deutschland hergestellte und ins Ausland verkaufte ASPIRIN-Tabletten nach Deutschland re-importiert, kosten sie statt 6,85 DM (20 Stück) häufig nur noch 4,35 DM.

Doch die Nachfrage nach preiswerten Medikamenten, die bereits bislang von etwa zehn Importfirmen bundesweit und flächendeckend angeboten werden, hält sich in Grenzen. Zumal bei rezeptpflichtigen Präparaten die PatientInnen keinen Vorteil haben. Ihre Zuzahlung richtet sich einzig nach der Packungsgröße, nicht nach dem Preis. Durch diese Regelung hat der Gesetzgeber selbst schon dafür gesorgt, daß teure, nicht re-importierte Arzneien den Vorzug erhalten.

Mit der Entscheidung des BAYER-Konzerns, seit geraumer Zeit die deutschen Apotheken unter Umgehung der Großhändler direkt zu beliefern, ist Re-Importen aus dem eigenen Hause endgültig jede nennenswerte Marktchance genommen.

Roboter prüft neue Substanzen

Um neue Medikamente auf den Markt zu bringen, werden bei BAYER zig tausende Substanzen aus allen Bereichen der chemischen Forschung und Produktion unter die Lupe genommen. So ist etwa der Tausendsassa ASPIRIN ein Abfallprodukt der Farbstoffproduktion. Das wegen schwerer Nebenwirkungen vom Markt genommene Mittel EDRUL stammt aus den Labors der Photo-Tochter AGFA.

Um das Checken der Substanzen zu rationalisieren, wurde nun im Pharma-Forschungszentrum in Wuppertal-Aprath ein sogenannter screening-roboter in Betrieb genommen, der täglich tausende neue Verbindungen auf ihre Wirksamkeit und ihre möglichen pharmakologischen Eigenschaften überprüft. Der Roboter arbeitet auch mit den Methoden der Gentechnologie. Mit ihrer Hilfe werden tierische Zellkulturen nicht nur mit einer - beispielsweise an einem Tumor - erkrankten menschlichen Zelle, sondern gleichzeitig auch mit dem Leuchtgen des Glühwürmchens „gefüttert“. Die Wirkung einer Prüfsubstanz auf die behandelten Zellen registriert der Roboter mit Farbsignalen. Spricht sie positiv an, strahlt auch das Glühwürmchen und gibt damit erste Hinweise auf mögliche pharmakologische Eigenschaften.

GENTECHNIK

Gentechnik gegen Schnupfen

Eine lästige Bagatell-Erkrankung, der Schnupfen, ist im US-amerikanischen Pharma-Forschungszentrum des BAYER-Konzerns in West Haven Gegenstand der Forschung. Mit den Methoden der Gentechnik entdeckten WissenschaftlerInnen ein bestimmtes Eiweißmolekül auf der Oberfläche menschlicher Zellen, das die meisten Schnupferreger in den menschlichen Körper eindringen läßt. Auf der Basis dieser Erkenntnisse ist in den BAYER-Labors unter Zuhilfenahme der Methoden der Gentechnik nun ein Nasenspray entwickelt worden, das die Schnupfenviren binden soll. Allerdings werde es noch einige Jahre dauern, bis ein entsprechendes Arzneimittel auf den Markt komme, heißt es.

Dieses Forschungsbeispiel zeigt eindringlich, daß die Gentechnik nicht für vorgeblich hehre Ziele, sondern selbst für

Bagatell-Erkrankungen eingesetzt wird, wenn auf diese Weise Profit zu erwarten ist. Immerhin ist der Schnupfen eine Volkskrankheit, die alle Menschen, vom Säugling bis zum Greis, mehrmals im Jahr betrifft.

Gentech-Verbund für Freisetzung

Der BAYER-Konzern hat 1990 ein Projekt mit dem unspektakulären Namen „Verbundprojekt Sicherheitsforschung Gentechnik“ initiiert, dem hochrangige Vertreter aus Politik und Wissenschaft angehören: Ein Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen, ein Vertreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie sowie eine Reihe von Wissenschaftler, Prof. Dr. Gert Hobum von der Justus-Liebig-Universität in Gießen, Prof. Dr. Klaus Domsch von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig, Prof. Dr. Cornelis P. Hollenberg von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Dr. Jean Charles Munch von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig, Prof. Dr. Hermann Sahn vom Kernforschungszentrum in Jülich, Prof. Dr. Friedrich Schmidt von der Gesamthochschule Kassel, die Diplom-Mathematiker Hartmut Thomas vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und Privatdozent Dr. Peter Lange vom Bundesministerium für Forschung und Technologie. Der stellvertretende Beiratsvorsitzende Dr. Peter Stadler von BAYER AG in Wuppertal zu den Zielen des Verbunds-Projektes: „Die inzwischen begonnene breite, uneingeschränkte Veröffentlichung der Ergebnisse ... wird von weiteren wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Publikationen begleitet und soll auch zu einer Objektivierung der Risikodiskussion sowie zur weiteren Verbesserung der öffentlichen Akzeptanz und damit zur Standort-sicherung gentechnischer Arbeiten in Forschung und Produktion in der Bundesrepublik Deutschland beitragen.“

Betriebsrat für Gentechnik?

„Wir halten uns streng an die gesetzlichen Sicherheitsmaßnahmen, die von Fachleuten der Gewerbeaufsicht genau kontrolliert werden“, sagt Hans-Jörg Haase, gelernter Biologie-laborant und Betriebsratsvorsitzender von BAYER Wuppertal. „Die Leute sind gut informiert, routiniert bei der Arbeit, sorgfältig im Umgang mit den Zellen, ich habe noch keinen getroffen, der Angst gehabt hätte“, fügt er hinzu. Der Redaktion von STICHWORT BAYER liegen authentische Aussagen betroffener KollegInnen vor, die das Gegenteil belegen.

HAUSHALTSGIFTE

Gefährliche Shampoos

Wenn Kinder mit Läusen in den Haaren nach Hause kommen, liegt der Griff nach Mitteln zum Abtöten der unangenehmen Gäste in den Haaren, Kleidern und der Bettwäsche nahe. Verantwortungsbewußte Eltern kaufen gerne Shampoos mit dem Prädikat „Bio“. Doch Vorsicht: Viele dieser Mittel enthalten Pyrethroide, chemische Nachbauten des natürlichen Chrysanthemgiftes. Die amerikanische Umweltbehörde EPA zählt die Pyrethroide zu den 50 gefährlichsten Chemikalien überhaupt (SWB berichtete). In der Deutschen Gefahrstoffverordnung sucht man sie jedoch vergeblich.

Die Folge von Pyrethroidanwendung können Lähmungserscheinungen, Leberschäden, starker Haarausfall oder Störungen der Feinmotorik sein. Der BAYER-Konzern als weltweit größter Produzent dieser Stoffe, die z.B. auch als Bestandteil des sogenannten „Wollsiegels“ in Deutschland zur Ausrüstung von Wolle, Teppichen, Bettwaren und Kleidung eingesetzt werden, leugnet die Gefahr beharrlich. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat eine Protest-Kampagne gegen die Nervengifte im Haushalt gestartet. Diejenigen LeserInnen, die sich bislang noch nicht beteiligt haben, kön-

nen einen vorformulierten Apell an den BAYER-Vorstand bei uns anfordern. Adresse im Impressum auf Seite 2.

Gifte im Kinderbett

ChemikerInnen des Kölner eco-Umwelstinstitutes untersuchten diverse handelsübliche Baby-Matratzen. In den verarbeiteten Kokosfasern fanden sich große Mengen der 1989 in Deutschland verbotenen Giftstoffes Pentachlorphenol (PCP). Außerdem fanden sich diverse Insektizide, wie etwa das Nervengift LINDAN, das auch über Hautkontakt aufgenommen wird.

Die Kokosfasern werden, so der Chemiker Dr. Frank Kuebart in tropischen Ländern wie Sri Lanka mit Giften eingenebelt, damit sie beim langen Schifftransport nicht verrotten. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert einen sofortigen Anwendungs- und Exportstopp für giftige Pestizide.

UMWELTGIFTE

Tödliche Gifte in Algerien

Aus der Stadt Oran im Norden Algeriens sind schwere Vergiftungsfälle bekannt geworden. In einer kleinen Textilfabrik leiden von 12 ArbeiterInnen sechs unter einer Lungenfibrose, einer tödlich verlaufenden bindegewebigen Umwandlung des Atmungsorganes. Ein Arbeiter ist bereits gestorben, den Übrigen kann - wenn überhaupt - nur durch eine Lungentransplantation geholfen werden.

Auslöser ist ein Textilfarbstoff von BAYER mit dem Handelsnamen ACRAMIN FWN. Dieser ist auch für das sog. Ardystil-Syndrom verantwortlich, dem in Spanien unzählige Menschen zum Opfer gefallen sind (siehe auch SWB 2/93). Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert einen Exportverzicht für ACRAMIN und andere gefährliche Farbstoffe (bzw. ein gesetzliches Verbot) sowie die Entschädigung aller Opfer.

Chlorchemie: Gegen Verbote

Das BAYER-Vorstandsmitglied Dieter Becher hat sich auf einer Tagung in Brüssel gegen staatliche Reglementierungen der Chemieindustrie ausgesprochen. Die geplante zeitliche Befristung der Chlorelektrolyse auf Quecksilberbasis bis zum Jahr 2010, wie von der Nordseekonferenz bereits 1990 empfohlen, hält er „für nicht erforderlich“. Ein Verbot von PVC, das bei der Verbrennung gefährliche Dioxine freisetzt, hält er ebenfalls für nicht notwendig. Zusammen mit 250 anderen Vertretern aus 18 Ländern forderte Becher für den Branchenverband „Euro Chlor“ stattdessen einen stärkeren Technologieexport nach Osteuropa und in andere Schwellenländer.

Um das betonkopfartige Beharren auf die von Umweltverbänden heftig kritisierte Chlorchemie nett zu verpacken, bot Becher zweifelhafte „freiwillige Vereinbarungen“ an, die den staatlichen Auflagen zuvorkommen sollen. Dazu gehört auch ein sogenanntes „Frühwarnsystem“, das angeblich rechtzeitig Hinweise auf potentielle Gefahren der Chlorchemie liefern soll.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß die Chlorchemie unkalkulierbare Risiken mit sich bringt. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert seit Jahren den Ausstieg aus der Chlorchemie sowie den Umbau des BAYER-Konzerns hin zu einem umweltverträglichen Unternehmen bei Erhalt aller Arbeitsplätze.

VERBRENNUNG

Dormagen: Giftschleuder in Betrieb

Der BAYER-Konzern hat am 12. Januar 1995 an seinem Standort Dormagen eine 200 Millionen DM teure Sondermüll-

Verbrennungsanlage in Betrieb genommen. Hier sollen jährlich 45.000 t feste und flüssige Produktionsrückstände sowie Krankenhausabfälle in Rauch aufgelöst werden. Die Anlage war von NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen eingeweiht worden. Er lobte die Anlage als „umweltverträglich“ und dankte dem BAYER-Konzern dafür, daß er „Arbeitsplätze mit den Belangen des Umweltschutzes verbindet“.



Feuer frei für Dormagener Giftschleuder. Den Startknopf drücken BAYER-Vorstandsmitglied Dr. Dieter Becher und NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zusammen mit betroffenen BürgerInnen eine Fülle von Einwänden gegen die Anlage vorgebracht (SWB berichtete), die den Bau jedoch nicht verhindern können. Um die Akzeptanz der AnwohnerInnen zu erhöhen, wurden immer wieder sogenannte Informationsveranstaltungen durchgeführt. Die Angst jedoch ist geblieben. Viele Menschen fürchten die Emission von Dioxinen, die in winzig kleinen Mengen bereits schwerwiegende gesundheitliche Schäden verursachen können. Kommt hinzu, daß die Verbrennung von Produktionsrückständen dem Gebot der Abfallvermeidung, wie von Umweltverbänden gefordert, abträglich ist.

WASSER

Hochwasser: Mehr Gifte in den Rhein?

Das Frühjahrshochwasser bereitete dem Leverkusener BAYER-Werk erhebliche Probleme. Die Kaimauern mußten mit unzähligen Sandsäcken gesichert werden, um das Werk vor Überflutung zu schützen. Gleichzeitig wurde die Produktion gedrosselt, da durch den Rückstau in den Kühlwasserrohren weniger Abwässer in den Rhein gepumpt werden konnten. Um jedoch größere Engpässe zu vermeiden, ließ das Werk gigantische Wasserpumpen auffahren: „Damit können wir aus einem Netzteil in den anderen pumpen und die Entsorgung sichern“, so Werksleiter Dr. Bertram Anders. Ein Belegschaftsmitglied äußerte gegenüber STICHWORT BAYER den Verdacht, daß BAYER das Hochwasser nutzte, um „unkontrolliert riesige Giftmengen in den Rhein zu pumpen“.

Chemie gegen Trinkwasserschutz

In der Trinkwasserrichtlinie der EU setzten Bauern und chemische Industrie in unheiliger Allianz durch, daß künftig nur noch der Teil des Grundwassers geschützt wird, der direkt der Gewinnung von Trinkwasser dient. Das sind lediglich rund 7% des Grundwassers. Das Europa-Parlament hat inzwischen Klage eingereicht, weil die Verordnung seiner Ansicht nach die Gesundheitsinteressen der Bürger vernachlässigt.

TIERVERSUCHE

Massentierhaltung

Der BAYER-Konzern produziert und vertreibt Tierarzneimittel, die besonders unter den Bedingungen der Massentierhaltung profitensenkende Krankheiten bekämpfen sollen. Um die Interessen der Hersteller gegenüber der Politik und der Bauernverbänden wirksam vertreten zu können, hat sich BAYER zusammen mit anderen Herstellern zum Bundesverband für Tiergesundheit (BfT) zusammengeschlossen. Mit von der Partie sind u.a. CIBA GEIGY, HOECHST, MSD und andere. Der BfT wiederum ist zusammen mit elf europäischen Verbänden Mitglied in der FEDESA (Fédération Européenne de la Santé Animale). Diese europäische Dachorganisation hat ihren Sitz in Brüssel. Die FEDESA organisiert seit 1989 regelmäßige sogenannte Fachtagungen, an denen FirmenvertreterInnen, LandwirtInnen, WissenschaftlerInnen, VeterinärmedizinerInnen, TechnikerInnen, LebensmittelherstellerInnen und angeblich auch UmweltschützerInnen und VerbraucherInnen teilnehmen.

PESTIZIDE

Pyrethroide: BAYER leugnet Gefahr

In STICHWORT BAYER 3/94 berichteten wir über die Gefahr, die von Pyrethroiden ausgeht. Diese Nervengifte gegen Insekten finden sich in Wäsche, Kleidung, Teppichen, Gardinen und allen Waren, die das Wollsiegel „auszeichnen“. Wir haben unsere LeserInnen gebeten, beim BAYER-Vorstand Protest gegen die systematische Vergiftung unserer Umwelt durch Pyrethroide einzulegen. Viele sind dieser Aufforderung gefolgt. Die BAYER-Mitarbeiter Schade und Dr. Eckel reagieren mit einem gleichlautenden Brief, in dem sie u.a. behaupten: „Die Wirkstoffklasse der Pyrethroide enthält eine Vielzahl von Stoffen, die sehr gut untersucht sind, in vielen Ländern mit hohen Sicherheitsanforderungen zugelassen sind und Menschen zuverlässig vor lästigen, unhygienischen, krankheitsübertragenden oder materialschädigenden Insekten schützen können. Ihr toxikologisches Profil ist sehr günstig, das heißt, sie wirken bereits in sehr geringen Mengen auf Insekten, während die toxikologische Relevanz für Mensch und Warmblüter erst bei extrem hohen Wirkstoffmengen eintritt. Anders lautenden Äußerungen, insbesondere von Prof. Müller-Mohnssen, sowie jedem Verdacht, gehen wir selbstverständlich mit der gebotenen Sorgfalt nach. Hierbei konnten wir die häufig wiederholten Behauptungen, Pyrethroide würden sich im Gehirn anreichern und zu irreversiblen Schäden führen, wissenschaftlich widerlegen. Prof. Müller-Mohnssen hat es allerdings abgelehnt, die von ihm immer wieder behaupteten Vergiftungsfälle durch uns überprüfen zu lassen.“

In einem Telefoninterview verwahrte sich Prof. Müller-Mohnssen gegenüber STICHWORT BAYER gegen diese Vorhaltungen: „Ich habe den Mitarbeitern von BAYER wiederholt mitgeteilt, daß ich aus Gründen des Datenschutzes und der Schweigepflicht keine Einsichtnahme in Patientenakten zulassen kann.“ Müller-Mohnssen verwies auf internationale Studien, die den Wahrheitsgehalt der von ihm geschilderten Schädigungsbilder durch Pyrethroide belegen. Der Redaktion von STICHWORT BAYER sind viele Einzelschicksale bekannt, die durch Pyrethroide nachhaltig und schwerwiegend geschädigt worden sind. Vor diesem Hintergrund klingt es wie Hohn, wenn die BAYER-Autoren Schade und Eckel behaupten: „Unser oberstes Ziel ist die Sicherheit des Menschen. Wir wollen daher Mittel anbieten, die die Menschen sicher vor Krankheiten oder auch - wie im Falle des Mottenschutzes - Materialschäden bewahren. Auf keinen Fall wollen wir aber, daß Menschen an unseren Produkten erkranken. Wir glauben, daß wir in diesem Sinne verantwortungsbewußt handeln.“

Daß die Proteste gegen Pyrethroide auch bei BAYER eine gewisse Wirkung zeigen, verdeutlicht ein Brief des Konzerns an

die Vertriebsorganisationen in dem es heißt: „Das Ausland nimmt belustigt die Pyrethroid-Hysterie in Deutschland zur Kenntnis, wir müssen sie ernst nehmen. Die Gründe für die Negativ-Kampagne gegen diese Produktgruppe in Deutschland sind vielschichtig und erfordern eine Extra-Darstellung. ... In der Anlage geben wir Ihnen eine bewußt populär gehaltene Frage/Antwort-Information zu dem Thema, um Sie für das Gespräch mit Ihren Kunden vorzubereiten.“

Gleichzeitig weigert sich BAYER allerdings, „vertraulich erarbeitete wissenschaftliche Studien zur toxikologischen Relevanz von Wirkstoffen“ herauszugeben, wie in einem Schreiben an eine betroffenen Umweltschützerin festgestellt wird. Denn: Diese Studien sind nur den Behörden „zugänglich“. Professor Müller-Mohnssen bezeichnet diese Geheimhaltung als „Skandal“. Der Mediziner wörtlich: „Dasehen Sie, wer seine Aussagen nicht überprüfen läßt.“

Regierungspräsident gegen DIURON

Der Kölner Regierungspräsident Antwerpes hat sich gegen den Einsatz von „chemischen Keulen“ zur Unkrautvernichtung (was für ein Wort!) ausgesprochen. Das BAYER-Totalherbizid DIURON würde häufig aus nichtigen Anlässen eingesetzt, zum Beispiel um Sportplätze von Wildkräutern freizuhalten.

IMPERIUM

Die Machtverhältnisse

„Zwei bis drei Dutzend Leute an der Spitze der Großbanken und einiger Konzerne beherrschen die deutsche Wirtschaft“, wettet der Betriebswirtschaftsprofessor Ekkehard Wenger. Wie die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN seit vielen Jahren immer wieder dokumentiert, werden die Abstimmungsergebnisse auf den Hauptversammlungen durch den übermächtigen Aktienanteil, den die Banken halten, bestimmt. 1993 verfügten die Geldinstitute über 91,3% aller Stimmrechte auf der BAYER-Hauptversammlung. Bei HOECHST (98,5%) und BASF (94,7%) ist der Einfluß der Banken gar noch größer, bei denen allerdings wiederum die großen Konzerne BAYER, DAIMLER, SIEMENS etc. im Aufsichtsrat sitzen. Was wundert da noch, daß kritische Aktionärinnen mit ihren Gegenanträgen nicht die geringste Chance haben. Alle Beschlüsse sind längst vor der HV abgestimmt, einige wenige BankenvertreterInnen vertreten 80 und mehr % des abstimmenden Kapitals.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert seit Jahren eine gesetzliche Beschränkung von Machtkonzentration in der Wirtschaft. Der SPD-Bankenfachmann Hans Martin Bury legte nun einen Gesetzentwurf vor, der es Banken und Versicherungen verbietet, dauerhaft mehr als 5% branchenfremder Unternehmen zu besitzen und der das pauschale Stellvertreter-Stimmrecht für Kleinaktionäre von den Banken auf gewählte AktionärsvertreterInnen deligiert. Außerdem, so Bury, solle die Zahl der gesetzlich zulässigen Aufsichtsratsmandate von 10 auf 5 reduziert werden, wobei das Amt des Vorsitzenden doppelt zähle.

BAYER-Hausbank verhindert Kritik

Der Journalist Michael Houben, seit Jahren kritischer BAYER-Aktionär, konnte in diesem Jahr keine Gegenanträge zur Hauptversammlung einreichen. Grund: Die DEUTSCHE BANK in Leverkusen, Hausbank von BAYER, verweigerte ihm die dafür notwendige Depotsperre seiner Aktien, obwohl sie ihm gemäß beantragt wurde. Erst nach mehrmaligen Nachhaken reagierte die Bank - einen Tag, nachdem die Frist abgelaufen war.

Neue Tochter in Polen

Der BAYER-Konzern hat in Polen die BAYER Sp. Z.O., Warschau, gegründet. Die neue Gesellschaft wird für alle BAYER-Ge-

schäftsbereiche tätig sein. Die Anzahl der MitarbeiterInnen soll auf über 80 ausgebaut werden. 1994 hat BAYER in Polen einen Umsatz von etwa 110 Millionen DM erzielt. Der Geschäftsbereich Diagnostik läßt schon seit mehreren Jahren Diabetesteststreifen bei einem polnischen Unternehmen konfektionieren.

Weitere Investitionen in China

Die Investitionswelle des BAYER-Konzerns in China nimmt kein Ende. Der Leverkusener Chemiemulti hat die WUXI DYESTUFF FACTORY (WDF), ein Gemeinschaftsunternehmen zur Erzeugung von Dispersionsfarbstoffen, gegründet. An dem Joint-Venture, das 1997 den Betrieb aufnehmen soll, ist BAYER mit 75 % und WDF mit 25 % beteiligt. Die Farbstoffe sollen in erster Linie in der Produktion exportfähiger Textilien verarbeitet werden. BAYER und die chinesische Partnerfirma CHANG HAY COATINGS CORP. (SCC) haben ein Gemeinschaftsunternehmen unter dem Namen BAYER CHANG HAY PIGMENTS LTD. zur Produktion von Eisenoxidpigmenten gegründet. BAYER ist an dem neuen Unternehmen über die Holding BAYER CHINA LTD., Peking, mit einem Anteil von 67 % beteiligt, SCC mit 33 %. Die Misch- und Mahlanlage für Eisenoxyde mit einer Anfangskapazität von 20.000 Jahrestonnen erfordert eine Investition von rd. 18 Millionen Dollar und soll 1996 in Betrieb gehen. Es ist geplant, einen wesentlichen Teil der Produktion zu exportieren.

Die BAYER-Tochter AGFA unterzeichnete einen Vertrag mit dem chinesischen Gemeinschaftsunternehmen WUXI AERMEI FILM und CHEMICALS CORPORATION in Leverkusen. Damit wurde eine Kooperation zur Konfektionierung von Farbfilmen, Colorpapieren und Röntgenfilmen vereinbart. Die Röntgenfilme werden von AERMEI, Farbfilme und Colorpapier von AGFA geliefert. Der geschlossene Vertrag vertieft die Zusammenarbeit von AGFA und der photochemischen Industrie in China. Schon 1988 kam ein Vertrag über die Modernisierung der chinesischen Röntgenfilmproduktion zustande. Auch im Pestizid-Bereich kam es zu einer Vereinbarung zwischen BAYER und dem INSTITUTE OF GENETICS der ACADEMIA SINICA IN BEIJING. Es geht um die „gemeinsame Entwicklung neuer integrierter Systeme zur Vermehrung und zum Schutz von Pflanzen“. China sei nicht nur als Handelspartner und Produktionsstandort interessant. Das Land biete dank des des Potentials an hochqualifizierten Wissenschaftlern auch aussichtsreiche Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit in der Forschung und Entwicklung, so BAYER.

MILES jetzt BAYER

BAYER-Vorstandschef Dr. Manfred Schneider triumphiert: Seit dem 1. April 1995 darf sich die US-Niederlassung seines Konzerns wieder BAYER nennen. Die Namensrechte gingen wie berichtet durch Enteignungen nach dem Ersten Weltkrieg verloren und konnten kürzlich nach einem atemberaubenden Preispoker zurückerobert werden. Vor einem riesigen BAYER-Kreuz präsentierte Schneider im New Yorker Hotel eine 30 Millionen Dollar teure Werbekampagne, die das Firmenkreuz ins Bewußtsein der US-BürgerInnen prägen soll.



Triumph in New York: BAYER-Chef Schneider feiert das BAYER-Kreuz.

Der Rückkauf der Namensrechte verleitet BAYER auch zu neuem Optimismus hinsichtlich der Notierung der BAYER-Aktie an der New Yorker Börse. Schneider zeigte sich zuversichtlich, mit der US-Börsenaufsicht einen Kompromiß über den strittigen Punkt der Anerkennung des deutschen Jahresabschlusses zu erzielen. Das US-amerikanische Rechts sieht u.a. vor, daß die stillen Reserven offengelegt werden müssen. Nicht überall in den USA wurde die Rückkehr des BAYER-Kreuzes gefeiert. Die Gewerkschaft United Steelworkers of America/USAW beispielsweise veranstalteten mehrere Pressekongresse, in denen sie sich äußerst kritisch mit der Etablierung des BAYER-Konzerns in den USA auseinandersetzten.

Neue Gesellschaft in Tschechien und der Slowakei

BAYER hat eine eigene Beteiligungsgesellschaft für die Länder Tschechien und Slowakei mit Sitz in Prag gegründet. Die bereits bestehende AGFA S.R.O. sei deshalb rückwirkend in BAYER S.R.O. umbenannt worden. In den beiden Ländern vertritt die neue Niederlassung praktisch sämtliche BAYER-Geschäftsbereiche und beschäftigt mehr als 100 MitarbeiterInnen. BAYER setzt 1994 in Tschechien und der Slowakei rund 90 Millionen DM um.

In Japan die Nummer 1

Der BAYER-Konzern ist in Japan die Nummer 1. Der BAYER-Konzern ist in Japan mit 3,3 Milliarden Mark Umsatz und 2.900 MitarbeiterInnen (Zahlen von 1993) das größte deutsche Unternehmen. Es folgen HOECHST mit 1,8 Milliarden Mark Umsatz, BASF (1,7), SIEMENS (1,4) und VW (1,0). Hinsichtlich der Patentanträge in Japan rangiert BAYER hinter HOECHST (429) auf Platz 2 (419).

DRUGOFA aufgelöst

Mit der Zusammenführung der Selbstmedikations-Sparte mit der Tochtergesellschaft DRUGOFA zum Geschäftsbereich „Consumer Care“ wurde die DRUGOFA GmbH zum 1. Januar 1995 aufgelöst. Die DRUGOFA vermarktet Produkte wie NATREEN, DELIAL, SIONON, SATINA und QUENTIL. Diese Aufgaben fallen jetzt dem Geschäftsbereich Consumer Care zu.

US-Firma für Duftstoffe gekauft

Der BAYER-Konzern hat den US-amerikanischen Duft- und Geschmackstoffhersteller FLORASYNTH INC., Teterboro, New Jersey, gekauft. Das ehemalige Familienunternehmen beschäftigt 900 MitarbeiterInnen. FLORASYNTH wird im Rahmen der BAYER-eigenen HAARMANN & REIMER-Gruppe als eigenständiges Unternehmen arbeiten. Der Umsatz dieser Gruppe, Weltmarktführer im Bereich der Geruchs- und Geschmacksstoffe, wird nach Vollzug der Transaktion um 300 Millionen DM auf 1,75 Milliarden DM steigen.

UNFÄLLE

Salzstaub in der Luft

Am 30. Januar 1995 sind im Leverkusener BAYER-Werk salzhaltige Staubpartikel aus einem Schornstein in die Luft gelangt. Dort bildeten sich säurehaltige Tröpfchen, die möglicherweise auf die Erde niedergegangen sind. Die Werksfeuerwehr spritzte daher vorsorglich alle Autos auf einem nahegelegenen Parkplatz mit Wasser ab. Ob Menschen durch den Unfall zu Schaden gekommen sind, wurde nicht bekannt.

„Lebensgefahr bei Einatmen“

Am 5. Dezember 1994 kam es bei der Anlieferung von Ware für einen Viersener Energieanlagen-Hersteller beinahe zu einer

Katastrophe. Auf der Ladefläche eines LKW mit dem Ziel Frankreich befand sich ein undichtes Faß des BAYER-Werkes in Leverkusen. Der undichte Behälter enthielt den nach Aussage der Polizei „hochgiftigen Stoff“ O-Nitro-Toluol, ein Vorprodukt zur Herstellung von Kunststoffen und Pestiziden. „Laut Merkblatt besteht im Umkreis von 50 Metern Lebensgefahr bei Berührung oder Einatmen“, sagte ein Polizeisprecher. Während ein Spezialtrupp der Feuerwehr sich unter Vollschutz an die Sicherung des Geländes machte, sperrte die Polizei den Unfallort weitläufig ab. Auf einer nahegelegenen Straße ruhte er knapp zwei Stunden der Verkehr. Die BAYER-Werksfeuerwehr barg schließlich das leckere Faß und brachte es zurück nach Leverkusen. Der LKW-Fahrer mußte zur Beobachtung in ein nahegelegenes Krankenhaus gebracht werden.

Leckage an Pestizid-Rohr

Am 1.3.1995 kam es in der Pestizidproduktion des BAYER-Werkes in Dormagen zu einer Leckage. An einer Rohrleitung war aus unbekanntem Gründen ein flüssiger „Stoff zur Fungizidherstellung“ ausgetreten. „Es handelte sich um Tropfen“, beschreibt Pressesprecher Rainer Endlein den Unfall. Er behauptete, der Augen- und Atemwege ätzende Stoff habe aufgefangen und entsorgen werden können. Dennoch mußten acht Arbeiter zur Behandlung in eine Ambulanz eingeliefert werden. So ist es auch kaum glaubwürdig, wenn wieder einmal behauptet wird, eine Umweltgefährdung habe zu keiner Zeit bestanden.

Schwere Explosion und Großfeuer

In der Nacht vom 28. auf den 29. März 1995 kam es im sogenannten Pharma-Technikum des BAYER-Werkes in Wuppertal zu einer Explosion mit anschließendem Großbrand. Gerade hatte ein Mitarbeiter einen mit 100 l Methanol gefüllten Rührwerkskessel mit einer Chemikalie bestückt und wollte Wasser hinzugeben, da flog die Anlage mit Getöse in die Luft. Petroleum, das aus einem geplatzten Glaskühler auslief, fing sofort Feuer - Großeinsatz für Werk- und Berufsfeuerwehr an der Wupper.

Die Ursache der Beinahe-Katastrophe, die nach Angaben von Werksleiter Karl Nöthen einen Sachschaden von „gut 1 Mio Mark“ verursacht hat, lag „im Bereich des Produktes“. BAYER-Sprecher Meinolf Sprink vermutet, daß „Kalium-Tertiär-Butylat“, das in dem Rührwerkskessel in 100 l Methanol gelöst werden sollte, bei der chemischen Reaktion Funkenflug ausgelöst hat. Mit dieser Deutung wird offensichtlich, daß nicht etwa menschliches Versagen - oftmals vorschnell als Erklärung vorgeschoben - sondern der ganz normale Produktionsablauf für die Explosion verantwortlich ist.

Lediglich einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß keine MitarbeiterInnen ernsthaft verletzt worden sind. Immerhin: Die BAYER-Werksfeuerwehr war mit der Löschung des Brandes hoffnungslos überfordert. Zusammen mit der Berufsfeuerwehr gingen die Einsatzwagen von zwei Seiten gegen die Flammen vor. Ein Gasmeßwagen sowie ein Löschzug mit Umweltschutzeinheit und Notarztwagen rückten aus. Nach etwa zwei Stunden war der Brand unter Kontrolle.

Am nächsten Tag hatte die Werksleitung die Nachbarn in den angrenzenden Wohnvierteln mit Flugblättern über das Unglück informiert. Darin heißt es wieder einmal: „Messungen der Städtischen Berufsfeuerwehr und von BAYER innerhalb und außerhalb des Werkes ergaben, daß zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung der Nachbarschaft und der Umwelt bestand.“

Beschäftigte und AnwohnerInnen jedoch können die Explosion keineswegs mehr gelassen sehen. Bereits am 2. Januar 1995 kam es im Wuppertaler BAYER-Werk zu einem Unfall, bei dem giftige Dämpfe ausgetreten waren. Weil die Werksleitung darüber erst nach einem Bericht in der Tagespresse informierte, kam es am 12. Januar zu einer Protestkundgebung der Beschäftigten (SWB berichtete).

28./29. März 1995: Großbrand bei BAYER in Wuppertal. Wieder einmal hieß es: „Gefahr zu keiner Zeit.“



STANDORTE

Vierter Betrieb in Bitterfeld

Der BAYER-Konzern ist mit drei staatlich subventionierten Niederlassungen in den neuen Bundesländern vertreten: In Gera unterhält die Konzerntochter AGFA ein Produktionswerk, in Bitterfeld hat der Konzern selbst einen neuen Standort errichtet und im sächsischen Freiberg produziert die BAYER SOLAR Siliziumscheiben zur Umwandlung von Licht in Strom. Weil die Produktionsbedingungen im Osten - staatliche Zuschüsse, billige Löhne - so günstig sind, will BAYER nun in Bitterfeld für 150 Millionen DM einen weiteren Betrieb für ca. 100 KollegInnen errichten. Welche Produkte hier hergestellt werden sollen, wurde bislang noch nicht bekannt.

FORSCHUNG

Honorarprofessor in Münster

Der Leiter des Geschäftsfeldes „Ingenieur-Keramik und Photovoltaik bei BAYER in Uerdingen, Dr. Peter Woditsch, wurde von der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster zum Honorar-Professor ernannt.

Der BAYER-Konzern unterhält ein ganzes Netz von Stiftungs- und Honorarprofessoren quer durch alle Forschungseinrichtungen des Landes und sichert sich auf diese Weise den Zugriff zu den Zielen, Inhalten und Ergebnissen von „freier“ - also vorgeblich konzernungebundener Forschung und Lehre.

Schule für Natur- und Umweltwissenschaften

Anlässlich der Umbenennung des BAYER-Konzerns in den USA von MILES zu BAYER USA hat BAYER zusammen mit der Duquesne-Universität die Gründung und Errichtung einer „BAYER-Schule für Natur- und Umweltwissenschaften“ beschlossen. BAYER wird zum Start des Projektes 2 Millionen US-Dollar

beisteuern, um Umweltforschung und -erziehung zu fördern. „Derart“, so der Universitätspräsident John E. Murray, „wird uns erlaubt, mit BAYER-Wissenschaftlern in aller Welt zu kommunizieren.“ Der Vorsitzende des Universitätsrates, Richard L. White, ist übrigens Vize-Präsident von BAYER USA.

SPORT

Zitat: „Gläubige Profis“

Karl Marx („Religion ist Opium fürs Volk“) wurde posthum rehabilitiert. Reiner Calmund, Manager des Fußballvereins Bayer Leverkusen, sagte: „Gläubige Profis sind uns am liebsten. Die sind nicht anfällig für Rauschgift.“ Weil sie schon auf 'nem anderen Trip sind.

Großangriff des Geldes

Die deutsche Wirtschaft will den gesamten Sport umstrukturieren. Aus einem Geheimpapier, das unter Federführung von BAYER, DAIMLER BENZ und BERTELSMANN entstanden ist, geht hervor, daß die drei Fachorganisationen Deutscher Sportbund, Nationales Olympisches Komitee und Stiftung Deutsche Sporthilfe ebenso wie die 56 deutschen Fachverbände zukünftig in einer einzigen Dachorganisation zusammengefaßt werden sollen. Die Dachorganisation soll unmittelbar unter dem Einfluß der Industrie stehen und weitreichende Befugnisse bis hin zu allen Vermarktungs- und Dienstleistungsfragen erhalten. Ein sogenanntes Service-Center soll wie die gesamte neue Struktur als „Profit- und Dienstleistungszentrum“ arbeiten und die logistischen Abteilungen in den Fachverbänden überflüssig machen. Der Öffentlichkeit wird zukünftig alles von einer als „Task-Force“ (Sondereinsatzkommando) bezeichneten PR-Mannschaft verkauft. Weiterhin wird gefordert, daß der Sport mediengerechte Angebote bereitstellen soll, wobei „nicht telegene Sportarten prüfen müssen, inwieweit sie sich den Anforderungen der Medien stellen wollen“.

Dem Positionspapier, das mit Spitzenvertretern von Sport und Wirtschaft bei Bundeskanzler Helmut Kohl erörtert werden soll, ist ein Vorgespräch in der BAYER-Zentrale in Leverkusen vorausgegangen, bei dem sich die Konzerne darüber beschwerten, daß die investierten Werbe-Millionen nicht effektiv genug eingesetzt würden. Um dies künftig sicher zu stellen, wird der neuen Dachorganisation ein Initiativkreis für den deutschen Sport zur Seite gestellt, der beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) angesiedelt werden soll.

Doping bei BAYER?

Der ehemalige Sportmediziner bei LG BAYER LEVERKUSEN, Stohr, hat schwerwiegende Doping-Vorwürfe gegen das Sportmanagement beim Leverkusener Chemieriesen erhoben. Schon bald, so der im Leistungssport der DDR tätige Orthopäde, sei vorgefühlt worden, ob „ich den geraden Weg gehe oder auch für unterstützende Mittel zu haben bin“. Der BAYER-Sportbeauftragte Jürgen von Einem konterte: Stohr sei in Leverkusen nicht zurecht gekommen. Er sei „aus der Sicht der Athleten nicht der Arzt ihres Vertrauens gewesen“.



LESERINNENBRIEFE

Vielen Dank für den guten Beitrag von Otto Köhler. Schlimm genug, daß die IG FARBEN Hitler an die Macht gebracht hat. Aber daß die "soziale Marktwirtschaft" schon unter den Nazis "entwickelt" worden ist, war mir neu. Der Wirtschaftswundermann Ludwig Erhard sollte auf keinen Fall mehr in den Geschichtsbüchern hochgepriesen werden. Vielmehr müßte man seine Nähe zum Dritten Reich herausarbeiten.
Martin G., Düsseldorf

BAYER trennt sich von seinem Sportclub in Leverkusen. Als Fußballfan meine ich: Das haben Funkel und seine Mannen nicht verdient. Nur weil die Kicker nicht mehr ins Werbe-konzept passen, setzt man sie nun auf die Abschußliste. Leider haben die Proteste nichts genutzt. Bleibt nur zu hoffen, daß Uerdingen einen neuen Geldgeber findet und ihnen der Abstieg erspart bleibt.
Franz T., Krefeld

Ich habe Ihren Artikel über Brasilien gelesen und bin erschüttert. Wenn BAYER immer hoch und heilig gelobt, daß die Standards überall auf der Welt so hoch sind, wie in Deutschland, dann ist das ein Witz. Ich finde, wir sollten vielmehr gegen die Konzerne tun, die Menschen in der Dritten Welt ausbeuten und das Leben aufs Spiel setzen. Insofern finde ich die Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN sehr gut. Gibt es eigentlich auch bei anderen Unternehmen Kritiker?
Martha B., Iserlohn

Anmerkung: Auch bei anderen Konzernen treten KritikerInnen auf den Hauptversammlungen auf. Sie arbeiten aber nicht so kontinuierlich und hartnäckig wie die COORDINATION. Weitere Informationen: Dachverband der kritischen AktionärInnen, Schlackstr. 16, 50737 Köln, 0221/5995647.

Ihr Artikel über die AIDS-Verseuchung hat mich wütend auf BAYER gemacht. Es klingt fast unglaubwürdig, daß dies alles wahr sein soll. Gibt es noch andere Quellen, die den Skandal belegen?
Rita M., Bochum

Anmerkung: Von Egmond Koch und Irene Meichsner ist ein Buch erschienen (336 Seiten), das bei der COORDINATION für DM 28,- zzgl. DM 8,- für Porto und Verpackung bestellt werden kann. Sehr empfehlenswert! Bestelladresse siehe Impressum.

Ich habe Ihre Bhopal-Broschüre gelesen und möchte Ihnen ein dickes Lob ausstellen. Die Berichte finde ich gut recherchiert und engagiert geschrieben. Geradezu unglaublich fand ich die Darstellung der Störfallsituation in Deutschland. Es ist schon ein Skandal, daß ein Riessenkonzern wie BAYER seine Nachbarn in Brunsbüttel mit ganzen zwei Seiten über die Gefahren "aufklärt". Ich finde, eine derartige Mißachtung des Gesetzes sollte bestraft werden.
PS: Bitte schicken Sie mir noch 10 Bhopal-Hefte. Ich werde Sie in meinem Bekanntenkreis verkaufen.
Sven L, Frankfurt/Main

Ich habe ein Probeheft von STICHWORT BAYER erhalten. Vielen Dank. Ich wußte gar nicht, daß es Ihre Organisation gibt. Ich unterstütze Ihre Arbeit mit 20,- DM im Monat. Bitte informieren Sie mich, ob und wie ich bei bestimmten Aktionen mitmachen kann.

Melanie C., Mettmann

Schreiben Sie uns! Wir freuen uns über Anregungen, Lob und Tadel. Aus verständlichen Gründen veröffentlichen wir nicht die vollständigen Namen und Adressen unserer BriefeschreiberInnen.

Bücher vom Schmetterling Verlag für die LeserInnen von «Stichwort Bayer»



Mit dieser Neuerscheinung hinterfragt OXFAM die Austauschverhältnisse zwischen Nord und Süd, die Auswirkungen multinationaler Handelsblöcke, das Versagen von UNCTAD und GATT beim Schutz der Interessen der Entwicklungsländer und zeigt die Perspektiven der aktuell aufblühenden «Fair Trade»-Bewegung.

«...überzeugt durch eine gelungene Mischung aus kompetenter Analyse der Weltwirtschaftsstrukturen und Fallbeispielen.»
Ökologische Briefe, 27/94

Belinda Coote:
Der Unfaire Handel.
Die «3. Welt» in der Handelsfalle und mögliche Auswege
242 S., 29.80 DM, ISBN 3-926369-94-9

Vietnam 1968. Vier Kinder geraten in den Kugelhagel US-amerikanischer GIs. ... Stuttgart, wenige Monate danach. Ein neunjähriger, stummer Vietnameser klemmt das Leben der Familie Nibbe gehörig um. ... Zwanzig Jahre später besucht ein deutsches Ehepaar seine Verwandten in Quangnam. Diese authentische vietnamesisch-schwäbische «Familien-geschichte» liefert ein sehr persönliches Plädoyer für Partnerschaft und Toleranz zwischen Menschen verschiedener Kultur und Hautfarbe.

Willy Nibbe:
... und plötzlich hatten wir Verwandte in Quangnam
184 S., geb., 34.80 DM, ISBN 3-926369-05-1



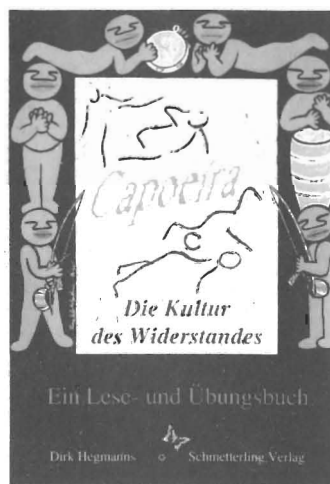
Die 8., völlig überarbeitete Auflage des *Aktionshandbuchs Dritte Welt* wird herausgegeben von den nationalen Dachverbänden/Organisationen entwicklungspolitischer Aktionsgruppen:

- Action Solidarité Tiers Monde (Luxembourg)
- Informationsdienst Dritte Welt (Schweiz)
- Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik (Österreich)
- INKOTA (BRD)
- BUKO (BRD)

BUKO u.a. (Hg.):
Aktionshandbuch Dritte Welt
344 Seiten, 24.80 DM, ISBN 3-926369-95-7

Rußland 1994. Mit besonders großen Schritten nähert sich im postsowjetischen Raum die weltweite *Götterdämmerung patriarchal dominierter Fortschrittsideologie*. Kai Ehlers beschreibt die Krise jedoch nicht unter dem Gesichtspunkt des Zerfalls, sondern sucht in Alltag, Stimmungen und Tradition der ehemaligen Sowjetvölker nach Alternativen und Perspektiven, die auf den untergegangenen Versorgungsstaat folgen können. Ein literarischer Reisebericht jenseits von Moskau.

Kai Ehlers:
Jenseits von Moskau.
186 und eine Geschichte von der inneren Entkolonisierung
Ca. 300 S., ca. 32., ISBN 3-926369-07-8, 11/94



Wie es anfang: Wurzeln in Afrika und die Geschichte von Palmares. Die Mystik, Rhythmen und Musik; Zeichnungen von Carybé, Fotos der Kampftechniken. Ein Lese- und Übungsbuch über die Kultur des Widerstandes der Schwarzen Brasiliens.
«... ein sehr informatives und ... gut zu lesendes, ansprechendes Buch, wozu die tollen Zeichnungen... beitragen»
ila, Sept. 1994

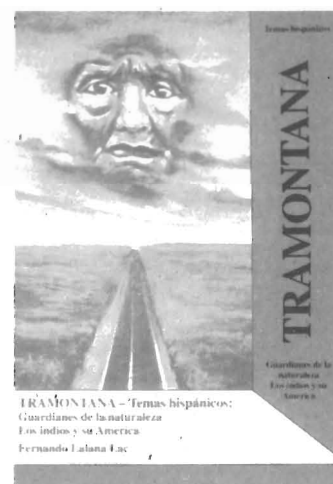
Dirk Hegmanns:
Capoeira - Die Kultur des Widerstandes
158 S., 22.80 DM, ISBN 3-926369-92-2
Capoeira - Musikkassette
Die wichtigsten Toques auf Kassette
34.80 DM, ISBN 3-926369-93-0

Argentinien 1993. Nach zehn Jahren Demokratie: die aktuelle Bestandsaufnahme eines breiten Spektrums argentinischer Intellektueller.

Adolfo Pérez Esquivel u.a.:
Argentinien - Zehn Jahre Demokratie
176 Seiten, 24.80 DM, ISBN 3-926369-68-x

Argentinien 1976. Jugendliche organisieren nach dem Putsch der Generäle den Widerstand an den Oberschulen und den Universitäten. Die Geschichte von sieben Jugendlichen und deren Kampf für die Freiheit und ihre Ideale.

María Seoane/Héctor Nájera:
Die Nacht der Bleistifte
176 S., 19.80 DM, ISBN 3-926369-62-0



Spanische Texte mit Worterklärungen, grammatischen Übungen – für Spanischsprechende, die in Form bleiben wollen. Politische Essays von Asturias, Luzenberger, Galeano, Menchú, Neruda, Sábato und der Comandancia der Zapatisten. Weitere Titel aus der Reihe *Temas hispánicos: El problema vasco, Racismo en España, «Queríamos que fuesen libres.» - España y sus jóvenes.* Zu jedem Band ist ein Lösungsheft erhältlich.

Fernando Lalana Lac:
Temas hispánicos - Guardianes de la naturaleza.
Los indios y su América
160 S., 24.80 DM, ISBN 3-926369-35-3

Deutschland 1961. Eine muffige evangelische Sekte flieht vor dem Staatsanwalt nach Chile, baut dort eine Öko-Kolonie und wird zur Folterschule des Pinochet-Regimes. Einst unter Protektion Bonner Außenpolitik, in Gesellschaft von Nazis aller Art, ist sie bis heute unversehrtes Relikt blutiger Repression.

F. Paul Heller:
Colonia Dignidad Von der Psychosekte zum Fokertager
300 Seiten, DM 29.80, ISBN 3-926369-99-x
mit bis dato unveröffentlichten Dokumenten

Schmetterling Verlag
Rotebühlstr. 90, D-70178 Stuttgart
Tel.: 0711/626779, Fax: 0711/626992
Mitglied der Assoziation Linker Verlage, aliV

STUDIE LÖSTE UNRUHE AUS

BLASENKREBS IN LEVERKUSEN

Krebskrankheiten sind in den Industrienationen auf dem Vormarsch. Die totale Chemiesierung unseres Lebens hat dazu beigetragen, daß bösartige Neubildungen einen Spitzenplatz bei den zum Tode führenden Krankheiten einnehmen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat unlängst einen Krebsatlas vorgelegt, der Erschreckendes für die BAYER-Standorte Krefeld, Leverkusen und Wuppertal zutage fördert. Von Karl Henning

Im Vordergrund des vom Medizinischen Institut für Umwelt- und Gesundheitsfragen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vorgelegten „Atlas“ zur Krebssterblichkeit in Nordrhein-Westfalen steht die kartographische Darstellung der nach Kreisen und kreisfreien Städten gegliederten Mortalität an bösartigen Neubildungen für den Zeitraum von 1981 bis 1990. Gleichzeitig wird ein Überblick gegeben, welche Risikofaktoren als Ursachen der Krebsentstehung vermutet werden. Ein Vergleich mit verfügbaren Sekundärdaten etwa ermöglicht die Schlußfolgerung, daß etwa die erschreckend hohen Raten für Lungenkrebs in Ballungsgebieten insbesondere auf das Rauchen zurückgeführt werden muß. Statistische Erhebungen nämlich belegen, daß es hinsichtlich gefährlicher Konsumgewohnheiten erhebliche Stadt-Land-Differenzen gibt. Dennoch: Kaum eine Krebsart, bei der die Wissenschaftler nicht auch „berufsbedingte Expositionen“ feststellen konnten.

STICHWORT BAYER hat den umfangreichen Krebsatlas für die nordrhein-westfälischen BAYER-Standorte Krefeld, Leverkusen und Wuppertal ausgewertet. Da die vorliegenden Daten nur bis auf Kreis-ebene heruntergebrochen werden können, für die Standorte Dormagen und Monheim keine Aussagen getroffen werden. Für die

Kreise Krefeld, Leverkusen und Wuppertal jedoch gilt, daß BAYER einer der größten Giftproduzenten ist, wenn nicht gar der größte. Wenn gleich die Ursachen für die Entstehung von Krebs vielschichtig sind, sind bestimmte statistische Häufungen geradezu augenfällig.

So sterben etwa im Kreis Krefeld so viele Frauen an Krebs, wie in keinem anderen der 54 Kreise und kreisfreien Städte des Landes Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo sonst



sterben so viele Männer an Lippen-, Mund- und Rachenkrebs. Das gleiche gilt für bösartige Neubildungen der Leber, des Gehirns, des Nervensystems und der Schilddrüse. Auffällig auch die hohe Sterblichkeit an Tumoren des Dickdarms, des Enddarms, der Bauchspeicheldrüse, der Lunge, des Gebärmutterhalses und der Prostata.

In Leverkusen sorgte insbesondere die hohe Sterblichkeit an Harnblasenkrebs (Männer: Platz 4 unter allen 54 Kreisen NRW's) für Aufregung. Doch auch in Wuppertal (Platz 10) und besonders Krefeld (Platz 2) läßt sich eine fatale statistische Häufung beobachten. Die Ursachen, so die Wissenschaftler der Universität Düsseldorf „konzentrieren sich auf berufsbedingte Expositionen insbesondere gegenüber aromatischen Aminen“. Der zu industriellen Gründerzeiten von BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg bereits beschriebene „Anilinkrebs“ ist also bis heute noch nicht „besiegt“. Gleiches gilt für Tumore des Rippenfells, die nicht zuletzt durch „berufliche Expositionen ge-

Immer mehr Menschen sterben an Krebs. Chemische Gifte spielen dabei eine große Rolle. An den BAYER-Standorten fällt eine extreme Häufung bestimmter Krebsarten auf.

genüber Asbest“ ausgelöst werden können. (Wir berichteten mehrfach über das Schicksal eines BAYER-Elektrikers aus Leverkusen, dem das Zuschneiden von Asbestplatten

weiter: S. 24

KREBSATLAS NRW

Grundlage: Krebsatlas des MAGS* 1994 (veröffentlicht: März 1995), Zusammensetzung: SWB
MAGS = Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

	Kreis Krefeld		Kreis Leverkusen		Kreis Wuppertal	
	Frauen Rang*	Männer Rang	Frauen Rang	Männer Rang	Frauen Rang	Männer Rang
alle Krebserkrankungen	1	4	38	25	22	17
Lippe, Mund, Rachen	16	1	40	37	14	4
Speiseröhre	9	24	19	33	11	17
Magen	22	28	37	40	48	47
Dickdarm	3	18	19	44	20	12
Enddarm	4	39	44	26	20	11
Leber	13	1	36	43	21	30
Gallenblase	22	4	7	1	24	8
Bauchspeicheldrüse	4	4	9	10	8	2
Kehlkopf	21	15	28	54	37	5
Lunge	3	7	28	32	5	22
Rippenfell	37	14	53	2	42	35
Knochen und Bindegewebe	28	21	42	16	51	45
Haut	49	32	14	2	28	12
weibliche Brust	18		35		24	
weibliche Geschlechtsorgane	27		35		30	
Gebärmutter (Corpus & Cervix)	12		37		39	
Gebärmutterhals (Cervix)	2		31		30	
Gebärmutterkörper (Corpus)	32		25		42	
Eierstock	37		28		16	
Vorstehdrüse (Prostata)		2		9		38
Hoden		13		8		12
Harnblase	2	16	47	4	10	11
Niere	46	4	54	23	20	10
Gehirn und Nervensystem	15	1	31	24	23	9
Schilddrüse	48	1	46	43	23	12
Primärtumor n. n. b.	8	10	11	26	42	18
lymphat. & hämatopoetisch. System	22	44	44	45	41	46
Non-Hodgkin-Lymphome	9	41	14	20	41	22
Morbus Hodgkin	19	33	53	50	42	19
Multipl. Myelom	21	17	52	20	12	41
Leukämien	34	47	32	51	41	53
Mortalität durch Herz- Kreislauf	8	9	43	40	42	32
Gesamtmortalität	5	10	45	43	42	27

* (Rang 1 = die meisten Krebstoten in NRW / Rang 54 = die wenigsten Krebstoten in NRW)

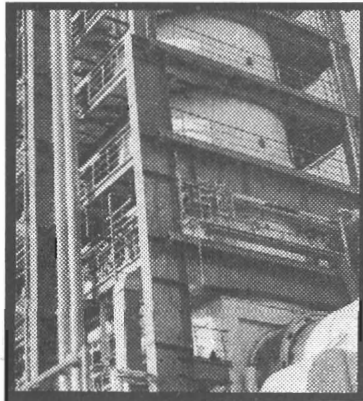
Risikofaktoren

Außer ernährungs- und konsumbedingten sowie anderen Faktoren (Alkohol, Nikotin, Entzündungen etc.) werden im Krebsatlas NRW folgende berufsbedingte Ursachen genannt:

- K,W*** Lippe, Mund, Rachen: „bestimmte berufliche Expositionen“
- K** Speiseröhre: „In urbanen Regionen von NRW liegt die Sterblichkeit bei Männern 24 % und bei Frauen 13 % höher als in ländlichen Gebieten.“
- K** Leber: „bestimmte berufliche Expositionen (u. a. gegenüber organischen Lösungsmitteln und Vinylchlorid), ... bestimmte Medikamente“
- K,L,W** Gallenblase: „bestimmte berufliche Expositionen (u. a. gegenüber Gummi)“
- K,L,W** Bauchspeicheldrüse: „Ursachen wenig bekannt. ... berufliche Einflüsse, chloriertes Trinkwasser“
- W** Kehlkopf: „berufliche Einflüsse wie Asbest- und Nickelexposition vermutet“
- K,W** Lunge: „Auch berufliche Expositionen (insbesondere Inhalation von PAH, Asbest, Chromat, Nickel- und Arsenverbindungen)“
- L** Rippenfell: „berufliche Exposition gegenüber Asbest“
- L** Haut: „UV-Strahlung ... Auch Hautkontakt mit bestimmten Substanzen“
- K,L** Vorstehdrüse: „Berufsbedingte Risiken, z. B. eine Exposition gegenüber Herbiziden, bedürfen weiterer Klärung.“
- K,L,W** Harnblase: „Die Ursachen konzentrieren sich auf berufsbedingte Expositionen insbesondere gegenüber aromatischen Aminen.“
- K,W** Niere: „... werden berufliche Belastungen vermutet.“
- K** Gehirn und Nervensystem: „berufliche Belastungen z. B. gegenüber Lösungsmitteln, Strahlenexposition“
- K** Non-Hodgkin-Lymphome: „auch Lösungsmittelexposition“

* Abkürzungen: K = Krefeld, L = Leverkusen, W = Wuppertal

zum tödlichen Verhängnis wurde.) Besonders auffällig ist im Kreis Leverkusen die hohe Mortalität für Hautkrebs. Hier stehen neben der UV-Strahlung vor allem der berufsbedingte „Kontakt mit bestimmten Substanzen“ im Vordergrund. Wie in Krefeld (Rang 2), so fällt auch in Leverkusen (Rang 9) das vermehrte Auftreten von Prostatakrebs ins Auge. Hierzu heißt es in der Studie der Düsseldorf-Wissenschaftler: „Berufsbedingte Risiken, z.B. eine Exposition gegenüber Herbiziden, bedürfe der weiteren Klärung“; eine äußerst aufschlußreiche Feststellung angesichts der Tatsache, daß BAYER einer der größten Pestizid-Produzenten der Welt ist.



In Wuppertal treten - ähnlich wie in Krefeld - erschreckend viele bösartige Tumore an Lippe, Mund

und Rachen auf (Rang 4). Auch hier vermuten die Experten aus Düsseldorf allgemein „bestimmte berufliche Expositionen“. Die meisten Todesfälle gehen jedoch auf das Konto des Bauspeicheldrüsenkrebses (Rang 2). Hier seien, so die Wissenschaftler, die Ursachen „wenig bekannt“. „Berufliche Einflüsse“ stehen jedoch auch hier unter Verdacht. Beim Kehlkopfkrebs - Rang 5 in Wuppertal - werden „Asbest- und Nickelexpositionen vermutet“.

BAYER hat (bis Redaktionsschluß) zu den Ergebnissen der Studie keine Stellungnahme bezogen, weil, so der Pressesprecher Meinolf Sprink gegenüber der Tagespresse, das kartographische Werk in Leverkusen unbekannt sei. Dies ist ange-

sichts vielfältiger Verflechtungen zwischen Landesregierung und BAYER-Konzern kaum vorstellbar. Immerhin: Die Studie kann von Interessierten problemlos beim Gesundheitsministerium bestellt werden. So dürfte also vielmehr ein peinlicher Interpretationsnotstand angesichts eines erdrückenden Zahlenmaterials die Ursache für das beharrliche Stillschweigen von BAYER sein.



FORDERUNGEN

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert:

- Einsatz der gesamten wissenschaftlichen Kapazität des BAYER-Konzerns zur Erforschung umweltschonender Herstellungsverfahren und Produkte
- Beweislastumkehr: Nicht die Krebsopfer müssen beweisen, daß BAYER das Leiden verursacht hat, sondern BAYER muß beweisen, daß der Konzern das Leiden nicht verursacht hat
- Entschädigung aller Opfer und deren Hinterbliebenen

Anzeige.

ETHISCHES INVESTMENT FÜR KONZERNKRITISCHE ARBEIT

Hier ist sie: Die neue Idee zur Sicherung konzernkritischer Arbeit, der CBG : Fonds. Als zusätzliches Standbein zur Finanzierung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG). Engagiert, ökologisch und effektiv.

Seit 15 Jahren streitet die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) für Umweltschutz, Menschenrechte und sichere Arbeitsplätze beim multinationalen BAYER-Konzern. Aufgrund konsequenter Verursacherorientierung leider ohne die Förderung offizieller Finanzquellen. Durch finanzielle Unterstützung vieler Förderer ist es in den letzten Jahren gelungen, einen Großteil der Arbeit unabhängig von großen Geldgebern zu sichern. Der nun gegründete CBG : Fonds soll einen weiteren Beitrag dazu leisten. Die Idee ist denkbar einfach. Wer den CBG : Fonds unterstützen will, zeichnet einen Anteil über DM 500,- oder ein mehrfaches davon. Diese/r Anteil/e wird/werden über einen Texthändler im einem Dritte-Welt-Fonds bei der ÖKOBANK angelegt. Die Erträge dieses Fonds kommen in vollem Umfang der Arbeit der CBG

zugute. Die Verwaltung des CBG : Fonds erfolgt ehrenamtlich. Für Kontoführung und Bankdepot wird ein einmaliger Aufschlag (Agio) von DM 30,- pro Anteil berechnet, der nicht rückzah-

lungsfähig ist. Die Erträge (also die Zinsen) kommen der CBG zugute. Noch Fragen? Rufen Sie uns an: Axel Köhler-Schnura, Dipl. Kaufmann, (0211) 22 92 601.

Ich zeichne Anteile über DM 500,- zzgl. je DM 30,- Agio für Kontoführung und Depotgebühren. Einen Scheck über DM füge ich bei. Gewünschte Laufzeit: 1 Jahr 2 Jahre 5 Jahre

Garantie

Ich weiß, daß die gesamte Einlage (außer dem Agio) nach Ablauf der jeweiligen Laufzeit in voller Höhe mit einer Frist von drei Monaten gekündigt und an mich zurückgezahlt werden kann. Ich verfüge, daß das Geld ausschließlich bei der ÖKOBANK in Frankfurt (Main) investiert werden darf und trete die aus der Anlage resultierenden Erträge an die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG) ab. Der beigelegte Scheck darf erst nach Zusendung einer Quittung eingelöst werden.

Name, Vorname
Adresse, Telefon
Unterschrift

Coupon an: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN/CBG : FONDS, Postfach 15 04 18, 40081 D'dorf